

Preussische Allgemeine



Nr. 10 · 10. März 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Alternativen zur Zuwanderung

Wie der Staat der Personalnot auf dem Arbeitsmarkt mit stillen Reserven aus dem eigenen Land entgegenzutreten kann **Seite 3**



Abschied von Bullerbü
Berlin bekommt eine Große Koalition **Seite 2**



Fenstersturz Der Tod des Ministers Jan Masaryk vor 75 Jahren **Seite 11**

FOTOS: SHUTTERSTOCK/PA, WIKIMEDIA

AUFGEFALLEN

Deutschlands beliebtester Spitzenpolitiker

Seit seiner Berufung zum Bundesminister der Verteidigung am 19. Januar ist Boris Pistorius im Eiltempo zum beliebtesten Spitzenpolitiker der Deutschen geworden. Da die meisten seiner Landsleute den Niedersachsen außerhalb seines Heimatlandes zuvor kaum gekannt haben dürften, wirft dies die Frage auf, was die Ursache für diesen Popularitätszuwachs ist.

Klar ist: Anders als seine Vorgängerin Christine Lambrecht fremdelt Pistorius nicht mit dem Amt des Verteidigungsministers. Egal, ob bei Truppenbesuchen im Inland oder auf internationaler Bühne – wo seine Parteifreundin unlängst noch eine Peinlichkeit an die andere reihte, wirkt der Sozialdemokrat stets trittsicher und souverän.

Doch zog Pistorius in seinen Popularitätswerten nicht nur an Lambrecht vorbei, sondern auch an allen anderen Politikern des Landes. Und dies ausgerechnet in einem Ressort, das gemeinhin als Stolperfall für ambitionierte Talente des Politikbetriebs gilt. Eine wesentliche Erklärung dafür dürfte sein, dass der Minister aufrichtig an seiner Aufgabe interessiert und um Problemlösungen bemüht erscheint. Und anders als seine Vorgänger redet er die Lage der Bundeswehr nicht schön, sondern sagt klipp und klar, dass die Truppe trotz des hervorragenden Dienstes tausender Kameraden in ihrem derzeitigen Zustand nicht verteidigungsfähig ist.

Jedoch spricht es Bände, dass dies schon ausreicht, um in Deutschland beliebtester Politiker zu werden. *neh*

POLITIK

Die eigentliche Erkenntnis der Meseberger Klausur

Statt Einigkeit in wichtigen Sachfragen demonstriert das Bundeskabinett einmal mehr, dass die Regierungspartner kaum zueinander passen

VON RENÉ NEHRING

Kabinettsklausuren haben in der modernen Mediendemokratie zwei Funktionen: Zum einen dienen sie der Inszenierung von Einigkeit der Koalitionspartner und damit der Handlungsfähigkeit der Regierung. Zum anderen sollen die Beratungen hinter den Kulissen tatsächlich Raum bieten zur Suche nach Lösungen für anstehende Probleme.

Insofern ist es bezeichnend, dass die Protagonisten der Ampelkoalition im Anschluss an ihre Kabinettsklausur zu Wochenbeginn weder das eine noch das andere zu bieten hatten. Die veröffentlichten Bilder zeigen allenfalls bemühte Geschäftigkeit, die Einigung in grundlegenden Fragen wurde offenkundig so weit verfehlt, dass sich die Koalitionspartner noch nicht einmal bemühten, diese irgendwie darzustellen. Mit Worten wie „informativ, instruktiv und konstruktiv“ umschrieb Bundeskanzler Scholz das große Nichts bei den Ergebnissen. Dass er sich dennoch für die Zukunft seines Kabinetts „zuversichtlich“ gab, stimmt da eher bedenklich als eben zuversichtlich.

Tatsächlich wird die Liste der Streitpunkte, bei denen die Regierungspartner weit auseinanderliegen, Woche für Woche länger. Vornean die Projekte rund um die Energiewende. Neben dem geplanten EU-weiten Aus für Verbrennermotoren sorgte

vor allem das von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geplante Verbot des Einbaus neuer Gas- und Ölheizungen schon ab dem kommenden Jahr für Zündstoff unter den Koalitionären. Weitere Streitthemen waren unter anderem die Pläne der FDP für eine Aktienrente als weitere Säule der Altersvorsorge sowie die Neuordnung der familienpolitischen Leistungen, allen voran die Einführung der Kindergrundsicherung.

Grundsätzlich einig waren sich die Koalitionsspitzen lediglich darin, dass die deutschen Streitkräfte künftig besser ausgestattet werden sollen. Doch schon bei der Frage, wie die dafür benötigten finanziellen Mittel aufgebracht werden können, war die Einigkeit vorbei.

Warten auf den Kanzler

Alles in allem wurde einmal mehr auffällig, dass sich in dieser Regierung Akteure zusammengefunden haben, die kaum zueinander passen. Der FDP scheint allmählich zu dämmern, dass ihrem grünen Koalitionspartner nicht nur eine etwas forsche Modernisierung unserer Gesellschaft vorschwebt, sondern deren radikaler Umbau. Mögen die Liberalen zuvor vielleicht geglaubt haben, zusammen mit Grünen und Sozialdemokraten hier und dort ein paar aus ihrer Sicht überholte Strukturen aufzubrechen, wird ihnen zunehmend klar, dass insbesondere Wirtschaftsminister Habeck daran arbeitet,

die soziale Marktwirtschaft durch eine ökologische Planwirtschaft zu ersetzen.

Nach Einschätzung der meisten Kommentatoren kommt es Kanzler Scholz durchaus gelegen, dass sich seine beiden Koalitionspartner regelmäßig gegenseitig beharken, rücken er und seine Genossen damit doch automatisch in die Rolle einer neutralen Schiedsinstanz, die scheinbar für sich beanspruchen kann, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren.

Doch kann dies wirklich der Anspruch eines Bundeskanzlers sein? Und sollen sich die Bundesbürger damit abfinden, dass ihr Regierungschef zusieht, wie die Flügel seines Dreierbündnisses aufeinander einschlagen? Laut Artikel 65 des Grundgesetzes bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür auch die Verantwortung. Insofern ist jeder Konflikt des Kabinetts ein Problem von Olaf Scholz. Dies gilt gerade für die ungelösten Konflikte, die Erfolge haben ohnehin viele Mütter und Väter.

Noch schützen der Ukrainekrieg und die damit verbundene Aufmerksamkeit den Kanzler vor allzu kritischen Nachfragen in Sachen Innenpolitik. Doch da die meisten Streitthemen der Regierungspartner die Bundesbürger dort berühren, wo sie am empfindlichsten sind – nämlich bei ihrem Geld – wird sich Scholz nicht mehr lange vor seiner Führungsverantwortung drücken können. Sonst droht das vorzeitige Aus seiner Koalition.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Manuela Schwesig gerät in Sachen Nord Stream zunehmend in Bedrängnis **Seite 4**

Kultur

Die Sanierung der Kölner Kulturhäuser wird zum teuren Debakel **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die Bevölkerung des südlichen Ostpreußen schrumpft bedenklich **Seite 13**

Lebensstil

Das trügerische Hilfeversprechen der „Mindset“-Ratgeber **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Richtungsentscheidung Nach der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus zeichnet sich eine schwarz-rote Regierung an der Spree ab. Was heißt das für die Hauptstadt – und die deutsche Politik insgesamt?

Abschied von Bullerbü

Warum das Ende von Rot-Grün-Rot in Berlin auch bundespolitisch von Bedeutung ist

VON REINHARD MOHR

Man meint, ein Aufatmen in der Stadt zu spüren. Nach mehr als sechs Jahren Rot-Grün-Rot gibt es die Hoffnung auf einen neuen CDU-geführten Senat. Ganz gleich, wie man die Berliner Christdemokraten und ihren Spitzenkandidaten Kai Wegner beurteilt: Ihr Wahlsieg war ein historischer Durchbruch. Er hat eine 22-jährige Periode beendet, in der immer nur in Frage stand, mit wem die SPD koalitiert: mit den Linken oder den Grünen, zuletzt mit beiden zusammen.

Kaum einer hat vor der an sich schon historisch einmaligen, skandalösen Wiederholungswahl geglaubt, dass die strukturell linksgrüne Mehrheit in Berlin bei der Senatsbildung aufgebrochen werden könnte. Zu sehr hatte man sich an die schier ewige Dominanz des „progressiven Lagers“ gewöhnt, die immer mehr zu einer Arroganz der Macht mutierte.

Sichtbares Symbol dafür war der völlig überzogene, absurde Kampf der grünen Verkehrssenatorin Jarasch um 550 Meter Friedrichstraße, die sie um jeden Preis in eine „Flanierzone“ ohne Autos verwandeln wollte – ohne Sinn und Verstand, ohne Konzept und rücksichtslos gegenüber Anrainern und Geschäftsleuten. Wie unter einem Brennglas zeigte sich hier ideologische Verböhrtheit in Tateinheit mit einem autoritären Gesellschaftsverständnis, bei dem die Repräsentanten der Obrigkeit am besten zu wissen glauben, was gut und richtig ist für die unwissenden Untertanen. Dass all dies auch noch unter dem positiv gemeinten Sammelbegriff „Bullerbü“ gefasst wird, Sinnbild für einen infantilen Pippi-Langstrumpf-Kosmos, in dem man sich die Welt macht, wie sie einem gefällt, spricht für sich.

Aber Franziska Giffey's Entscheidung für eine Koalition mit der CDU, auch wenn sie auf teils heftigen innerparteilichen Widerstand an der SPD-Basis stößt, scheint das Tischtuch zwischen SPD und Grünen endgültig zerschnitten zu haben. Die Linkspartei, lange Jahre ans Regieren gewöhnt, wechselt nun wie die Grünen auf die Oppositionsbänke, nicht ohne vor „Stillstand“ und „Rückschritt“ zu warnen, so, als sei die Aufhebung willkürlich gezogener „Pop-up“-Radwege auf der Kantstraße der direkte Weg ins Mittelalter.

Dabei war es gerade die rot-rote und rot-grün-rote Dauerherrschaft, die Berlin in weiten Teilen zu einer dysfunktionalen Stadt machte, in der vieles nicht funktioniert, von der Terminvergabe in Bürgerämtern bis zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität. Eine vergleichsweise stille Katastrophe ist die Bildungspolitik. Immer mehr Kinder gehen ohne ausreichende Deutschkenntnisse und ohne Schulabschluss ins weitere Leben. „Integration“ und „Chancengleichheit“ sind da nur hohle Wörter.

Das Ende linksgrüner Lebenslügen

Die politische Grundhaltung aus naivem Moralismus, notorischer Rechthaberei und grüner Planwirtschaft hat sich nun offenkundig gerächt. Die Wähler wollten den Wechsel. Er könnte sogar den Beginn einer neuen Phase in der Bundespolitik markieren, denn auch in der „Ampel“-Regierung stehen die Grünen für paternalistische Bevormundung und immer mehr staatliche Eingriffe in das Wirtschafts-, Kultur- und Alltagsleben – vom Pranger-ähnlichen Melderegister für „Antifeminismus“ bis zu

Robert Habeck's Plan, genau festzulegen, wer, wann, wie und wo seine private Heizung erneuern oder austauschen muss.

Ob Cem Özdemir's Werbebotschaften, ob „Lieferketten“- oder „Transgendergesetz“ zur „vereinfachten Änderung des amtlichen Geschlechtseintrags“ auch schon für Sechzehnjährige – unentwegt wird an der Gesellschaft geschraubt und herumgedoktert, als handele es sich bei den Bürgern dieses Landes um Menschen, die man zu ihrem Glück zwingen muss.

So ist es auch kein Wunder, dass die Konflikte mit der FDP zunehmen, die immerhin noch Restbestände eines marktwirtschaftlichen Liberalismus in sich trägt, auch wenn sie längst vieles mitmacht, was dem liberalen Geist widerspricht. Der Widerstand gegen das endgültige Verbrenner-Aus 2035 jedoch ist durchaus ein Fanal, ein dringlicher Hinweis darauf, dass man nicht ständig technologische Entwicklungen von Staats wegen vorschreiben kann, ohne den Wirtschaftsstandort Deutschland schwer zu schädigen.

Und die nächsten Konfliktherde warten schon, allen voran die neue Flüchtlingswelle, die sogar manch grünen Landrat dazu treibt, Brandbriefe an den Kanzler zu schreiben mit der einfachen Botschaft: Wir können nicht mehr, es kommen zu viele. Wir schaffen das nicht. Noch hält sich die Grünen-Spitze Augen und Ohren zu, doch die wachsenden Proteste im Land werden den Druck erhöhen, mehr zu tun als immer nur noch mehr Geld „in die Hand zu nehmen“.

Es wird Zeit, einige Lebenslügen der deutschen Migrationspolitik zu verabschieden. Es gibt eben doch Grenzen, die zu beachten und zu verteidigen sind, äußere wie innere. Wenn, wie in Berlin geschehen, ein Alters- und Pflegeheim geräumt wird, um dort Flüchtlinge unterzubringen, sind gleich mehrere Grenzen überschritten. Auch hierauf passt eine Äußerung des womöglich künftigen Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner, die sich auf die Silvesterkrawalle in Neukölln bezog: „Nur wenn ich Probleme benenne, kann ich sie auch richtig lösen.“



Sinnbild ideologischer rot-grün-roter Stadtentwicklung: Die Berliner Friedrichstraße, die mit der Brechstange zur Fußgängerzone umgebaut werden sollte
Foto: imago/Bernd Friedel

DIE LINKE

Eine Partei im ungebremsten Sinkflug

Mit Wut im Bauch geht die Ex-SED/PDS/Linke in die Opposition. Sie muss den Senat verlassen. Zudem drücken ideologische und demographische Probleme die Stimmung. Vor gut zwanzig Jahren, bei der Abgeordnetenhauswahl 2001, erhielt die Partei noch 22,6 Prozent der Stimmen – ein Rekordwert, der nie mehr erreicht und mit der rot-roten Koalition unter Klaus Wowereit belohnt wurde. Zwei Jahrzehnte später kommt sie noch auf 12,2 Prozent.

Ein Grund ist sicherlich, dass die treuen Parteigenossen und Wähler aus DDR-Zeiten buchstäblich aussterben. Dazu kommt, dass die Zeiten, da Gregor Gysi den rhetorisch brillanten Asterix der linken Schickleria gab, vorbei sind. Entscheidend ist aber die tiefe Zerrissenheit der Partei, die inzwischen von Personen geführt wird, die früher höchstens in der zweiten Reihe eine Rolle gespielt hätten. Wer kennt schon Janine Wissler und Martin Schirdewan, die beiden Bundesvorsitzenden? Sahra Wagenknecht, Star der Partei, will nicht mehr für die Linke antreten und arbeitet längst an der Gründung einer eigenen Partei, wie zuletzt ihr Auftritt bei der Friedensdemonstration am Brandenburger Tor gezeigt hat. Beim Thema Ukrainekrieg hat sie sich mit großen Teilen der Partei überworfen, die ihr eine Nähe zur AfD vorhalten.

Die Spaltung der Linken scheint absehbar. Im Übrigen prägt sie immer noch eine Mischung aus zeitgeistkompatibler „Wokeness“ gegenüber jeder angeblichen Diskriminierung – ob „sexistisch“, „rassistisch“, „queer“- oder „transfeindlich“ – und einem staatssozialistischen Verständnis von Politik, in dem immer wieder die alte SED durchscheint. Niemand kämpft entschlossener für den staatlich verordneten „Mietendeckel“ und die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften. Die DDR lässt grüßen. Dass es mehr als drei Jahrzehnte gedauert hat, um die verfallenen Innenstädte in den neuen Bundesländern einigermaßen zu sanieren, irritiert die Linke keineswegs in ihrem Bestreben, mit alten, grandios gescheiterten Rezepten „die Zukunft“ zu gestalten. R.M.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auf den Hochmut folgt der Aufprall in der schnöden Realität

Nachdem ihnen die Sozialdemokraten einen Korb gegeben haben, lecken die Hauptstadt-Grünen ihre Wunden

Die Grünen waren schockiert über das Umschwenken der SPD. Wie gemein! Nun beschimpft man sich gegenseitig. Das Motto ist hundert Jahre alt: Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Ein Teil der Enttäuschung rührt wohl auch daher, dass die Grünen sich inzwischen – nicht nur in Berlin – als die wahre Staatspartei der bunten Republik wähen. Vor gut vierzig Jahren als basisdemokratische Protestpartei gestartet, besetzen sie nicht nur flächendeckend hohe und höchste Ämter, daneben zahlreiche Chefposten großer Lobbyverbände – auch in den Medien hat sich der grüne Zeitgeist ausgebreitet wie das Wurzelwerk einer dreihundertjährigen Eiche. Konservative

Fernsehjournalisten gibt es nur noch in den Medienarchiven aus grauer Vorzeit, und bei den NGOs, den unzähligen „Nicht-Regierungsorganisationen“ und Aktivistenverbänden aller Art, dürften die Grünen auf eine Anhängerschaft von knapp 100 Prozent kommen.

Staatspartei der bunten Republik

In vielen Großstadtbezirken sind die Grünen mit rund vierzig Prozent der Stimmen Volkspartei. In Friedrichshain-Kreuzberg ist die CDU dagegen eine minoritäre Splittergruppe. Hier hat das linksradikale Milieu von Autonomen und Hausbesetzern aus den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts überwintert und pro-

fitiert nun von grüner „Staatsknete“ und dem berüchtigten „Kreuzberger Landrecht“, bei dem Stadträte sich als verlängerter Arm der „Betroffenen“ im Kiez verstehen und auch schon mal versuchen, die Gesetze flexibel auszulegen.

Streng ist man dagegen bei der Umsetzung der „Verkehrswende“ – so wie am traditionsreichen Chamissoplatz, der durch 68 rotweiße Poller derart verunstaltet wurde, dass sich immerhin nachträglich der Denkmalschutz eingeschaltet hat. Selbst hartgesottene Ex-Hausbesetzer haben deshalb im Wahllokal um die Ecke mit zitternder Hand zum ersten Mal in ihrem Leben CDU gewählt. Früher hätte man gesagt: Mit Wut, Trauer und Betroffenheit!

Selbst hartgesottene Ex-Hausbesetzer haben mit zitternder Hand zum ersten Mal in ihrem Leben CDU gewählt

Es könnte durchaus ein Zeichen sein, dass der seit Jahren anhaltende bundesweite grüne Höhenflug sich seinem vorläufigen Ende nähert. An allen Ecken und Enden bedroht die schnöde Realität den grünen Traum von Bullerbü, die Utopie einer konfliktfreien, klimaneutralen Welt aus Toleranz, Inklusion und Nachhaltigkeit, in der es keine antifeministische Meldestelle mehr brauchen wird, weil alle Männer, ob „cis“, „trans“ oder „queer“, Feministen geworden sind und die Geflüchteten aus Afghanistan, Syrien und Irak den Begriff der „feministischen Außenpolitik“ schon am ersten Tag ihres Sprachkurses lernen, bevor es daran geht, die Funktionsweise einer Wärmepumpe zu verstehen. R.M.

Die stillen Reserven im eigenen Land

Die demographische Entwicklung und der Bedarf an Fachkräften dienen der deutschen Politik regelmäßig zur Begründung ihrer Migrationspolitik. Dabei schlummern hierzulande Potentiale, mit denen der Mangel auch so behoben werden kann

VON JOSEF KRAUS

Wenn es um den Bedarf an Fachkräften qua Zuwanderung geht, schwirren gigantische Zahlen durch die Öffentlichkeit. Nach Angaben des von 2017 bis 2022 amtierenden Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele (SPD), braucht Deutschland mindestens 400.000 Zuwanderer pro Jahr. Manche „Arbeitsmarktforscher“ meinen gar, pro Jahr sei eine Million zugewandener Fachkräfte notwendig.

Diese Zahlen dürften regierungsfreundlich überhöht sein, um die Zuwanderungspolitik der „Ampel“ zu legitimieren. Tatsache ist: Der Geburten-/Sterbesaldo gibt diese Zahlen nicht her. In den Jahren von 2017 bis 2022 gab es einen Sterbeüberschuss zwischen jährlich 147.000 (2017) und 228.000 (2021, ein Corona-Jahr). 1971 gab es in Deutschland (West und Ost zusammen) zum letzten Mal einen positiven Bevölkerungssaldo. Damals wurden 47.773 mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Auch die sogenannte Überalterung darf man nicht dramatisieren. In der Alterskohorte der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 25 Jahren gibt es pro Geburtsjahr rund 65.000 Personen weniger als in den einzelnen Geburtsjahrgängen der Alterskohorte zwischen 60 und 65 Jahren. Um das auszugleichen, braucht man keine 400.000 oder gar eine Million Zuwanderer pro Jahr.

Eine ernüchternde Bilanz

Tatsächlich wurden noch nie auch nur die 400.000 erreicht, und sie sind auch nicht nötig. 2021 konnten die altersbedingten Abgänge aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen nur zu rund 56 Prozent durch Zugewanderte aus EU- und Drittstaaten ersetzt werden. Das heißt: Die Bilanz des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes von 2020 ist ernüchternd: 2021 sind über Programme der Bundesagentur für Arbeit nur 3200 Fachkräfte aus dem Ausland auf dem deutschen Arbeitsmarkt vermittelt worden. Nicht einmal Vereinbarungen mit Ländern wie Indonesien, Mexiko oder Kolumbien halfen großartig weiter, als explizit um Handwerker und Pflegekräfte geworben wurde.

Insgesamt lebten – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltstitel – im Jahr 2021 knapp 2,72 Millionen Menschen in Deutschland, die wegen der Arbeit zugewandert sind. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Ausländer von außerhalb der Europäischen Union (EU), die befristet zum Arbeiten nach Deutschland gekommen sind, seit 2011 zwar deutlich gestiegen. Ende 2021 waren 295.000 Menschen im Ausländerzentralregister erfasst, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis für eine Erwerbstätigkeit hatten. 2011 waren es noch 90.500 Menschen mit einem solchen Aufenthaltstitel. Ausländer aus Nicht-EU-Ländern hatten 2021 am häufigsten die indische Staatsangehörigkeit: elf Prozent (33.900). Knapp ein Viertel (24 Prozent) der ausländischen Arbeitskräfte waren Ende 2021 akademische Fachkräfte mit der 2012 EU-weit eingeführten „Blue Card“ – also mit einem Hochschulabschluss.

Die aktionistischen Fachkräfte-„Einkaufs“-Touren führender Politiker blieben gleichwohl ohne großen Erfolg, und sie werden vermutlich ohne nennenswerten Erfolg bleiben. Das gilt für die Initiative des Ex-Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU), der 2019 nach Mexiko reiste, um Pflegekräfte anzuwerben. Die fünf Top-Herkunftsländer der in Deutschland tätigen ausländischen Pflegekräfte waren zu diesem Zeitpunkt Polen, Bosnien und Herzegowina, die Türkei, Kroatien sowie Rumänien. Corona mit den Reisebeschränkungen machte Minister Spahn indes einen Strich durch die Rechnung.



Eine der „stillen Reserven“ des heimischen Arbeitsmarkts: Allein eine Halbierung der Zahl der Bildungs-, Ausbildungs- und Studienabbrecher brächte pro Jahr 200.000 bis 300.000 Fachkräfte

Foto: Mauritius

Die gleiche Absicht hatten gerade erst Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil sowie Entwicklungsministerin Svenja Schulze (beide SPD). Sie flogen im Februar 2023 nach Ghana und Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste). In Ghanas Hauptstadt Accra eröffnete Schulze das „Ghanaisch-Europäische Zentrum für Arbeitsplätze, Migration und Entwicklung“. Es soll Vorbild für acht weitere Zentren in Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Nigeria, Irak, Pakistan und Indonesien werden. 150 Millionen Euro will das Schulze-Ministerium dafür ausgeben. Ziel: Man will vor allem Pflegekräfte gewinnen. Trotz Kritik der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die sagt, dass Ghana selbst einen kritischen Mangel an Pflegepersonal habe. Und Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte bei seinem jüngsten Besuch im Februar 2023 in Indien die Anwerbung von IT-Fachkräften im Auge. Ob es sich bei all diesen Touren nicht um eine Form von Kolonialismusähnlicher Ausbeutung handelt?

Deutsche in der Demographiefalle

Nun ist seit 31. Dezember 2022 das „Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts“ in Kraft. Fragen wir uns dennoch: Brauchte man dieses Gesetz, und brauchen wir wirklich, wie Politik und Wirtschaftslobby insinuieren, massenhaft Zuwanderung? Die klare Antwort: Nein!

Klar: Die Deutschen sitzen in ihrer eigenen Demographiefalle. Gab es in den beiden Teilen Deutschlands 1960 noch 1,3 Millionen und 1970 – also nach dem „Pillennick“ – noch 1,0 Millionen Geburten, so war diese Zahl 1980 auf 0,86 Millionen gesunken. 2021 gab es 0,79 Millionen Geburten, 2022 wohl deutlich weniger (die exakten Zahlen liegen noch nicht vor). Das Zeugungsverhalten der Deutschen ist also deutlich rückläufig. Pro gebärfähige Frau war die Zahl ihrer Kinder in der alten Bundesrepublik auf bis zu 1,28 (im Jahr 1985; heute ca. 1,50) gefallen, wo für eine ausgeglichene Alterspyramide doch 2,1 Kinder pro Frau notwendig wären. Eine erhebliche Rolle spielt dabei die Tatsache, dass es in Deutschland seit Ende der 1960er Jahre mindestens sechs Millionen Abtreibungen gab.

Die Bevölkerung Deutschlands ist gleichwohl von 79,75 Millionen (1990) auf 84,3 Millionen (Januar 2023) gestiegen. Es dürfte aufgrund dieses Zuwachses zumal von Zuwanderern jüngerer Alters (das durchschnittliche Einreizealter lag 2021 bei 24,8 Jahren) also keinen Fachkräftemangel geben.

Ungenutzte Potentiale

Zudem schlummern innerdeutsch nicht unerhebliche Potentiale: Jedes Jahr bleiben rund 100.000 junge Leute ohne Bildungs- und Berufsabschluss. Ein Drittel der derzeit 2,9 Millionen Studenten wird vermutlich ohne Abschluss bleiben. Das Alter der Hochschulabsolventen mit Masterabschluss hat sich bei knapp über 27 Jahre eingependelt. Das heißt: Viele Hochschulabsolventen kommen recht spät auf den Arbeitsmarkt. Die deutschen Hochschulen installieren zudem immer mehr Studiengänge, die nichts zum Sozialprodukt beitragen – siehe die Studiengänge in Genderforschung, kritischer Weißseins-Forschung, postkolonialer Forschung ...

Zuwanderung hin oder her: Damit allein ist es schon deshalb nicht getan, weil die Zugewanderten oder deren auch in Deutschland geborene Kinder bei Schulleistungstests oft ein bis zwei Schuljahre hinterherhinken. Das hat sich in allen Schulleistungstudien seit dem Jahr 2000 bestätigt – soweit die Autoren von PISA, IGLU oder IQB-Studien diese Tatsache nicht unter den Tisch fallen ließen oder verschleierte. Nur wenige mutige Forscher bringen es auf den Punkt: Der Chemnitz Psychologielehrer Heiner Rindermann stellte 2015 fest: Ingenieure, die aus dem Nahen Osten nach Deutschland kommen, haben Realschulniveau. Das vergleichsweise niedrige Bildungsniveau Zugewandener (hier im Alter von 25 bis 34) wird auch von „Eurostat“ bestätigt. Danach sind 29,2 Prozent „Niedrigqualifizierte“, das heißt, sie haben keine Berufsausbildung und keinen höheren Schulabschluss (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft).

Außerdem: Jährlich verlassen mehrere hunderttausend Deutsche das Land, viele für einige Jahre, viele auf Dauer – meist junge,

akademisch oder anderweitig gut qualifizierte Leute. Viele aus beruflichen Gründen, viele wegen andernorts besserer Verdienstmöglichkeiten, viele wegen des deutschen Steuersystems und wegen hoher Lebenshaltungskosten in Deutschland. Viele auch wegen des politisch stickigen Klimas in Deutschland. Seit 1991 etwa sind 1,3 Millionen Deutsche ausgewandert und nicht zurückgekehrt.

Obendrein gab es in Deutschland im Januar 2023 2,6 Millionen Arbeitslose. Und ein Drittel (exakt 32,1 Prozent) davon ist jünger als 35 Jahre. Das bedeutet: Zuletzt waren/sind fast 900.000 Arbeitslose jünger als 35, also fähig für eine Ausbildung oder eine Umschulung, die auf längere Sicht trägt.

Hinzu kommen gewisse Mentalitätswandlungen: Der deutsche Michel macht in immer größerer Zahl auf „Work-Life-Balance“ und in der Folge auf Vier-Tage-Woche. Damit fällt ein Fünftel seiner bisherigen Arbeitszeit aus. Und: Die „Ampel“ hat ein Bürgergeld installiert, das man gegebenenfalls ab dem 15. Lebensjahr haben kann und das so manchen Bezieher dieser Wohltat zumindest ebenso gut dastehen lässt, wie wenn er einem Vollzeitjob nachginge. Der Deutsche Handwerksverband kritisierte nicht ganz zu Unrecht, dass das Bürgergeld Geringverdiener antriebslos mache: „Die Verbesserungen für die Bezieher beim Schonvermögen, der Wegfall von Sanktionen, die deutliche Anhebung des Regelsatzes, die komplette Übernahme der stark gestiegenen Heizkosten – all das wird dazu führen, dass sich für mehr Menschen als bisher das Nicht-Arbeiten mehr lohnt als das Arbeiten.“

Lösungsansätze

Die demographische Entwicklung lässt sich nicht umkehren. Aber es gibt Möglichkeiten, mit dem Fachkräftemangel mit Binnenkräften und auch ohne hohe Zahlen an Zuwanderern klarzukommen. Es muss erstens gelingen, die Zahl der Bildungs-, Ausbildungs- und Studienabbrecher wenigstens zu halbieren, dann stehen pro Jahr 200.000 bis 300.000 Fachkräfte zusätzlich zur Verfügung. Es muss zweitens gelingen, das jüngere Drittel der Arbeitslosen zu qualifizieren oder umzuschulen, dann steht eine halbe Million Arbeitskräfte mehr zur Verfügung. Es muss drittens gelingen, die Zahl der Auswanderer zu halbieren, dann stehen sofort ein- bis zweihunderttausend Hochqualifizierte zur Verfügung. Es muss viertens gelingen, das Rentenalter anzuheben, dann steht mindestens eine halbe Million Fachkräfte mehr zur Verfügung. Eine unsoziale Maßnahme wäre das nicht, es wäre dies ein Beitrag zu einem ausgeglichenen Generationenvertrag. Denn die Lebenserwartung steigt unvermindert an. Konkret: In Deutschland betrug die Lebenserwartung von Frauen im Jahr 2021 im Schnitt 83,4 Jahre, bei Männern im Schnitt 78,5 Jahre.

Deutschland hätte auch ohne Zuwanderung eine „stille Reserve“ an mindestens zwei bis drei Millionen Fachkräften. Das schließt das Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland nicht völlig aus. Aber dann eben nicht als Anwerben ins deutsche Sozialsystem, sondern ins deutsche Beschäftigungssystem. Es muss um ein Modell gehen, wie es etwa Kanada, Australien und Neuseeland praktizieren. Von hundert Zuwanderern, die man dort aufnimmt, werden 80 aufgrund ihrer Qualifikation aufgenommen, zehn Prozent aus Gründen der Familienzusammenführung und zehn Prozent aus humanitären Gründen.

● **Josef Kraus** war bis zur Pensionierung 2015 Gymnasialdirektor in Niederbayern und von 1987 bis 2017 ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zu seinen Büchern gehören „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (Herbig 2017) und „Der deutsche Untertan. Vom Verlust des eigenen Denkens“ (Langen Müller 2021).

—
Deutschland hätte auch ohne Zuwanderung eine „stille Reserve“ an mindestens zwei bis drei Millionen Fachkräften. Das schließt das Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland nicht aus. Aber dann eben nicht als Anwerben ins deutsche Sozialsystem, sondern ins deutsche Beschäftigungssystem

● MELDUNGEN

Überwiegend Moslems

Wiesbaden – Laut Auskunft des Bundeskriminalamtes stufen die deutschen Sicherheitsbehörden derzeit insgesamt 608 Personen als sogenannte Gefährder ein. Davon werden lediglich neun dem linksextremistischen Spektrum und 72 dem Bereich des Rechtsextremismus zugeordnet. Weitere 22 gelten als Anhänger einer gewaltaffinen ausländischen politischen Ideologie. Die übrigen 505 Gefährder sind mutmaßliche oder potentielle islamische Terroristen und Extremisten. Von diesen islamischen Gefährdern sitzen derzeit 92 in Haft und 203 weilen wahrscheinlich im Ausland. Daneben gibt es noch 808 bekannte mögliche Unterstützer von Gefährdern. Von denen werden 504 der radikal-islamischen, 186 der rechtsextremistischen und 73 der linksextremistischen Szene zugeordnet. W.K.

KZ-Prozess eingestellt

Coburg – Das Ermittlungsverfahren gegen einen ehemaligen Wachmann des Konzentrationslagers Ravensbrück ist nach dem Tod des 99-Jährigen eingestellt worden. Dem Mann aus dem Raum Coburg war vorgeworfen worden, vom April des Jahres 1943 bis zum letzten Kriegsmontat, dem Mai des Jahres 1945, im Hauptlager in Ravensbrück Dienst getan zu haben. Wie die Staatsanwaltschaft weiter mitteilte, stand der Beschuldigte im Verdacht der Beihilfe zum Mord. „Eine genaue Fallanzahl konnte nach Angaben der Staatsanwaltschaft nicht beziffert werden. Das Ermittlungsverfahren galt als relativ weit fortgeschritten und der hochbetagte Beschuldigte war zudem auch verhandlungsfähig. Beobachter hatten damit gerechnet, dass der Prozess im nächsten Jahr stattfinden würde. Der Prozess wäre einer der letzten Prozesse gegen einen mutmaßlichen NS-Täter gewesen.“ H.M.

Wölfe jagen Radfahrerin

Walsrode – Eine 24-jährige Fahrradfahrerin ist nach eigenen Angaben auf dem Weg zur Arbeit im niedersächsischen Heidekreis von drei Wölfen verfolgt worden. Die Frau sagt, die Wölfe hätten sie über eine Strecke von rund 200 Metern verfolgt. Entkommen können habe sie den Tieren „vermutlich nur mit dem Turbo-Gang meines E-Bikes“. Wie die Frau schilderte, habe sie auf dem Weg zur Arbeit in ungefähr 60 Metern Entfernung die drei Wölfe erkannt, die sich sofort in ihrer Richtung in Bewegung gesetzt hätten. Daraufhin habe die Fahrerin des E-Fahrrads gewendet. „Ich habe abwechselnd nur noch gebrüllt und geweint“, so die Physiotherapeutin. Erst als die ersten Häuser der Gemarkung Ebbingin in Sicht gekommen waren, seien die Tiere langsamer geworden und schließlich stehen geblieben. Auch der zweite Versuch, per Rad zur Arbeit zu gelangen habe mit einer sogenannten Nahbegegnung mit den drei Raubtieren geendet. Autofahrern sei es allerdings gelungen, die Tiere durch lautes Hupe zu vertreiben. H.M.



Weisen den Verdacht vehement zurück, politischen Druck ausgeübt zu haben: Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit ihrem Finanzminister und Parteifreund Heiko Geue

Foto: pa

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Welche Rolle spielte Schwesig?

Rätselraten um das Motiv einer pflichtwidrigen Steuererklärungsvernichtung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 7. Januar 2021 beschloss der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit den Stimmen von SPD, CDU und Linkspartei die Einrichtung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“. Diese sollte sich satzungsgemäß um die „Durchführung und Förderung von Maßnahmen und Projekten des Klimaschutzes“ sowie die „Bewahrung oder Wiederherstellung der Natur im Land Mecklenburg-Vorpommern sowie vor den Küsten des Landes“ kümmern. Tatsächlich verfolgte sie aber in allererster Linie das Ziel, die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland zu ermöglichen und in diesem Zusammenhang die

US-Sanktionen gegen am Pipeline-Bau beteiligte Unternehmen zu unterlaufen, denn die richteten sich seinerzeit nur gegen private Akteure.

Also gründete die Stiftung einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, der dann an 80 Firmen 119 Aufträge mit einem Volumen von 165 Millionen Euro vergab und zudem das 18 Millionen Euro teure Spezialschiff „Blue Ship“ kaufte. Das dafür nötige Geld kam von der Nord Stream 2 AG, einer Tochter des russischen Gaskonzerns Gazprom, der wiederum mehrheitlich dem russischen Staat gehört. Diese Aktiengesellschaft stellte darüber hinaus 20 Millionen Euro für das Grundstockvermögen der Stiftung zur Verfügung, während das Land Mecklenburg-Vorpommern lediglich 250.000 Euro beisteuerte.

Die damalige Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel sowie Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz billigte und unterstützte das Projekt, obwohl es bereits 2021 politisch mehr als umstritten war. Parallel hierzu wurden die Bürger über den eigentlichen Zweck des Ganzen belogen. So hieß es aus dem Umfeld der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, die sich besonders stark für das Vorhaben eingesetzt hat: „Die neue Stiftung ist ganz klar eine Einrichtung für Klima- und Umweltschutz und keine verkappte Nord-Stream-Stiftung.“

Einzeltat einer Überforderten ...

Kritik hieran kam zunächst nur von einigen Umweltverbänden, die von einer

„dreisten PR-Aktion“ Schwesigs und einer „Fake-Stiftung“ sprachen, sowie Transparency International. Diese Nichtregierungsorganisation, welche sich der weltweiten Bekämpfung der Korruption verschrieben hat, sah Verstöße gegen das Geldwäschegesetz und attestierte der Stiftung darüber hinaus ein klares Abhängigkeitsverhältnis von der Russischen Föderation.

Dann begann der Krieg in der Ukraine, woraufhin sich der Wind um 180 Grad drehte. Nun wollte niemand mehr für das Projekt verantwortlich sein, auch Schwesig nicht, die ihr früheres Engagement wortreich zu relativieren versuchte. Trotzdem wurde sie von CDU-Politikern als „Putin-Lobbyistin“ titulierte und zum Rücktritt aufgefordert. Außerdem richtete der Schweriner Landtag am 14. April mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen einen Untersuchungsausschuss ein, der Schwesigs Verhalten in Bezug auf die Stiftung beleuchten soll.

... oder eine Verschwörung

Etwa zur gleichen Zeit erschien im „Cicero – Magazin für politische Kultur“ ein Artikel, der nahelegt, dass die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV nicht nur von einem kremlnahen Unternehmen gesponsert worden sei, sondern in diesem Zusammenhang auch noch Steuerbetrug begangen habe. Die im Februar und Juli 2021 eingegangenen Zahlungen der Nord Stream 2 AG für den Kapitalgrundstock in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro seien nicht versteuert worden, was aber nötig gewesen wäre, weil die Stiftung keinen Gemeinnützigkeitsstatus besitze.

In Reaktion auf den „Cicero“-Artikel begann das Finanzamt Ribnitz-Damgarten mit der Suche nach der Steuererklärung der Stiftung vom März 2022. Sie blieb allerdings erfolglos. Damit existierte keine Möglichkeit zu beweisen, dass der Erhalt der aus Russland stammenden Spende vorsätzlich verschwiegen wurde. Dann gestand eine Finanzbeamtin die eigenmächtige Vernichtung der Papiere. Sie habe diese zunächst verlegt, dann aber wiedergefunden und aus Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen im Kamin des Hauses ihrer Mutter verbrannt. Hierdurch sei die Stiftung nun endgültig entlastet. Das nährt den Verdacht, dass auf die Beamtin politischer Druck ausgeübt wurde. Genau das weisen Schwesig und ihr Finanzminister und Parteifreund Heiko Geue jedoch vehement zurück.

Dennoch sprechen CDU-Politiker in Bund und Land jetzt von „SPD-Schweigekartellen“ und „unfassbaren Vorgängen um den Kreml-Sumpf“ aus „Tricksen, Täuschen und Verschleiern“, durch die Schwesigs Glaubwürdigkeit „endgültig ... verbrannt“ sei.

BREMEN

„Bürger in Wut“ möglicherweise lachender Dritter

Die AfD hat sich zur Bürgerschaftswahl im Mai nicht auf eine Kandidatenliste einigen können

Die Bürgerschaftswahlen in Bremen waren für die AfD schon in der Vergangenheit ein schwieriges Pflaster. Vor dem diesjährigen Urnengang am 14. Mai scheint es so, als könnte die Partei diesmal ohne Mandate ausgehen. Dafür ist nicht eine mangelnde Unterstützung durch die Wähler verantwortlich, da die AfD im Norden in aller Regel ein überschaubares, aber recht stabiles Potential zwischen sechs und zehn Prozent hat.

Vielmehr könnte diesmal der Landeswahlleiter einen Strich durch die Rechnung machen. Mitte des Monats fällt er seine Entscheidung, welche Listen zu den Bürgerschaftswahlen zugelassen werden. Und derzeit liegen zwei Listen vonseiten der AfD vor. „Eine Partei kann laut Wahlgesetz nur mit einer Liste antreten. Dabei ist entscheidend, wer legitimiert war, die

se Liste einzureichen“, teilte die Behörde mit. Das bedeutet, dass sie auch beide Vorschläge zurückweisen könnte.

Die Bremer AfD ist seit Jahren heillos zerstritten. Es gibt einen „Restvorstand“ um den stellvertretenden Landesvorsitzenden Sergej Minnich und einen sogenannten Notvorstand um die Bürgerschaftsabgeordneten Heinrich Lohmann und Frank Magnitz. Der Landesverband war in zwei Teile zerfallen, nachdem die Wahl eines neuen Vorsitzenden ohne Ergebnis abgebrochen worden war.

Die Fraktion in der Bürgerschaft war bereits drei Monate nach der Wahl im Herbst 2019 auseinandergebrochen. Beide „Parteien“ behaupten für sich, die Geschäfte der AfD in Bremen rechtmäßig zu führen. Das Problem ist, dass der Bundesvorstand die Gruppe um Minnich für be-

fugt hält, wohingegen das Bundesschiedsgericht sich auf die Seite des Magnitz-Lagers stellte.

Die Parteispitze hat die Gegenseite vor einigen Wochen aufgefordert, ihre Liste zurückzuziehen. Andernfalls seien Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Parteiausschluss fällig. Magnitz und Lohmann konterten mit einer Strafanzeige wegen Nötigung gegen den Bundesvorstand. Die erhoffte Klarheit brachte auch das Landgericht Bremen nicht. Das wies Eilanträge beider Gruppen zurück. Zuständig seien erst einmal die Parteigremien. Der Bundesvorstand hätte die Möglichkeit gehabt, den Landesvorstand seines Amtes zu entheben und einen Notvorstand einzusetzen, der dann eine neue Liste wählt. Doch dafür ist die Zeit mittlerweile zu knapp.

Lachender Dritte im AfD-Streit könnte die rechtskonservative Wählervereinigung „Bürger in Wut“ sein. Deren Spitzenmann Jan Timke sitzt seit drei Legislaturperioden im Parlament, weil es ihm gelang, im eigenen Wahlbezirk Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und somit die Besonderheit des Bremer Wahlgesetzes auszunutzen. Dass die „Wutbürger“ in Bremerhaven abermals ein Mandat erringen werden, gilt als sicher. Doch erstmals scheinen sie auch in Bremen ernsthafte Chancen zu haben. Denn die neugegründete Partei „Bündnis Deutschland“ hat ihre Unterstützung – auch finanzieller Natur – für den Wahlkampf in Aussicht gestellt. Timke ließ durchblicken, dass seine Formation damit ein Budget wie etwa die Grünen hätte. Die „Kriegskasse“ ist folglich gefüllt. Peter Entinger

SOZIALES

Ein dunkler Verdacht

Senioren wird gekündigt, um Asylsuchern Platz zu machen – Geht es in Wahrheit um Geld?

VON HERMANN MÜLLER

Trotz hoher Zuwanderungszahlen trommeln bundesweit noch immer Initiativen und Kommunalpolitiker für die Aufnahme zusätzlicher Immigranten an den Außengrenzen der EU. Dabei scheint das bisherige Motto dieser Einwanderungspolitik, „Wir haben Platz“, nun unausgesprochen von einer zweiten Maxime ergänzt zu werden: „Wir schaffen Platz für Migranten!“

Für viel Aufsehen hat die Kündigung von Mietern durch ein städtisches Wohnbauunternehmen im südbadischen Lörrach gesorgt. Dort sollen 40 Mieter ausziehen, um Platz für die Unterbringung von Ukrainern zu machen. Wie die „Weltwoche“ berichtet, ist von der Kündigung auch ein Mieter betroffen, „der an der Lungenkrankheit COPD leidet und viel zu kraftlos ist, um noch einmal auf Wohnungssuche zu gehen“. Gekündigt wurde offenbar zudem einem Mieter, der zusammen mit seiner chronisch kranken Mutter in dem Haus gelebt hat.

Schon mehrere Fälle bundesweit

Kurz nach Bekanntwerden der Lörracher Vorgänge sorgte ein Fall aus Berlin für Schlagzeilen. Im Stadtteil Wedding soll ein Pflegeheim für Senioren in eine Asylsucherunterkunft umgewandelt werden soll. Betroffen sind 110 Bewohner verschiedenster Pflegestufen, die bis zum Ende dieses Jahres ihre Wohnungen räumen sollen. Etwa der Hälfte der bisherigen Heimbewohner war nach Angaben des Betreibers schon zum Jahresende 2022 gekündigt worden. Zum Teil sind inzwischen schon Asylsucher in das Gebäude eingezogen.

Dass dafür pflegebedürftige Senioren ausziehen müssen, liegt laut Medienberichten an einem Streit zweier Einrichtungen der evangelischen Kirche um Pachtzinsen. Eigentümer des Gebäudes ist das Paul-Gerhardt-Stift. Dieses hatte das Gebäude im Jahr 2006 an das Johannesstift für ursprünglich 25 Jahre vermietet. Wie berichtet wird, soll es zwischen den beiden Kirchenstiften zu einem Streit um eine Nutzungsänderung gekommen sein, der sich bereits über Jahre hingezogen hat. Der „Focus“ meldet, dass das Paul-Gerhardt-Stift schließlich im Jahr 2021 Eigenbedarf angemeldet habe.



Schlägt bundesweit Wellen: Das Berliner Paul-Gerhardt-Stift

Foto: Ullstein

Leidtragende dieser Entscheidung sind die teilweise sehr pflegebedürftigen Senioren. Beim Auszug von Heimbewohnern, denen gekündigt wurde, sollen „schon Tränen geflossen“ sein. „Tagelang standen Container vor dem Gebäude, die Möbel sind einfach weggeworfen worden“, so ein Augenzeuge. Mittlerweile sind in den beiden oberen Etagen des bisherigen Pflegeheims die ersten Immigranten eingezogen.

Die Umwandlung des Berliner Pflegeheims in eine Asylsucherunterkunft ist längst kein Einzelfall mehr. Auch in der Berliner Umlandgemeinde Bernau sind trotz weitverbreiteten Pflegenotstands die Bewohner eines AWO-Seniorenheims ausquartiert worden. Auch hier soll das bisherige Pflegeheim künftig zur Unterbringung von Immigranten genutzt werden. In Gladbeck (NRW) hat die Caritas eine Einrichtung für Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit der Stadt in eine Unterkunft für geflüchtete

Menschen aus der Ukraine umgewandelt. Im vergangenen Herbst wurde auch aus dem bayerischen Landkreis Fürstentfeldbruck gemeldet, dass in ein Seniorenheim in Spielberg bis zu 80 Asylsucher einzuziehen sollen.

„Das Geschäft ihres Lebens“

Anders als beim Berliner Pflegeheim müssen die Senioren in Spielberg ihr bisheriges Heim nicht komplett räumen. Wie der Rathauschef auf einer Bürgerversammlung erklärte, seien die Seniorenheim-Bewohner ins Obergeschoss umgezogen. Parallel sind im Erdgeschoss etwa 30 Zimmer für die Unterbringung von Asylsuchern freigemacht worden. In Linkenheim-Hochstetten im badischen Kreis Karlsruhe ist ein Altenheim in eine Asylsucherunterkunft umgewandelt worden.

Es wird vermutet, dass hinter dieser Entwicklung oftmals finanzielle Gründe eine entscheidende Rolle spielen. Laut dem „Focus“ sollen zum Thema Räumung

des Berliner Pflegeheims „zum Teil hochrangige Mitarbeiter verschiedenster Berliner Kirchengremien bestätigen“, dass „es in klerikalen Kreisen allgemein bekannt sei, dass Flüchtlingsheime wegen solider Landeszuschüsse deutlich lukrativer seien als extrem kostenintensive Pflegeheime“.

Tatsächlich sind bei der Altenpflege die Personalkosten sehr hoch. Werden die Einrichtungen als Unterkünfte für Immigranten und Asylsucher genutzt, übernimmt der Staat regelmäßig die Personalkosten, etwa für den Sicherheitsdienst oder die soziale Betreuung. Der hohe Bedarf führt überdies dazu, dass Landkreise und Kommunen bereit sind, hohe Preise für solche Unterkünfte zu zahlen. In der Berichterstattung zu Asylsucherunterkünften ist oftmals sogar davon die Rede, dass Betreiber „das Geschäft ihres Lebens“ machen könnten oder dass sich der Betrieb einer solchen Unterkunft als „Goldgrube“ herausstellen kann.

JUSTIZ

Chefanklägerin fordert Sozialrabatt bei Strafen

Berlin: Tagessatz soll von 15 auf fünf Euro fallen – Richter verärgert, linke Senatorin begeistert

Die Berliner Generalstaatsanwältin Margarete Koppers hat eine sogenannte Generalienverfügung erlassen, in der sie empfiehlt, für „arme“ Straffällige die zu verhängenden Geldstrafen herabzusetzen. Der niedrigste Tagessatz bei einer Geldstrafe liegt zurzeit bei 15 Euro – Koppers will ihn auf fünf Euro absenken: „Ich möchte auf diesem Weg bei den Richterinnen und Richtern dafür werben, sich dieser Haltung anzuschließen.“ Bei „gänzlich vermögenslosen“ Arbeitslosen sollen die Ankläger demnach nur noch fünf Euro Geldstrafe pro Tag fordern. Also nur noch ein Drittel der bisherigen Summe.

Die von der Linkspartei gestellte Justizsenatorin Lena Kreck begrüßt die Initiative: „Ich stehe politisch klar hinter der Verfügung, die Tagessatzhöhe für Men-

schen mit geringem Einkommen abzusenken.“ Gleichzeitig bestreitet sie aber hier einen politischen Einfluss: „Am Ende entscheiden das die Gerichte.“ Koppers kommt mit ihrer Verfügung einer Forderung der Sozialverbände nach. Die Caritas beispielsweise strebt seit Jahren an, dass die Geldstrafe bei mittellosen Menschen sogar nur drei Euro pro Tag betrage.

Häufig betrifft es das, was Koppers und Kreck als Bagatelvergehen bezeichnen. Ladendiebe und Schwarzfahrer sitzen häufig sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen ab. Allein in Berlin verbüßen pro Jahr mehr als 500 Menschen Ersatzfreiheitsstrafen, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen können. In der Regel muss man dreimal ohne Fahrschein erwischt worden sein, um ein Verfahren wegen Leis-

tungserschleichung zu bekommen. Justizsenatorin Kreck hatte sich in der Vergangenheit dafür ausgesprochen, Schwarzfahren nicht mehr als Straftat zu ahnden.

„Eldorado von Diebesbanden“

Koppers Vorstoß folgt dem Kurs des Koalitionsvertrags der Ampelregierung auf Bundesebene. Dort lesen wir, man wolle sich „für weitere Schritte zur Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein und des Containers“ einsetzen. Indes: Wenn Diebstahl in Berlin weniger hart bestraft wird als in anderen Bundesländern oder gar nicht mehr, wird das möglicherweise noch mehr als bisher die organisierte Kriminalität nach Berlin locken – organisierte Banden von Ladendieben beispielsweise. Der Vorsitzende des Berliner Richterbundes, Stefan Schifferde-

cker, zeigt sich „überrascht“. Andere Richter, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen wollen, sind sogar verärgert. Sie sehen ihre Unabhängigkeit in Gefahr.

Sogenannte Klima-Aktivistinnen könnten dagegen profitieren. Alexander Herrmann, rechtspolitischer Sprecher der CDU im Abgeordnetenhaus, sieht ein „fatales Signal“ und beklagt eine schwindende Präventionswirkung von Sanktionen. Sein Kollege Marc Vallendar von der AfD-Fraktion fordert: „Keine Sozialtarife für Berliner Straftäter.“ Wenn diese in Berlin „billiger davonkämen als im Rest des Landes“, werde die Hauptstadt „zum Eldorado von Diebesbanden und anderen unerwünschten Subjekten“. Koppers und Kreck argumentieren damit, dass ein Hafttag die Berliner Landeskasse 226 Euro koste.

Frank Bücker

KOLUMNE

Frei auf Kosten der anderen

VON THEO MAASS

Bislang war der sogenannte internationale Frauentag nur in Berlin gesetzlicher Feiertag. Nun kommt das von SPD und Linkspartei regierte Mecklenburg-Vorpommern hinzu. Die Idee eines internationalen Frauentages stammt von der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Clara Zetkin. Im freien Teil Deutschlands beging man stattdessen lieber den Muttertag, dessen Abschaffung als Gedenktag heute mit dem Argument, er sei von den Nazis eingeführt worden, gefordert wird.

In der DDR war der „internationale Weltfrauentag“ ein großes Ereignis, zu dem sogar Briefmarken herausgegeben wurden. Als Geschenk gab es Blumen – vornehmlich rote Nelken. Dort war der Tag – nur für Frauen – arbeitsfrei.

Obwohl das Grundgesetz eine Diskriminierung des Geschlechts wegen ausschließt, blasen entsprechende Interessengruppen unablässig zu neuen Maßnahmen zur Erlangung der Gleichberechtigung. Das Paradox: Je mehr die Gleichberechtigung auch im Alltag ankommt, desto intensiver werden die Kampagnen. Das bislang rot-grün-rot regierte Berlin „feierte“ am 8. März also den Tag der Frau. Und alle „Werk-tätigen“ blieben zu Hause.

In einer Stadt, in der die Zahl der Transferleistungsempfänger stetig wächst, ist das für Wirtschaft und Handel kaum das richtige Zeichen. Interessant ist, dass in Berlin mit dieser Feiertagsregelung – bisher – bis auf Mecklenburg-Vorpommern keine Nachahmer gefunden hat.

Allerdings gäbe es andere historische Ereignisse, die sich zum arbeitsfreien Feiertag anboten wie beispielsweise der 17. Juni. Berlin benötigt nicht „mehr“ DDR, sondern weniger. Der „Arbeiter- und Bauern-Staat“ ging vornehmlich an seiner Unwirtschaftlichkeit zu Grunde. Berlin ist auf dem Weg dorthin. Ohne den Länderfinanzausgleich wäre die Stadt am Ende.

MELDUNG

Rosen auf dem Panzerwrack

Berlin – Eine Protestaktion vor der russischen Botschaft in Berlin hat einen überraschenden Verlauf genommen. Anlässlich des ersten Jahrestages der Invasion russischer Truppen in die Ukraine hatten Enno Lenze und Wieland Giebel vom Museum „Berlin Story Bunker“ die Aufstellung eines zerstörten Panzers vor der russischen Botschaft organisiert. Zunächst waren am ausgebrannten Panzer des Typs T-72 einzelne Blumen und ukrainische Fahnen angebracht worden. Tage später war das Wrack dann allerdings mit Hunderten roten Rosen bedeckt. Beobachter berichteten auch, dass am Boulevard Unter den Linden mehrere Dutzend Menschen an Passanten rote Rosen verteilt haben. Zeitgleich bedankte sich die russische Botschaft über Twitter bei „allen, einschließlich unserer Landsleute in Deutschland, die am russischen Panzer Blumen niederlegten“. Auf Anfrage der „Berliner Zeitung“ dementierte die russische Botschaft, die Verteilung von Blumen organisiert zu haben. H.M.

● MELDUNGEN

China fordert Untersuchung

Peking – China hat sich der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der Hintergründe der Anschläge auf die Pipelines Nord Stream 1 und 2 durch Ermittler im Auftrag der Vereinten Nationen angeschlossen. Zuvor hatte Russland die Einsetzung eines Teams von Experten und Anwälten verlangt, das klären soll, wer hinter den Sprengungen steckt. „China glaubt, dass es eine objektive, unparteiische und professionelle Untersuchung der Explosionen geben sollte und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen“, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin und fügte hinzu: „Die sogenannten nationalen Ermittlungen, die von NATO-Ländern durchgeführt werden, laufen faktisch darauf hinaus, jemandem zu erlauben, gegen sich selbst zu ermitteln.“ Die Vereinigten Staaten lehnen die Beauftragung einer UN-geführten Untersuchungskommission strikt ab. W.K.

Mehr Kälte- als Hitzetote

Boston – Starke Kälte ist gefährlicher für Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Hitze. Dies geht aus einer Studie von 45 Forschern um Barrak Alahmad vom Department of Environmental Health der Harvard T. H. Chan School of Public Health in Boston hervor, die im Fachblatt „Circulation“ der American Heart Association veröffentlicht worden ist. Hierfür wurden insgesamt 32 Millionen Todesfälle untersucht. Die Wissenschaftler interessierte der Anstieg der Sterblichkeitsrate bei Temperaturextremen in 567 Städten in 27 Staaten auf fünf Kontinenten im Zeitraum von 1979 bis 2019. Die Ergebnisse waren eindeutig. An besonders kalten Tagen wächst die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Schlaganfalls um 37 Prozent und die eines letalen Herzinfarktes um 33 Prozent. Dahingegen wurde bei Hitze nur eine Steigerung um zehn beziehungsweise sieben Prozent festgestellt. W.K.

Atombombe sehr nahe

Wien – Bei einer unangekündigten Kontrolle in der iranischen Atomanlage Fordo haben Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) neuartige Zentrifugenanlagen mit Resten von zu 83,7 Prozent angereichertem Uran vorgefunden. Dessen Herstellung verstößt gegen das mit dem Westen ausgehandelte Wiener Atom-Abkommen von 2015, das die Urananreicherung im Iran bis zum Jahre 2030 auf 3,67 Prozent beschränkt. Der Iran scheint dem ihm unterstellten Ziel, über atomwaffenfähiges Uran mit einer Reinheit von 90 Prozent zu verfügen, also schon sehr nahe zu sein. Für diese Situation ist eigentlich vorgesehen, dass die umfangreichen Sanktionen gegen den Iran automatisch wieder in Kraft treten. Bislang jedoch ist praktisch nichts passiert. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Vorgehens Israels gegen die iranischen Atomanlagen. W.K.

ASYLRECHT

Das forderte nicht einmal Donald Trump

US-Präsident Joe Biden will durchsetzen, dass Migranten ohne Ausweispapiere kein Asyl bekommen

VON BODO BOST

Die USA möchten infolge eines Massenansturms von Asylsuchern an ihrer Südgrenze das Asylrecht auf Passinhaber begrenzen. Asyl soll es in Zukunft nur noch geben, für die, die über „legale, geordnete Wege“ in die USA eingereist sind und dort einen US-Bürger haben, der für ihre Integration bürgt und zahlt.

Als US-Präsident Joe Biden letzte Woche überraschend in Kiew auftauchte, kritisierten ihn viele im eigenen Lande, dass er es in zwei Jahren Regierung nicht geschafft habe, an die eigene Südgrenze zu fahren, an der sich seit seinem Amtsbeginn ein immer größer werdender Asylsucherstrom anstaut, ohne dass sich der Präsident darum gekümmert hätte. Bidens republikanischer Vorgänger Donald Trump hatte zwar einen Mauerbau ent-

lang der Südgrenze zum zentralen Wahlkampfthema gemacht und war dafür oft kritisiert worden, doch hat er im Gegensatz zu Bidens aktueller Planung nie die Asylregeln verschärft, sondern nur die Einreisevorschriften für Angehörige bestimmter Staaten des Nahen Ostens. Nun, wo Amtsinhaber Joe Biden eine Verschärfung der Asylregeln plant, regt sich seltsamerweise kaum Protest. Auch die USA kommen, obwohl sie ein klassisches Einwanderungsland sind, allmählich an ihre Grenzen, denn immer mehr Armutsfüchtlinge auch aus anderen Kontinenten machen sich auf in das vermeintliche Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Neun Zehntel aller Asylsucher

Deshalb will nun Biden das Asylrecht für alle undokumentiert Einreisenden faktisch abschaffen. Dies sind derzeit wie in Deutschland neun Zehntel aller Asylsu-

chenden. Sie zeigen keine Ausweispapiere vor, weil sie wissen, dass sie ohne Dokumente nur schwer abgeschoben werden können. Nach der geplanten Regelung hätten Asylbewerber keinen Anspruch auf Schutz in den USA, wenn sie die legalen Wege umgehen. Der bekannt gewordene Vorschlag sieht vor, dass Grenzbeamte Asylbewerber zurückweisen können, die „verfügbare, etablierte Wege zur legalen Migration umgehen“ oder die es verabsäumen, in den sicheren Ländern, die sie vor den USA durchquert haben, Schutz zu beantragen. Die Biden-Administration beschrieb die neue Politik als eine Gelegenheit, „Anreize für die Nutzung neuer und bestehender rechtmäßiger Verfahren zu schaffen und gefährliche Fluchtwege und Grenzübertritte zu verhindern“. Sie kündigte an, dass sie 30 Tage lang öffentliche Stellungnahmen zu dem Vorschlag entgegennehmen werde.

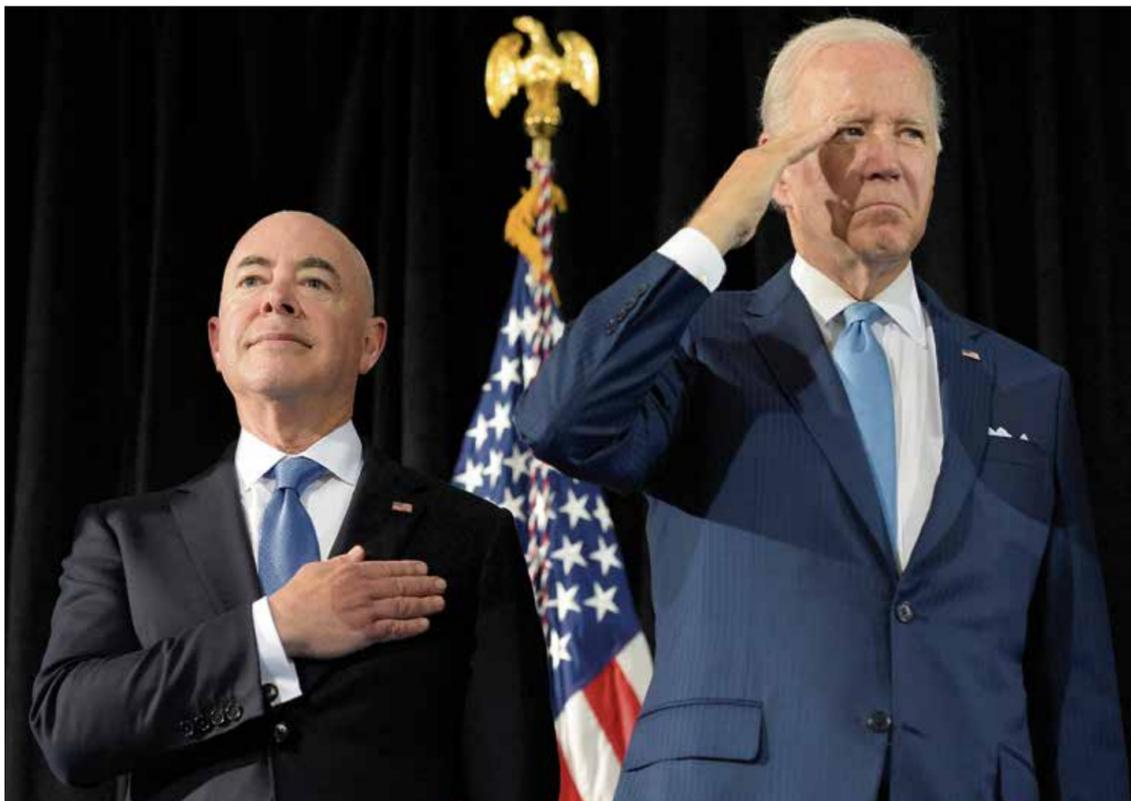
Die Regelung ist einer der weitreichendsten Versuche der Regierung Biden, die Einwanderung von Menschen ohne Papiere über die Grenze zwischen den USA und Mexiko einzudämmen. Sie hatte vergangenes Jahr ein Rekordniveau erreicht. Fast 2,4 Millionen illegale Grenzübertritte wurden an der Südgrenze der USA dokumentiert. Die Republikaner hatten Biden im vergangenen Jahr mit Bustransporten von Asylsuchern vors Weiße Haus in Washington unter Druck gesetzt, gegen die illegalen Grenzübertritte vorzugehen.

Nun endlich hat er reagiert. Seit diesem Februar dürfen alle Einreisenden aus Venezuela, Nicaragua, Haiti und Kuba, das sind die Haupteinreisländer in den USA, nur noch in die USA einreisen, wenn sie einen Bürger in den USA haben, der sie finanziell unterstützen kann und will. Und selbst in diesem Programm gibt es eine Obergrenze von 30.000 Bewerbern pro Monat.

2,4 Millionen illegale Grenzübertritte

Mit der vorgestellten neuen Regelung würde auch die Zahl der Asylbewerber, die ausgewiesen werden können, ausgeweitet. Alejandro Mayorkas, der Minister für Heimatschutz in der Regierung Biden, begrüßte die neue Regelung als einen Schritt zugunsten der öffentlichen Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit. „Wir sind eine Nation von Einwanderern, wir sind aber auch eine Nation von Gesetzen“, sagte der gebürtige Kubaner in einer Erklärung. Eine gesetzwidrige Einwanderung, wie sie in der EU noch vorherrscht, soll es in den USA bald nicht mehr geben. „Wir stärken die Verfügbarkeit von legalen, geordneten Wegen für Migranten, um in die Vereinigten Staaten zu kommen, und schlagen gleichzeitig neue Konsequenzen für diejenigen vor, welche die ihnen von den Vereinigten Staaten und ihren regionalen Partnern zur Verfügung gestellten Verfahren nicht nutzen.“

Bislang können Asylbewerber nach dem US-Flüchtlingsgesetz von 1980 bei ihrer Ankunft in den USA Schutz beantragen, wenn sie in ihrem Heimatland Verfolgung befürchten. Analysten gehen davon aus, dass es vor einer Annahme und dem Inkrafttreten des neuen Asylrechts noch zu einem großen Ansturm an der Südgrenze kommen dürfte.



Scheinen sich einig, dass sich Asylmissbrauch nicht lohnen darf: US-Präsident Joe Biden und sein aus Kuba eingewanderter Heimat-schutzminister Alejandro Mayorkas (von rechts) Foto: imago/ZUMA Wire

NORDIRLAND

Der Friede ist brüchig

Zum anstehenden 25-Jahre-Jubiläum des Karfreitagsabkommens gibt es getrübe Feierstimmung

Nächsten Monat wird im republikanischen (Süd-)Irland und in dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland hoher Besuch erwartet. Neben vielen europäischen Politikern wird sogar US-Präsident Joe Biden anlässlich der Jubiläumsfeier zum 25. Jahrestag des „Good Friday Agreement“ durch (Süd-)Irland, die Heimat seiner Vorfahren, und Nordirland reisen. Im ganzen Land soll gefeiert werden.

Das Karfreitagsabkommen, unterzeichnet am 10. April 1998, hatte nach 30 Jahren mit blutigen Kämpfen zwischen irischen, katholischen Republikanern und protestantischen, pro-britischen Unionisten einen lang ersehnten Frieden gebracht. „The Troubles“, wie der Nordirlandkonflikt etwas verharmlosend bezeichnet wird, waren eine schreckliche Zeit gewesen. Bis zu 3500 Tote und fast 50.000 Verletzte sind

die Bilanz der Anschläge der nationalistischen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) und pro-britischer Paramilitärs. Das in der Regierungszeit des britischen Premiers Tony Blair ausgehandelte Abkommen setzte darunter einen Schlusspunkt. Es führte eine delikate politische Machtbalance zwischen den Lagern in Nordirland ein, die eine Allparteienregierung bilden sollen.

Allerdings ist es ein brüchiger Friede. Die Regierung in Belfast, der sogenannte Stormont (nach dem Schloss, in dem sie sitzt), ist chronisch gelähmt, weil sich die Lager nicht einigen können. Der Brexit hat die Lage nochmal verschärft. Die größte pro-britische Kraft, die Demokratische Unionistische Partei (DUP), weigert sich, einer Regierungsbildung zuzustimmen, solange das Nordirland-Protokoll nicht in ihrem Sinne überarbeitet wird.

Der Londoner Premierminister Rishi Sunak hofft, der mit Brüssel vorige Woche ausgehandelte neue Brexit-Vertrag werde den gordischen Knoten zerschlagen. Durch das sogenannte Windsor-Abkommen fallen Zollkontrollen für den Großteil der Warenlieferungen aus Großbritannien nach Nordirland weg. Aber die DUP ist noch immer nicht überzeugt, weil in Streitfällen über EU-Binnenmarktfragen als letzte Instanz das EU-Gericht zuständig sein soll. Die DUP unter ihrem Vorsitzenden Jeffrey Donaldson zögert, ob sie dem neuen Brexit-Vertrag Ende März zustimmen soll – und ob sie ihren Widerstand gegen eine Regierungsbildung in Belfast aufgeben soll. Innerlich zerrissen ist die DUP auch deshalb, weil sie bei den Wahlen 2022 auf den zweiten Platz zurückfiel hinter die irisch-nationalistische Sinn Fein, die einst als politischer Arm der IRA galt. Michelle O'Neill von Sinn Fein

soll Erste Ministerin werden. Für viele Unionisten ist das schwer erträglich.

Dass die alten Wunden nicht komplett geschlossen sind, zeigen auch gelegentliche Zwischenfälle. Ende Februar wurde ein leitender Polizist in der nordirischen Grafschaft Tyrone angeschossen, verantwortlich dafür soll eine „New IRA“ sein. Diese ist eng verflochten mit Drogenkriminalität, die Grenze zu Kokainbanden ist fließend. Durch Belfast ziehen sich bis heute kilometerlange „Friedensmauern“ – das sind hohe Mauern zwischen nationalistisch-katholischen und unionistisch-protestantischen Vierteln, deren Tore nachts geschlossen werden, um verfeindete Gruppen auseinanderzuhalten. Zwar erwartet niemand, dass der ganz große gewalttätige Konflikt wieder zurückkommen wird, doch auch kleine Nadelstiche schmerzen in einer traumatisierten Gesellschaft. Claudia Hansen

VON HERMANN MÜLLER

Ende vergangenen Jahres überraschten einige Volkswirte mit der Prognose, die Inflation werde für die deutschen Verbraucher spürbar zurückgehen, die Zeit zweistelliger Inflationsraten sei bereits vorbei. Die Ökonomen verbanden dies oftmals mit dem Hinweis, die staatlichen Entlastungspakete, etwa die Übernahme der Abschlagszahlungen für Erdgas durch den Staat, werde sich deutlich in einem Rückgang der Inflationsraten niederschlagen. Revidierte Daten, die das Statistische Bundesamt (Destatis) inzwischen vorgelegt hat, scheinen diese Prognose zu belegen.

Für den vergangenen Dezember meldete Destatis nachträglich eine Preisteuerung von 8,1 Prozent im Vergleich zum vorausgegangenen Dezember. Für den November 2022 ermittelte die Statistikbehörde 8,8 Prozent. Zum Vergleich: Im Oktober hatte das Bundesamt mit 10,4 Prozent die höchste Inflationsrate seit 1951 ermittelt.

Bei der Abschwächung der Teuerungsdaten zum Jahresende spielt allerdings nicht nur das mittlerweile dritte Entlastungspaket der Bundesregierung eine Rolle. Wie schon in der Vergangenheit, hat Destatis eine Revision des Verbraucherpreisindex vorgenommen. Dieser sogenannte Warenkorb zur Ermittlung der Inflationsrate wird üblicherweise alle fünf Jahre überarbeitet und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Bei der jüngsten Revision zog Destatis für den Januar 2023 nun als Basisjahr 2020 heran. Vor der Umstellung war 2015 das Basisjahr gewesen.

Heizkosten weniger relevant?

Erstaunlich wenig öffentliche Aufmerksamkeit erreichte die neue Zusammenstellung des statistischen Warenkorbs durch Destatis. Er umfasst rund 700 Produkte und Dienstleistungen. Neu aufgenommen hat Destatis in den Warenkorb Produkte wie Smartwatches und Fitnesstracker, aber auch Alltagshilfen für ältere Menschen, etwa Gehhilfen. Stärker berücksichtigt werden nun auch Preise im Onlinehandel. Höher gewichtet wurden von Destatis Ausgaben für Verkehr, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke oder auch für Gesundheit.

Hingegen mit einer geringeren Gewichtung fließen in den Warenkorb nun Ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Brennstoffe ein. Gerade in diesen Bereichen sind die Preise im vergangenen Jahr allerdings besonders stark gestiegen, teilweise explodiert. Der Vermutung, dass bei der Revision des Warenkorbes politische Gründe mitgespielt haben, tritt Destatis entgegen. Die Ent-



Von seiner Zusammensetzung hängt die ermittelte Inflationsrate ab: der „Warenkorb“

Foto: imago/McPHOTO

DESTATIS

Tricksen bei der Inflationsrate

Wie das Statistische Bundesamt mit einem neuen „Warenkorb“ die Preissteigerung abgemildert zu haben scheint

scheidungen zur Revision seien auf Fach-ebene getroffen worden, so das Amt.

Zieht man den neuen Warenkorb als Berechnungsgrundlage heran, dann hat die Inflationsrate im gesamten Jahr 2022 durchschnittlich nur 6,9 Prozent betragen. Bei der alten Berechnung hatten die Statistiker 7,9 Prozent ermittelt. Für den bisherigen Rekordmonat Oktober berechnete das Bundesamt revidiert nur noch 8,8 Prozent statt 10,4 Prozent.

Mittlerweile scheint der dämpfende Effekt der neuen Warenkorbzusammenstellung allerdings schon wieder nachzulassen. Auf der Grundlage der revidierten Berechnungsgrundlage kletterten die Verbraucherpreise im Januar um durchschnittlich 8,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Auch für den Februar meldete Destatis als vorläu-

fige Schätzung einen Inflationswert von 8,7 Prozent.

Existenzielle Probleme nehmen zu

Ein noch anderes Bild liefern die Inflationsberechnungen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) in Luxemburg. Dieses greift bei seiner Inflationsberechnung für die Eurozone auf einen „harmonisierten Verbraucherpreisindex“ zurück. Auf dessen Grundlage hat Eurostat für den Februar als Vorabschätzung für den gesamten Euroraum eine Inflationsrate von 8,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gemeldet. Für Deutschland berechnet Eurostat auf Basis der europäischen Berechnungsweise für den Februar eine Inflationsrate von 9,3 Prozent. Die höchste Inflationsrate im Euroraum hat laut Eurostat derzeit Lett-

land mit 21,4 Prozent, die niedrigste Luxemburg mit 5,8 Prozent.

Ungeachtet der verschiedenen Berechnungsmethoden bringen die steigenden Preise im Alltag inzwischen immer mehr Deutsche in Schwierigkeiten. Bei einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Postbank gab jeder sechste Befragte an, er sehe sich durch die anhaltende Teuerung bereits vor existenziellen Problemen. Jeder Dritte greift mittlerweile auf Rücklagen zurück, um die täglich anfallenden Ausgaben bezahlen zu können. Knapp 17 Prozent gaben an, dass sie aufgrund der gestiegenen Preise kaum noch ihre Lebenshaltungskosten bezahlen können. Unter den Beziehern von Nettoeinkommen unter 2500 Euro pro Monat befindet sich inzwischen sogar jeder Vierte in existentieller Not.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Chinas Wirtschaft kommt allmählich in Fahrt

Nach rascher Beendigung der Corona-Lockdowns: Peking erwartet dieses Jahr moderates Wachstum

Kurz vor Beginn von Chinas Volkskongress Anfang März wurden die aktuellen Wirtschaftsdaten veröffentlicht. Der Einkaufsmanagerwert der Industrie (PMI) stieg im Februar von 50,1 auf 52,6. Experten sprechen ab einem Wert von 50 von Wachstum. Nach dem Willen der Regierung in Peking soll die Wirtschaft in diesem Jahr um zirka fünf Prozent wachsen.

Nach dem abrupten Ende der harten Lockdowns bricht sich verhaltener Optimismus in der Volksrepublik Bahn. Die chinesische Bevölkerung strömt in die Läden, um aufgeschobene Käufe nachzuholen und bucht fleißig Urlaubsreisen. Die Wirtschaft nimmt insgesamt wieder Fahrt auf, was der Regierung Anlass zu verhaltenem Optimismus gibt. Im vergangenen Jahr hatte der scheidende Ministerpräsident Li Keqiang das Ziel von 5,5 Prozent Wachstum vorge-

geben, doch das wurde mit drei Prozent deutlich verfehlt. Grund dafür waren neben dem Vordringen der Omikron-Variante des Coronavirus der Quasi-Zusammenbruch des Immobilienmarktes. Der Internationale Währungsfonds rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent in China.

Seit Jahresbeginn haben die Verkäufe von Wohnungen und Häusern wieder zugenommen, allerdings ist die Schuldenlast vieler Immobilienentwickler noch längst nicht abgebaut. Hoch verschuldet sind auch viele Lokalregierungen. Chinas gesamte Schulden liegen mit etwa 52 Billionen US-Dollar (Stand Sommer 2022) um 75 Prozent höher als die aller anderen Schwellenländer zusammen.

Die Exporte der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt brachen im Januar

und Februar in US-Dollar gerechnet um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Die Importe gingen sogar um 10,2 Prozent zurück. Chinas Wirtschaft hat insgesamt wegen der schwächeren globalen Nachfrage, aber auch wegen der selbstverhängten strikten Corona-Maßnahmen Schaden genommen. Zum Einbruch der Binnenwirtschaft haben unter anderem ein schwaches Vertrauen in die Regierung und das geminderte Einkommen der Bevölkerung beigetragen.

China bekommt zudem kräftigen Gegenwind aus dem Westen. Die Konjunkturschwäche und die nachlassende Nachfrage nach chinesischen Waren führten zu rückläufigen Ausfuhren. Einige ausländische Unternehmen haben ihre Produktion bereits verlegt: Sony zu 90 Prozent nach Thailand und Apple nach Indien.

Einerseits ist die Nachricht von einer Erholung der chinesischen Wirtschaft eine gute für Deutschland, etwa, wenn sich die Lieferketten mit dem wichtigsten Handelspartner wieder normalisieren. Andererseits könnte das Anspringen der chinesischen Wirtschaft zu einer angespannten Lage auf dem Energiemarkt führen. Waren die Preise für Öl und Gas wegen der sinkenden Nachfrage zuletzt gefallen, könnten sie bei stärkerer Nachfrage Chinas wieder steigen.

Xi Jingpings neue Regierung erwartet eine Glaubwürdigkeitsprüfung. Es gilt, das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung und der Investoren wieder zu gewinnen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Für umfassende Konjunkturmaßnahmen fehlen China jedoch die Mittel. *Manuela Rosenthal-Kappi*

● MELDUNGEN

Bundesbank ist besorgt

Frankfurt am Main – Die sinkende Zahl von Geldautomaten hat bei der Bundesbank Sorgen um die Bargeldversorgung in Deutschland geweckt. Wie das „Handelsblatt“ unter Berufung auf Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) meldet, haben allein schon die Volks- und Raiffeisenbanken in den Jahren 2021 und 2022 rund 1800 Geldautomaten abgebaut. Bei diesen Banken soll die Zahl der Geldautomaten bis Ende vergangenen Jahres auf 15.520 gesunken sein. Auch die Sparkassen haben im großen Umfang Geldautomaten stillgelegt. Laut Bundesbankdaten ging die Zahl der Sparkassenautomaten im Jahr 2021 um 1034 auf 21.582 zurück. Insgesamt zählte die Bundesbank Ende 2021 deutschlandweit etwa 55.000 Geldautomaten. Der BVR sieht hinter der Entwicklung die sinkende Zahl von Filialen und Selbstbedienungsstandorten durch verstärktes Onlinebanking. Als weitere Faktoren nennt der BVR die allgemein nachlassende Bargeldnutzung sowie die Sprengungen von Geldautomaten durch Kriminelle. *H.M.*

Mehr E-Autos in den USA

Washington/Berlin – Der US-amerikanische „Inflation Reduction Act“, der Milliardenhilfen für Hersteller von Elektroautos vorsieht, veranlasst immer mehr deutsche Unternehmen zu Investitionen in den USA. Nach einer Umfrage der deutschen Industrie- und Handelskammer plant bereits jedes zehnte deutsche Unternehmen Produktionsverlagerungen. Der Autobauer Audi erwägt, sein erstes Werk in den USA zu bauen zur Produktion von E-Autos. BMW erweitert und modernisiert bereits für 1,7 Milliarden Euro sein Werk Spartanburg in South Carolina. Klaus Rosenfeld, Chef des Autozulieferers Schaeffler, kündigte an, dass sein Konzern die nächsten Werke „eher in Amerika“ bauen werde. Auch als Reaktion auf das US-Subventionspaket baut der Hamburger Kupferproduzent Aurubis AG im Bundesstaat Georgia ein neues Recyclingwerk. *H.M.*

Ampel wird Ziel verfehlen

Duisburg – Nach Einschätzung der Mobilitäts-Experten Ferdinand Dudenhöffer und Helena Wisbert vom CAR-Center Automotive Research in Duisburg kann die Ampelregierung ihr erklärtes Ziel, die Zahl der Elektroautos auf 15 Millionen im Jahre 2030 zu erhöhen, kaum verwirklichen. So werde die Zahl der Neuzulassungen im laufenden wie im kommenden Jahr gegenüber 2022 sogar zurückgehen. Als Ursachen für diesen Rückgang nennen Dudenhöffer und Wisbert die Strompreisexplosion, steigende Kosten bei Lithium-Ionen-Batterien und die Verminderung der staatlichen Förderung durch Kaufprämien. Aufgrund der beiden letztgenannten Faktoren dürften Benziner-Modelle dieses Jahr um 5000 bis 8000 Euro und im nächsten Jahr sogar um 7000 bis 10.000 Euro günstiger zu bekommen sein als ein Elektroauto vergleichbarer Größe. *W.K.*

KOMMENTAR

Mehr Subsidiarität!

ANSGAR LANGE

Die Deutschen haben immer weniger Vertrauen in die staatlichen und kommunalen Institutionen der Bundesrepublik. Dies betrifft vor allem die Bundesebene. So ist das Vertrauen zum amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) innerhalb eines Jahres von 57 auf 33 Prozent zurückgegangen. Auch seine Ampelregierung ließ deutlich Federn: Das Vertrauen in sie ist von 56 auf 34 Prozent zurückgegangen. Und während die Diäten für deren Mitglieder fleißig steigen, ist das Vertrauen in den Bundestag um 13 Prozent geschrumpft.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa misst jährlich das Vertrauen der Bundesbürger in staatliche und kommunale Institutionen. „Aus kommunaler Sicht besonders bitter: Noch nie waren die Werte auch für Bürgermeister, Gemeinderäte und Rathäuser so schlecht wie bei dieser Erhebung“, resümiert die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU von NRW. Nur noch 44 Prozent der Bürgermeister oder Oberbürgermeister genießen in ihrer Kommune Vertrauen. Gegenüber der letzten Befragung ist das ein Rückgang von elf Prozentpunkten. Zur politischen Vertretung vor Ort, also dem Stadt- oder Gemeinderat beziehungsweise der Stadtverordnetenversammlung, haben 43 Prozent der Befragten großes Vertrauen – ein Rückgang von neun Prozentpunkten.

Kaum Vertrauen in die da oben

Die Anhänger der traditionell stärksten Partei Bayerns, der CSU, haben überdurchschnittlich großes Vertrauen zu den lokalen Institutionen. Das unterscheidet sie von den Anhängern der Schwesterpartei CDU. Forsa-Chef Manfred Güllner legt dar, dass sich die Bewohner in den beiden bevölkerungsreichsten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern deutlich im Grad des Vertrauens zu den kommunalen Institutionen unterscheiden. „In Bayern mit noch rund 2000 Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern mit einer Vielzahl von CSU-Bürgermeistern ist das Vertrauen zu den Institutionen vor Ort größer als in Nordrhein-Westfalen, wo durch die radikale Gebietsreform in den 1970er Jahren lokale Identitäten zerstört wurden“, so der Forsa-Chef.

„Die im Vergleich zu anderen Regionen durchschnittlich geringeren Ver-

trauenswerte in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern dürften stark von der extremen Unzufriedenheit der Bürger der deutschen Hauptstadt mit ihrer Stadtregierung und der Tag für Tag als unfähig erlebten Verwaltung beeinflusst worden sein“, so Güllner. Doch wie bei den Flächenstaaten gibt es auch bei den Großstädten Unterschiede, „denn zumindest in Hamburg haben die Bürger zu den lokalen politischen Institutionen ein vielfach größeres Vertrauen als in Berlin“.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch das Vertrauen in die kommunale Demokratie weiter abnehmen wird – und zwar ohne Verschulden der Bürgermeister und der Stadträte. So soll in Uppahl in Nordwestmecklenburg ein Containerdorf für 400 Flüchtlinge entstehen. Dabei hat das Dorf selbst nur 500 Einwohner. Weder der Landrat noch die Einwohner wollen das, so der Norddeutsche Rundfunk (NDR).

Wer die kommunale Demokratie stärken will, muss der kommunalen Ebene deutlich mehr Mitspracherechte einräumen – auch in der Flüchtlingspolitik. Es sei höchste Zeit, den Spieß umzudrehen, kommentierte jüngst Jacques Schuster in der Tageszeitung „Die Welt“. Schuster regt an, dass die Kommunen darüber befinden sollten, „ob und wie viele Migranten sie bei sich unterbringen und wie sie ihre Integrationskapazitäten einschätzen“. Denn das können die Kommunen deutlich besser als Brüssel, Berlin oder die einzelnen Landeshauptstädte.

Schuster deutlich: „Die gegenwärtige Zuweisung beliebig zusammengesetzter Kontingente ist ein Verstoß gegen das kommunale Demokratieprinzip, auf dessen Einhaltung in Fällen von geringerer Bedeutung – etwa beim Straßenbau oder der Festsetzung der Gewerbesteuer – peinlich genau geachtet wird“.

Eine „Demokratisierung der heute befremdlich autoritären deutschen Flüchtlingspolitik“ könnte das Vertrauen in die politischen Institutionen sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene wieder deutlich stärken. Doch Schusters vernünftiger Vorschlag dürfte nur Wunschdenken bleiben. Dann darf man sich aber auch nicht beklagen, wenn der bockige Untertan das Vertrauen in die staatlichen Institutionen verliert.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke von 2000 bis 2005: Arend Oetker

Foto: imago/Mauersberger

KOLUMNE

Begriffsverwirrung

FLORIAN STUMFALL

Mit der Verwahrlosung der Politik geht notgedrungen eine Zerstörung der Sprache einher: Begriffe werden unscharf, ihre Inhalte sind nicht mehr unmissverständlich, Schlagwörter nehmen überhand, und Modewörter ersetzen die analytische Schärfe. Diese Entwicklung geht umso rascher voran, je mehr in der politischen Öffentlichkeit, das heißt: bei Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Journalisten, die Propaganda Tatsachen überlagert. Der Schwund an semantischer Deutlichkeit führt dazu, dass mit der Gefahr von Verwechslungen die noch viel größere Gefahr entsteht, dass solche Verwechslungen von Demagogen bewusst herbeigeführt und benutzt werden.

Dass dies am hartnäckigsten und erfolgreichsten im Bereich der Ordnungspolitik geschieht, ist ebenso naheliegend wie fatal. Hier wird meist in völlig unkritischer Art und Weise mit den Bezeichnungen von politischen und wirtschaftlichen Systemen eine Unordnung herbeigeführt, welche die Möglichkeit zu verschiedensten propagandistischen Einflüssen öffnet. Es geht hauptsächlich um Begriffe wie Sozialismus, Kapitalismus und Marktwirtschaft, die fast durchgehend gebraucht werden, ohne dass sich jemand die Mühe machte, zu erklären, was jeweils darunter zu verstehen sei.

Sozialismus – Diktatur

Insbesondere fällt hier die völlig ungegerechtfertigte Gleichstellung von Marktwirtschaft und Kapitalismus auf. Sie geht auf Karl Marx zurück, wurde deshalb im Kalten Krieg gepflegt und dient heute noch der Linken als Kampfbegriff. Dabei eint den Kapitalismus und den Sozialismus mehr, als sie voneinander trennt. Beide sind wettbewerbsfeindliche Ordnungen, beide arbeiten an der Akkumulation des Kapitals. Allein die Marktwirtschaft ist Garant des Wettbewerbs, der Hüter des Mittelstandes und einer Vermögensbildung in möglichst vielen Händen.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden anderen aber ist, dass die Sozialisten Geld und Macht in den Händen des Staates sammeln und die Kapitalisten in der Verfügung von Oligarchen. Dem entsprechen die jeweils dazugehörigen politischen Systeme: hier der Sozialismus, in dem der Staat alles bestimmt, vor allem

die Wirtschaft, dort die Plutokratie, in der eine kleine Handvoll von Kapitalisten die Macht im Staate gekauft hat.

Kapitalismus – Plutokratie

Doch so deutlich der Sozialismus in all seinen Ausformungen in Erinnerung ist, so sehr versteckt sich die Plutokratie vor den Augen der Öffentlichkeit. Denn das Referenzmodell, die Vereinigten Staaten von Amerika, stellt sich als der Hort der Demokratie dar und leitet davon Eingriffsrechte in aller Welt ab, obwohl die USA das Muster einer Plutokratie darstel-

tärbudget und dem Interesse der FED-Besitzer vermutet, dürfte nicht so ganz falsch liegen. So viel zur Plutokratie.

Zurück zur Marktwirtschaft und dies am deutschen Beispiel. Sie besteht spätestens seit den Merkelschen Regierungsjahren nur noch aus Resten, und diese werden von beiden feindlichen Seiten angegriffen. Die Rolle der Sozialisten spielt dabei die EU, die mit immer mehr Auflagen, Kontrollen und Verboten die Freiheit von Entscheidungen in personengeführten Unternehmen immer mehr einschränkt, in diesem Bemühen leidenschaftlich unterstützt von einem großen Teil der politischen Öffentlichkeit: den Grünen, den Roten und einem allzu großen Teil ehemals bürgerlicher Kräfte. Bürokratische Zwangsjacken, Anweisungen, respektive Verbote hinsichtlich Art und Umfang der Produktion, Eingriffe in die Preisbildung und Handelsbeschränkungen sind die klassischen Folterinstrumente des Sozialismus, die hier Anwendung finden. Langfristig führt das zum Untergang des Mittelstandes und zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung.

Marktwirtschaft – Rechtsstaat

Die zweite Front gegen die Marktwirtschaft setzt bei den Großen an, den Kapitalgesellschaften. Zwar ist das eherne Grundgesetz der Marktwirtschaft die Garantie des Wettbewerbs, doch gerade deswegen wird dieser immer mehr ausgehöhlt. Übernahmen und Fusionen großer Gesellschaften sind längst kein Problem mehr. Und wenn einmal im Kartellamt, dem Gralhüter des Wettbewerbs, jemand aufwachen sollte, dann gibt es eine Ministererlaubnis, und alles ist wieder gut.

Es bleiben eine Frage und eine Sicherheit: Sicher ist, dass jeder wirtschaftlichen Ordnung eine politische Ordnung entspricht. So, wie zum Sozialismus die Diktatur und zum Kapitalismus die Plutokratie gehören, entspricht der Marktwirtschaft der freiheitliche Rechtsstaat. Unklar ist, wer nach einer endgültigen Zerstörung der Marktwirtschaft das Erbe an sich reißt, Sozialisten oder Kapitalisten, das heißt dementsprechend, in welcher politischen Welt man aus seinen Träumen erwachen wird. Sicher ist nur eines: Sie wird sich schmerzlich von der unterscheiden, die einmal die ganze Welt bewundert hat.

Zum anderen: Die US-Regierung zahlt jährlich zumindest 300 Milliarden Dollar an Zinsen für die Staatsschulden. Dieses Geld geht an die FED, das heißt, jene Handvoll Banken, die sich den jährlichen Segen untereinander aufteilen. Mit jedem Dollar vor allem an Militärausgaben wird das Geschäft lukrativer, und wer einen Zusammenhang zwischen dem US-Milli-

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Rheinisches Kultur-Desaster

Schließung, Provisorium, Interimslösung – Die Kosten für die Sanierung der Kölner Kulturhäuser steigen in astronomische Höhen

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

Auf der aktuellen, offiziellen Web-Seite der Stadt Köln (www.koeln.de) heißt es: „Köln verfügt über eine einzigartige Museumslandschaft, die wegen ihrer Vielfalt Besucher aus aller Welt anlockt.“ Die reale Situation der Kölner Museen und insgesamt der Kölner Kulturlandschaft weicht aber erheblich von der fast schon euphorischen offiziellen Beschreibung ab.

Immerhin gibt es zu einzelnen Museen einige – weniger überschwängliche – Erläuterungen und Hinweise, die auf gewisse Einschränkungen aufmerksam machen. Zum Beispiel beim Kölnischen Stadtmuseum: „Hinweis: Die ständige Sammlung des Stadtmuseums im Zeughaus ist wegen Renovierungsarbeiten für die Öffentlichkeit geschlossen. Das Stadtmuseum zieht in neue Räumlichkeiten um. Als Interimsquartier fungiert demnächst das ehemalige Modehaus Franz Sauer in der Minoritenstraße. Ab 2029 soll das Stadtmuseum gemeinsam mit dem Römisch-Germanischen Museum und der Hohen Domkirche einen Gebäudekomplex auf dem Roncalliplatz beziehen.“

Die optimistisch klingenden Ankündigungen verschleiern allerdings die Realität. Das Stadtmuseum im alten Zeughaus (Waffenlager der Freien Reichsstadt Köln) wurde im Juni 2017 wegen eines Wasserschadens geschlossen. Als Interim-Lokalität wurde das ehemalige Modehaus Sauer gefunden. Im Herbst 2022 sollte das Stadtmuseum dort – im weitaus kleineren Umfang als bisher – eröffnen. Im vergangenen Jahr gab es für Interessenten in einem Container-Provisorium vor dem neuen Quartier lediglich die Möglichkeit zu „virtuellen Rundgängen“. Das Stadtmuseum ist aber immer noch geschlossen. Für das dritte Jahresquartal ist die Eröffnung angekündigt.

Die zeitlich weit vorausblickenden Zukunftsangaben für das neue Stadtmuseum in einem „Gebäudekomplex“ am Dom (ab 2029) werden mit großer Wahrscheinlichkeit wie Luftblasen zerplatzen. Beim Römisch-Germanischen Museum (RGM) heißt es: „Derzeit wird das Museum umfassend renoviert – Teile der Ausstellung sind darum ins Belgische Haus am Neu-



Ausstellungsprovisorium am Kolpingplatz: Museumscontainer des Kölnischen Stadtmuseums vor dem Modehaus Sauer

markt umgezogen.“ Das Flaggschiff der Kölner Museen, das die 2000-jährige Geschichte der Stadt zur Schau stellt, residiert seit 1974 an exponierter Stelle – direkt neben dem Dom. Ursprünglich war ab 2018 eine dreijährige Sanierungszeit geplant. Kosten der Generalsanierung: knapp 42 Millionen Euro.

Um die Touristenattraktion – immerhin über 20 Millionen Besucher seit 1974 – nicht komplett aufzugeben, wurde ein Teil der RGM-Exponate in einen Interim-Standort ausgelagert. Das sogenannte „Belgische Haus“ am Neumarkt, ein wohnhausgroßes Gebäude des früheren

Belgischen Kulturinstituts, zeigt einen eher als winzig zu bezeichnenden Ausschnitt der RGM-Sammlung. Einzige Attraktion im Interim dürfte für manche Besucher wahrscheinlich ein gediegen holzgetäfelter, schallisierter Telefonraum aus den 1950er Jahren sein.

Wegen der Corona-Pandemie konnte die geplante dreijährige Sanierungszeit nicht eingehalten werden. Im August 2022 verkündeten Kölns Baudezernent Markus Greitemann und der neue Kulturdezernent Stefan Charles, dass mit der Fertigstellung der Sanierung 2026 zu rechnen sei. Aus drei geplanten Jahren

werden nun also acht. Noch schlimmer sind die explodierenden Kosten: aus 42 Millionen werden 91 Millionen.

Saniert wird auch das in Domnähe gelegene Makk – Museum für Angewandte Kunst Köln. Hierzu wird vermerkt: „Die Historischen Sammlungen sind wegen Neukonzeption und Sanierung mehrjährig geschlossen.“ Die Dauerausstellung „Kunst + Design im Dialog“ sowie Sonderausstellungen sind hingegen geöffnet.

Nicht saniert und nicht verlagert, sondern erweitert werden soll das Wallraf-Richartz-Museum&Fondation Corboud (WRM), Kölns ältestes Museum. Planungs-Kuddelmuddel, Zeitverzug und Vertrauensverlust lassen hier das Kölner Kultur- und Bau-Management wenig rühmlich erscheinen.

Der Hintergrund: 2001 stellte der Rat der Stadt dem Schweizer Sammler und Mäzen Gérard Corboud eine Museums-erweiterung in Aussicht, um dessen wertvolle Leihgaben angemessen zu präsentieren. Zehn Jahre später erneuerte der damalige Oberbürgermeister die Zusage.

Nichts als Kosten: Was außerdem noch geplant ist

Das im Bau befindliche Jüdische Museum **Miqua** soll 127 Millionen Euro kosten (ursprünglich 48 Millionen). Die Generalsanierung vom **Museum Ludwig** und

der **Philharmonie**, nicht vor 2031 geplant, wird mit bis zu 1,1 Milliarden Euro veranschlagt.

Eine Liste mit 120 Großbauprojekten, von **Brü-**

ckenbauten über eine **neue Stadtbibliothek** bis hin zur neuen „**Historischen Mitte**“, liegt den Ratsmitgliedern vor. Geschätzt soll es 7,7 Milliarden Euro kosten.

LITERATUR

Die Gabe des Fabulierens

Erfolge mit „Caspar Hauser“ und „Der Fall Maurizius“ – Vor 150 Jahren wurde Jakob Wassermann geboren

Diesen Sonntag erhält die österreichische Schriftstellerin Eva Menasse im Stadttheater Fürth den Jakob-Wassermann-Literaturpreis verliehen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert, eine Summe, über die der Namensgeber des Preises, der vor 150 Jahren in Fürth geborene Romanautor Jakob Wassermann, in seinen besten Zeiten nur milde gelächelt hätte. In der Weimarer Zeit gehörte er neben Franz Werfel, Lion Feuchtwanger oder Alfred Döblin zu den erfolgreichsten Literaten des Landes.

Wie jene Autoren war der am 10. März 1873 geborene Wassermann von jüdischer Herkunft. Und wie bei jenen waren auch seine Werke 1933 von der Bücherverbrennung betroffen. Die kulturgeschichtliche Zäsur durch den Nationalsozialismus traf seine Werke aber besonders hart. Nach

1945 gerieten sie in Vergessenheit. Die Ausnahme bildete sein 1928 erschienener Roman „Der Fall Maurizius“, mit dem das Medium Film eine – wenngleich kurze – Renaissance des Autors einleitete. Zwischen 1954 und 1981 wurde der Roman über die Aufarbeitung eines an einem authentischen Fall orientierten Justizirrtums dreimal verfilmt, zuletzt hochkarätig besetzt mit Heinz Bennent, Judy Winter und Ruth Maria Kubitschek als ZDF-Serie. Danach wurde es wieder still um den Autor, zu dessen Geburtsjubiläum mit „Joseph Kerkhovens dritte Existenz“ aktuell bei dtv lediglich der dritte Teil der Romantrilogie um den Fall Maurizius bei den größeren Verlagen lieferbar ist.

„Er hat die Gabe des Fabulierens, die alle erschlägt“, schwärmte Thomas Mann



Wassermann als Mittfünfziger Foto: pa

über seinen Kollegen. Das Kompliment bezog sich besonders auf den bereits 1908 erschienenen Wassermann-Roman „Caspar Hauser“, der im Untertitel mit „Die Trägheit des Herzens“ die ganze Philosophie des Autors enthält. Dagegen kämpfte er mit psychologischer, an Dostojewski geschulter Raffinesse in seinen Werken an.

Die Verfolgung durch den Nationalsozialismus blieb ihm erspart. Wassermann starb am 1. Januar 1934 in Altaussee. Glaubt man seinen Biographen, dann hätten ihn die 10.000 Euro des seit 1993 nach ihm benannten Preises in Reichsmark umgerechnet das Leben gerettet. Durch Berufsverbot rasch verarmt, erlitt er einen Schlaganfall, weil er voller Verzweiflung auf einen Vorschuss seines Verlegers gewartet haben soll. Harald Tews

2012 drohte der Sammler mit dem Abzug seiner „ewigen Leihgaben“. Daraufhin wurden 2013 Erweiterungsentwürfe vorgestellt. 2017 verstarb der Sammler – ohne den Erweiterungsbau erlebt zu haben.

Gekränkt und entnervt kündigte Mari-sol Corboud, die Witwe des Sammlers, den Abzug von 19 Bildern aus dem Depot des Museums an. 2022 begannen schließlich die Bauarbeiten zum Erweiterungsbau. Die Fertigstellung des Gebäudes war für 2025 angekündigt. Wegen unerwarteter Probleme bei der Bodenbeschaffenheit verschoben sich die Termine erneut: Geplant ist die Fertigstellung und Übergabe an den Nutzer für Dezember 2027. Die Eröffnung soll dann Mitte 2028 sein. Ob das die Witwe noch erlebt? Im WRM laufen zurzeit Ausstellungen und Veranstaltungen in gewohnter Form.

Über Köln hinaus bekannt ist das Drama um die Sanierung der Kölner Oper. Ein Rückblick: Im Herbst 2010 beschloss der Kölner Stadtrat, statt eines Neubaus das vorhandene Opern- und Schauspielhaus aus dem Jahr 1957 zu sanieren. Baukosten von 253 Millionen Euro wurden bewilligt, die Sanierung begann 2012. Beide Bühnen mussten auf teuer angemietete Ersatzspielorte ausweichen. Der blauäugig kalkulierte Wiedereröffnungstermin im Herbst 2015 platzte kurzfristig im Frühjahr jenes Jahres.

Henriette Reker, damals frisch gewählte Oberbürgermeisterin, musste Ende 2015 die Wiedereröffnung auf das Jahr 2018 verschieben. Nun wurden Baukosten von 404 bis 460 Millionen Euro genannt. Wegen ungeklärter Zuständigkeiten, Insolvenz beteiligter Sub-Bauunternehmer und fehlender Bauaufsicht wurden danach immer höhere Baukosten und weitere Terminverschiebungen genannt. 2017 war von 570 Millionen Euro die Rede. Im November 2019 wurden 841 Millionen Euro geschätzt. Anfang 2022 schließlich überstiegen die erwarteten Gesamtkosten der Sanierung inklusive Kosten für Ausweichspielstätten und Finanzierung die magische Zahl von einer Milliarde Euro. Die Wiederöffnung ist aktuell für die Spielzeit 2024/25 vorgesehen.

Die Kultur scheint Köln zu überfordern. Dass die Politik in vielen Fällen überfordert ist, gehört ja auch längst zur (Un-)Kultur des Landes.

● MELDUNG

Kollwitz zieht zu Ludwig

Köln – Aufgrund von Baumaßnahmen ist das Kölner Käthe-Kollwitz-Museum vorübergehend bis in den Herbst hinein geschlossen. Die Werke der Königsberger Künstlerin sind aber trotzdem zu besichtigen – und zwar im Museum Ludwig am Heinrich-Böll-Platz in Köln. Bis zum 4. Juni ist dort „Käthe Kollwitz zu Gast“. Die Präsentation von mehr als 20 Exponaten stellt eine Reihe ihrer stets ungeschönten Selbstbildnisse der 1920er und 1930er Jahre Fotografien der Künstlerin aus dem Jahr 1925 von Hugo Erfurth gegenüber. Das im selben Jahr von Hans Cürdis gedrehte Bewegtbild-Porträt von Kollwitz erlaubt einen Blick über ihre Schulter während des Schaffensprozesses. www.museum-ludwig.de tws

„Die Luft abgedreht“

Bei der Bekämpfung des in Deutschland beheimateten ersten privaten Raumfahrtunternehmens, der OTRAG (Orbital Transport und Raketen Aktiengesellschaft), waren die Gegner aus Ost und West nicht zimperlich

VON STEFAN PIASECKI

Eine Rakete aus Fertigbauteilen, angefeuert von einem Gemisch aus Salpetersäure und Dieselöl, privat finanziert von anonymen Geldgebern, entwickelt von einem jungen deutschen Ingenieur mit der Hilfe bekannter vormaliger Raketentechniker der Heeresversuchsanstalt Peenemünde und beraten von einem Bundeswehrgeneral, getestet auf einem Ende 1975 für Jahrzehnte gepachteten Versuchsgelände in Afrika von der Größe der DDR und bekämpft von Geheimdiensten aus Ost und West – hier entfaltet sich nicht der Stoff eines James-Bond-Films der 60er Jahre, sondern die Geschichte von Lutz T. Kayser, eines verbissen um seine Ziele kämpfenden Mannes, von Abschreibungsmöglichkeiten im deutschen Steuerrecht und dem fehlenden Widerstand der Bundesregierung gegen Druck aus dem Ausland.

Die Ziele der 1974 gegründeten OTRAG (Orbital Transport und Raketen Aktiengesellschaft) waren himmelstürmend. Durch Modularisierung und Verwendung bereits verfügbarer Bestandteile wollte die OTRAG eine günstige Möglichkeit anbieten, Satelliten auf bis zu 300 Kilometer Höhe in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Dabei sollten die Kosten 50 Prozent unter jenen der NASA liegen. Sie verfügte für ihre Studien anfänglich über staatliche Förderungen.

Billige Rakete aus Fertigbauteilen

Doch nicht zuletzt auf französischen Druck hin konzentrierte sich die Bundesregierung auf das europäische ESA-Projekt. Dadurch war die OTRAG zunächst von wichtigen Finanzierungsmöglichkeiten abgeschnitten, wurde jedoch im deutschen Steuerrecht fündig.

Mithilfe des Leiters des Finanzamtes Offenbach-Land wurde das Abschreibungsrecht aktiv und kreativ durchleuchtet und Verlustzuweisungsmöglichkeiten von bis zu 200 Prozent identifiziert. Die Steuerersparnis der Anteilnehmer gestaltete sich dadurch größer als ihr Einsatz. Daher sprudelten bald private Geldquellen, und der Staat verlor Möglichkeiten der Einflussnahme.

Kurt Heinrich Debus, bereits im Krieg Raketenforscher und danach Direktor des John F. Kennedy Space Center (KSC) der NASA, übernahm den Vorsitz des Aufsichtsrates der OTRAG. Schon Mitte der 1960er Jahre war die Gruppe um Kayser von Eugen Sänger, einem weiteren Peenemünder, unterstützt worden und kam durch ihn mit anderen Größen der deutschen Luftfahrtindustrie wie der Bölkow GmbH in Kontakt (später Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB)).

Steuerliches Abschreibemodell

Die Bekanntheit zu einflussreichen Persönlichkeiten der internationalen Luft- und Raumfahrtindustrie öffnete für Kayser viele Türen, rief aber auch Widerstand hervor. In einem Memorandum der MBB vom 17. März 1972 zitierte diese aus einem Gutachten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) schlussfolgernd, dass die OTRAG-Technologie „wegen zahlreicher noch ungelöster technischer Probleme jetzt und auch in absehbarer Zeit nicht als echte Alternative vorgeschlagen werden“ könne.

Damit nicht genug, blieb auch der bekannte Raketenwissenschaftler Heinz-Hermann Koelle von der TU Berlin in einer Gedankenskizze vom Dezember 1975 sarkastisch: Mithilfe von Raketen könne man alles zum Fliegen bringen, auch



In Stuttgart 1978: Lutz T. Kayser mit einem Modell seiner Bündelrakete

Foto: ddp images

Scheunentore. Er urteilte knapp: „Unsinn“. Allerdings war Koelle zuvor Direktor des Marshall Space Flight Centers (MSFC) der NASA gewesen und damit der ökonomischen Konkurrenz verbunden – sein Papier floss demnach wohl nicht zufällig in einen Artikel der Zeitschrift „Stern“ ein, der unter dem Titel „Riesenbluff im Kayser-Reich“ die OTRAG in einen historischen und geopolitischen Zusammenhang mit kolonialer Machtpolitik in Afrika stellte. Aus derartigen Konfliktlinien konnte sich die OTRAG – und die Bundesregierung – nicht mehr entwirren.

Paris intervenierte für die ESA

Anfang 1976 war die OTRAG gewarnt und ließ eine Markteinschätzung vorlegen. Diese bot einen Überblick über die bisherige nichtkommerzielle Raumfahrt vor allem der NASA und konzentrierte sich dann auf die „wichtigsten Konkurrenten“ der von OTRAG geplanten Billigrakete“. Die Studie nahm abschließend einen Ver-

gleich mit dem amerikanischen Shuttle-Programm vor und urteilte, dass dieses aus Kostengesichtspunkten praktisch keinen Vorteil gegenüber den OTRAG-Raketen biete und deshalb „grundsätzlich günstige Voraussetzungen für eine kommerzielle Auswertung des OTRAG-Trägerkonzeptes gegeben“ schienen. Die TU München ihrerseits erstellte ein Gegengutachten mit vernichtendem Urteil über sowohl das OTRAG-Projekt als auch deren Machbarkeitsstudien.

Konkurrenz für die NASA

Zu diesem Zeitpunkt waren der OTRAG im sowjetischen KGB und dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) längst neue Gegner erwachsen. Der Stasi-Agitator Julius Mader gab in einem Memorandum die später von DDR-Zeitungen (und von beeinflussten Westzeitungen) übernommene Leitlinie vor: OTRAG sei die Speerspitze der faschistischen Waffenindustrie der BRD und der Versuch, internationale Waffenkontroll-

programme (WEU-Vertrag) und die Deutschlandverträge der Alliierten zu umgehen. Dies war laut Aktenlage zwar nachweislich falsch. Falschinformationen über die OTRAG lagen jedoch im Interesse von vielen.

Schon am 25. Oktober 1971 hatte sich das MfS für Kayser und andere an der OTRAG Beteiligte interessiert. Die Versuche schlugen fehl: Kayser sei nicht zu kontaktieren und werde nicht in die DDR einreisen. Dennoch wurde die Überwachung im Westen weitergeführt, wie protokollierte Abhöraktionen von Autotelefongesprächen der OTRAG-Manager und solche aus Bonner Ministerien belegen.

Agitation von KGB und Stasi

Vonseiten der Sowjetunion richteten sich die stärksten Geschütze gegen das kleine Unternehmen. Politisch und propagandistisch wurde international Stimmung gemacht: Ein sowjetischer Militärattaché veröffentlichte in einer finnischen Zeitung einen Artikel über im deutschen Auftrag entwickelte Mittelstreckenraketen in Zaire. Diese Nachricht wurde von einem tansanischen Regierungsblatt in Daressalam übernommen. Daraufhin veröffentlichte die sowjetische „Prawda“ einen Kommentar, in dem sie sich auf den tansanischen „Tatsachenartikel“ berief. Ab diesem Moment galt die Information als seriöse Nachricht, die von Presseagenturen weltweit aufgegriffen wurde.

In politischer Hinsicht machte die Sowjetunion mit einer Verbalnote an die Westalliierten Druck gegen die OTRAG, die eine Tarnorganisation des Bonner Verteidigungsministeriums darstelle und somit aufzulösen sei. Zwar wiesen die Westalliierten diese Darstellung Mitte 1978 zurück. Dennoch verstärkten MfS und KGB in der Folgezeit ihre internatio-

nale Agitation und warfen der Bundesrepublik Imperialismus und der OTRAG Waffenhandel und Kooperation mit der Apartheid-Regierung in Südafrika vor.

Bonn knickte ein

All das war schierer Unfug. Längst bezog die östliche Wühlarbeit aber auch befreundete oder neutrale Staaten in Afrika mit ein und führte zu Anklagen seitens Nigerias oder Sambias gegenüber Bundeskanzler Helmut Schmidt auf seiner Afrikareise 1978. Auch der Vorschlag Kayzers, das Raketenprogramm unter die Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen, half nicht mehr viel. Die Bundesregierung, die sich noch am 12. Januar 1978 bei dem sowjetischen Botschafter in Bonn über die unsachliche Propaganda beschwert und betonte hatte, keinerlei Anhaltspunkte über eine militärische Verwendbarkeit der Raketen und keine Verstöße gegen völkerrechtliche Kontrollverpflichtungen feststellen zu können, verlor erkennbar Lust zur Widerrede. Daher fasste eine Analyse des Auswärtigen Amtes zusammen, dass von der OTRAG zwar keine Gefahr ausgehe, der Raketenstart vom 15. Mai 1977 jedoch zweifellos der „erste deutsche Raketenstart seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ gewesen sei und er daher eine Signalwirkung habe. Es folgten sukzessive Verschärfungen von Exportbestimmungen und das Schließen der steuervergünstigenden Schlupflöcher.

Nun wurde das Geschäftsmodell der OTRAG ernsthaft gefährdet und beschädigt. In einem am 13. Mai 1979 von der Staatssicherheit abgehörten Autotelefongespräch wurde die finanzielle Situation seitens des OTRAG-Mitarbeiters als prekär geschildert. Kanzler Schmidt sei nicht zugänglich, der habe der OTRAG „die Luft abgedreht“, belauschte die Stasi.

Misserfolg in Zaire 1978

Erfolgreiche Testflüge konnten trotz allem im Mai 1977 und im Juni 1978 durchgeführt werden. Bei einem wichtigen Test in Anwesenheit des Präsidenten Mobutu Sese Seko stürzte die Rakete ab und zerschellte in einer Schlucht. Der sich verstärkende politische Druck führte im April 1979 zu einer Auflösung der Verträge durch den zairischen Diktator. Kurz vor dem Abzug der OTRAG-Mannschaften ertranken bei einer letzten Bootsfahrt im Oktober 1979 sieben Techniker.

In den Folgejahren wich die OTRAG dem Druck in Deutschland durch eine Verlagerung der Versuchsstätten nach Libyen aus und geriet dadurch noch tiefer in den Verdacht illegaler Aktivitäten. 1986 wurde die Gesellschaft liquidiert, ein Teil der Mitarbeiter blieb auch danach noch in verschiedenen Funktionen in Libyen und Nordafrika.

Aus heutiger Sicht ist die Durchführbarkeit der OTRAG-Projektionen fraglich. In historischer und geopolitischer Hinsicht hingegen ist aufschlussreich, wie schnell technische Innovationen auf internationalen Verdacht stoßen, in üble Nachrede geraten und nicht auf belebende Konkurrenz treffen, sondern von verschiedenen Interessenten und Gruppen im Keim erstickt werden sollen.

● Prof. Dr. Stefan Piasecki ist Soziologe an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Duisburg. Daneben ist er Autor von historischen Romanen, von denen er einige unter dem Pseudonym Stefan Boucher veröffentlicht hat. Zuletzt erschien von ihm der Roman „Himmelsleiter“.

www.stefanboucher.de

Kurzbiographien



Kurt Heinrich Debus war von 1962 bis 1974 Direktor des Kennedy Space Center und von 1975 bis 1980 Vorsitzender des Aufsichtsrates der OTRAG.



Heinz-Hermann Koelle wurde 1960 Direktor des Marshall Space Flight Center der NASA. Ab 1965 leitete er das Institut für Raumfahrttechnik an der TU Berlin.



Mobutu Sese Seko war ab 1965 Präsident der Demokratischen Republik Kongo, die von 1971 bis Mobutus Sturz im Jahre 1997 den Namen „Republik Zaire“ trug.

DRITTER PRAGER FENSTERSTURZ

Mord, Selbstmord oder Unfall?

Vor 75 Jahren fand das Leben des tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk ein gewaltsames Ende

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der erste Prager Fenstersturz am 30. Juli 1419 stand am Anfang der Hussitenkriege und der zweite am 23. Mai 1618 löste den Dreißigjährigen Krieg aus. Dahingegen entfaltete der sogenannte dritte vom 10. März 1948 keine derart dramatische historische Wirkung, sieht man vom Tod des aus dem Fenster gestürzten damaligen tschechoslowakischen Außenministers ab. Ob Jan Masaryk ein umstritten durch Defenestration wurde, ist fraglich.

Der am 14. September 1886 geborene Sohn des ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik von 1918 bis 1935, Tomáš Garrigue Masaryk, gehörte zu den wenigen nichtkommunistischen Ministern in der neuen Regierung des Stalinisten Klement Gottwald, die nach dem Februarputsch 1948 gebildet worden war. Masaryk aus dem Amt zu drängen, das er seit 1940 beziehungsweise 1945 bekleidete, hatte nicht einmal der skrupellose Gottwald gewagt, weil der Außenminister aufgrund seiner familiären Herkunft und bisherigen politischen Verdienste quasi als sakrosankt galt. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als verdächtig an, dass Masaryk am frühen Morgen des 10. März 1948 aus dem Fenster des Badezimmers seiner Dienstwohnung im Prager Palais Czernin 15 Meter tief auf das Pflaster im Hof des Außenministeriums stürzte, was zu seinem sofortigen Tod führte. Das jedenfalls besagte der Obduktionsbericht, der auch die Verletzungen von Masaryk auflistete: Herz zerrissen, Aorta beschädigt, Leber und Blase geplatzt, Rückgrat, Rippen, Beine und Knöchel gebrochen, das Becken zerschmettert und die Eingeweide voller Blut.

Fall aus 15 Meter Höhe

Gottwald und dessen Clique beeilten sich, das Ganze als Suizid hinzustellen. Um 12.15 Uhr meldete Radio Prag, der Außenminister sei „in einem Augenblick nervösen Zusammenbruchs ... freiwillig aus dem Leben geschieden“. Die Freitodthese haben auch einige Verwandte sowie enge Vertraute und Mitarbeiter des Außenministers vertreten. So meinte Masaryks



Im Innenhof des Palais Czernin: Fundort der Leiche von Jan Masaryk (kleines Foto)

letzter persönlicher Sekretär Antonin Sum: „Er brachte das größtmögliche persönliche Opfer, um gegen die Kommunisten zu protestieren.“

Viele Tschechen werteten die Meldung von Radio Prag indes als dreiste Lüge, zumal es im September 1947 einen Sprengstoffanschlag auf Masaryk gegeben hatte, dessen Drahtzieher wahrscheinlich der Olmützer Gebietssekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Schwiegersohn Gottwalds, Alexej Čepička, gewesen war. Die Zweifel an der Selbstmordtheorie bestehen bis heute. Der Tote hinterließ keinen Abschiedsbrief. Und das Ableben des Außenministers kam den Kommunisten in Moskau und Prag nicht ungelegen. Daraus resul-

tierten mehrere spätere Untersuchungen zur Aufklärung der Geschehnisse vor 75 Jahren. Dabei gelangten die Ermittler immer wieder zu anderen Ergebnissen.

Prager Frühling 1968

Zunächst wurden 1968 während des Prager Frühlings erneute Nachforschungen angestellt. An deren Ende hieß es, Masaryk sei wohl verunglückt, ein Mord könne aber nicht ausgeschlossen werden.

Dem folgte eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach der Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei Ende 1989. Das 1993 verkündete Fazit lautete, der sowjetische Geheimdienst habe den Außenminister getötet. Gestützt wurde diese Version durch ein Interview, das der Sohn

der vormaligen KGB-Mitarbeiterin Jelisaweta Parschinowa dem Radiosender Free Europe gegeben hat. In dessen Verlauf behauptete Leonid Parschin, Masaryk sei von Agenten des Kreml unter dem Kommando von Michail Bjelkin aus dem Fenster gestoßen worden. Da die russischen Behörden bis heute jegliche substantielle Zusammenarbeit mit den tschechischen Ermittlern verweigern, konnte eine Beteiligung der UdSSR bislang nicht bewiesen werden.

Samtene Revolution 1989

2003 behauptete der Forensiker Jiří Strauss, wenn Masaryk nicht aus dem Fenster gestoßen worden wäre, hätte er näher am Fuße des Palais aufschlagen

müssen. Kurz darauf vertrat der Brünner Psychiater Cyril Höchsl die Ansicht, dass die Umstände von Masaryks Tod in keiner Weise auf Suizid hindeuteten. Er stellte die rhetorischen Fragen, warum der Außenminister vor einem Sprung erst noch einen Pyjama hätte anziehen und wieso er bis zum letzten Moment konkrete Zukunftspläne hätte schmieden sollen.

Im Jahre 2015 veröffentlichte die tschechische Historikerin Václava Janděková ein Buch über den Fall Masaryk, in dem sie behauptete, der Politiker sei von zwei Tschechen im Auftrag Moskaus liquidiert worden.

Vorerst letzte Ermittlungen ab 2019

Aus zwei Gründen begann 2019 ein weiteres offizielles Ermittlungsverfahren. Zum einen war ein altes Tonband aus Privatbesitz aufgetaucht, auf dem der vormalige Polizist Vilibald Hofmann, der 1948 zu den ersten Personen gehörte, welche die Leiche Masaryks sahen, von Manipulationen an dem Toten berichtete. So sollen die offiziellen Polizeifotos des zerschmetterten Körpers nicht das gezeigt haben, was Hofmann bei seinem Eintreffen um 5.25 Uhr auf dem Hof des Palais Czernin vorgefunden hat. Und zum anderen ergab eine Computersimulation des Sturzes durch Jan Špička und Martin Čermák von der Westböhmischen Universität in Pilsen, dass sich Masaryk vor dem Fall „an der Außenseite des Czernin-Palais befand. Er stand auf dem Sims mit dem Gesicht zur Wand zwischen zwei Fenstern, etwa einen Meter von ihnen entfernt“. Damit „kann ein Mord nicht eindeutig belegt werden. Möglich sind auch ein Selbstmord und ein Unfall.“

Diese vorerst letzte Untersuchung wurde ergebnislos eingestellt. Hierzu gab der Sprecher der Prager Bezirksstaatsanwaltschaft, Aleš Cimbala, am 12. März 2021 offiziell bekannt: „Im Verlaufe der Ermittlungen wurden keine neuen Erkenntnisse gewonnen, die auch unter Berücksichtigung früherer Ergebnisse einen eindeutigen und unzweifelhaften Schluss über die Todesumstände ermöglichen würden. Die Anwesenheit weiterer Personen beim Sturz aus dem Fenster kann weder bestätigt noch widerlegt werden.“

HANS JOACHIM PABST VON OHAIN

Ein Pionier des Düsenflugs

Der Erfinder des Triebwerks des ersten Düsenflugzeugs starb vor 25 Jahren

Der Triebwerkskonstrukteur des ersten strahlgetriebenen Flugzeugs entstammte einem privilegierten Adelsgeschlecht: der Familie Pabst von Ohain. Der am 14. Dezember 1911 in Dessau geborene Adelspross konnte nicht nur das Gymnasium besuchen, sondern auch anschließend studieren. Hans Joachim Pabst von Ohain wählte die Physik. 1935 promovierte er an der Universität Göttingen bei Robert Wichard Pohl mit einer Arbeit zur Wellentheorie von Licht und Schall. In dieser Zeit interessierte sich der Student allerdings bereits für ein anderes Gebiet der Physik: die Luftfahrt.

Angeblich ärgerte sich Pabst von Ohain bei einem Flug mit der ab 1932 produzierten legendären „Tante Ju“ über den Lärm in der Maschine und den Abgasgeruch im Cockpit. Fakt ist, dass der Propellermotor mit seiner Entwicklung an Geräuschen und Vibrationen einen gravierenden Nachteil hat, von der konzeptbedingten Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit

ganz zu schweigen. Und Fakt ist ebenfalls, dass Pabst von Ohain sich ab 1934 für Alternativen zu interessieren begann. Auf eigene Kosten experimentierte er mit propellerlosen Antriebsarten. Praktische Hilfe erhielt er durch den Automechaniker Max Hahn, den er von der Werkstatt kannte, in der er sein privates Kraftfahrzeug warten und reparieren ließ. 1936 meldete er ein „Verfahren“ und einen „Apparat zur Herstellung von Luftströmungen zum Antrieb von Flugzeugen“ letztlich erfolgreich zum Patent an. Das von ihm gebaute Demonstrationsmodell erwies sich indes als unbrauchbar.

Das hinderte Doktorvater Pohl nicht daran, eine Verbindung seines Schülers mit Ernst Heinkel herzustellen. Heinkel stand nicht nur an der Spitze eines der damals führenden Flugzeugbauunternehmen Deutschlands, der Ernst Heinkel Flugzeugwerke GmbH, sondern hatte auch ein Faible für Hochgeschwindigkeitsflugzeuge. Er bot deshalb Pabst von Ohain und Hahn ab



Hans Joachim Pabst von Ohain

1936 die Möglichkeit, in seinem Unternehmen auf seine Kosten ein Flüssigtreibstoff-Strahltriebwerk zu entwickeln.

Für dieses Triebwerk mit der Bezeichnung „Heinkel He S 3“ ließ Heinkel ein eigenes Flugzeug bauen, die Heinkel He 178. Mit Erich Warsitz am Steuerknüppel der

He 178 fand am 27. August 1939 der erste Testflug mit einem von einer Strahltriebmaschine angetriebenen Flugzeug statt.

Fünf Tage später begann der Zweite Weltkrieg, und es stellte sich die Frage der militärischen Nutzung dieses Konzepts, das mit 700 Kilometern in der Stunde bereits beim Erstflug seine Überlegenheit über den Propeller gezeigt hatte. Hatte bislang Heinkel die Entwicklungskosten allein getragen, begann sich nun auch das Reichsluftfahrtministerium an den Kosten für das vielversprechende Projekt zu beteiligen.

Das anschließend bei Heinkel entwickelte Triebwerk He S 8 erwies sich mit 680 Kilopond (kp) Schub indes als leistungsschwächer denn das 850 kp Schub leistende Jumo-004-Aggregat der Messerschmitt Me 262, und so hatte die von Aggregaten des Typs He S 8 angetriebene Heinkel He 280 im Wettbewerb um die Serienfertigung das Nachsehen.

Pabst von Ohain entwickelte nun noch mit Heinkel das Aggregat He S 011 mit

1350 kp Schub, doch bevor es serienreif war, war der Krieg zu Ende. Nach Kriegsende wurde nur noch eine kleine Serie im Auftrag der Sieger gebaut.

Das Triebwerk war in Stuttgart-Zuffenhausen entstanden. Dort hatte ein Heinkel-Tochterunternehmen seinen Sitz, mit dessen Leitung Pabst von Ohain während des Krieges betraut worden war. So geriet der gebürtige Mitteldeutsche bei Kriegsende in den Machtbereich der USA.

Wie viele andere deutsche Luftfahrtexperten, denen es erspart blieb, unter die Herrschaft der Sowjets zu geraten, siedelte Pabst von Ohain in die USA über und wurde schließlich deren Staatsbürger. 1947 erfolgte die Übersiedelung, 1951 die Einbürgerung. Dort half er als Wissenschaftler in unterschiedlichen leitenden Funktionen den dortigen Luftstreitkräften beim Übergang vom Propeller zur Düse. Hans Joachim Pabst von Ohain ist denn auch in den USA gestorben, am 13. März 1998 in Melbourne, Florida. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Psychologie ist beim menschlichen Miteinander praktisch immer präsent. Zugleich hat man im Alltag meist wenig Zeit und eine Unzahl von Problemen zu bewältigen. Hieraus resultieren ebenso simple wie falsche Antworten auf die Herausforderungen des sozialen Lebens, wie sie typisch für die nichtwissenschaftliche Alltagspsychologie sind. Dabei ergeben sich die Fehldeutungen verblüffenderweise immer aus den gleichen Ursachen.

So hält mancher unter uns gerne das für wahr, was auch viele andere seiner Zeitgenossen glauben oder erzählen. Darüber hinaus neigt der Mensch im Grundsatz dazu, eher die Informationen zu berücksichtigen, welche sein Weltbild stützen. Und er schließt von sich auf andere. Dazu kommen Übertreibungen und naive Vorstellungen von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Das alles bildet den Nährboden für zahlreiche Mythen der Alltagspsychologie, von denen die 30 hier genannten am weitesten verbreitet sind beziehungsweise am ehesten als wahr angesehen werden:

30 gängige Vorurteile

1. Wir nutzen im Normalfall nur ganze zehn Prozent unserer Gehirnleistung, weshalb Trainingsprogramme zur Steigerung der Hirnleistung Wunder wirken.
2. Menschen denken entweder vorrangig mit der analytisch-logischen linken Gehirnhälfte oder der emotional-kreativen rechten Gehirnhälfte.
3. Die Physiognomie, also die Form des Schädels und Gesichts, verrät etwas über die Persönlichkeit.
4. Bei der Partnerwahl siegt das Prinzip „Gegensätze ziehen sich an“ über „Gleich und gleich gesellt sich gern“.
5. Frauen sind emotionaler als Männer und reden daher auch mehr als diese.
6. Aus der Handschrift eines Menschen lassen sich Informationen über dessen Eignung für bestimmte berufliche Tätigkeiten ableiten.
7. Durch Autosuggestion kann man im Leben mehr Erfolge erzielen.
8. Es ist möglich, im Schlaf neue Inhalte wie die Vokabeln einer Fremdsprache zu erlernen.
9. Die Richtung, in die jemand beim Nachdenken blickt, verrät etwas über seinen Charakter und aktuelle psychische Vorgänge.
10. Unterschwellige Werbebotschaften verleiten zum Kauf, ohne dass der Kunde dies merkt.
11. Säuglingen regelmäßig Musik von Wolfgang Amadeus Mozart vorzuspielen, steigert deren Intelligenz.
12. Auf die gleiche Weise erzogene Kinder entwickeln später auch gleiche Persönlichkeiten.



Sehen, was eine Person fühlt? Das Wesen des Menschen ist viel zu komplex für die üblichen Pauschal-Analysen

Foto: imago/Westend61

SELENKUNDE

Mythen der Alltagspsychologie

Wir glauben, „den Menschen“ zu kennen. Doch viele vermeintliche Einsichten, die wir meinen, über die Eigenheiten unserer Artgenossen gewonnen zu haben, halten keiner wissenschaftlichen Prüfung stand

13. Die Pubertät ist üblicherweise eine Phase der Rebellion, Konflikte und Identitätsstörungen.
14. Menschen, die als Kind sexuell missbraucht wurden, neigen als Erwachsene dazu, selbst zu Missbrauchstätern zu werden.
15. Bei der Mehrzahl der Männer im Alter zwischen 40 und 50 Jahren kommt es zur Midlife-Crisis.
16. Wer unter Schizophrenie leidet, hat entweder eine gespaltene oder eine multiple Persönlichkeit.
17. Selbstmorde resultieren fast immer aus schweren Depressionen.
18. Bei Vollmond werden mehr Gewalttaten begangen als sonst.
19. Stress ist die absolute Hauptursache für die Entstehung von Magengeschwüren.
20. Übersinnliche Wahrnehmungen in Form von Telepathie und Hellsehen sind wissenschaftlich bestätigte Phänomene.
21. Beim Deuten von Tintenkleksen kommen die wahre Persönlichkeit des Menschen sowie seine verborgenen Motive oder Triebe zum Vorschein.

22. Die allermeisten Autisten verfügen über besondere oder gar herausragende intellektuelle Fähigkeiten.
 23. Hochbegabte haben mehr Probleme im sozialen Umgang als normal Begabte.
 24. Für eine erfolgreiche Psychotherapie ist es zwingend nötig, die Kindheit des Patienten aufzuarbeiten.
 25. Frauen sind eher in der Lage, mehrere Aufgaben gleichzeitig und dabei auch noch effektiv zu erledigen (Multitasking).
 26. Bestimmte Posen, die sogenannten Power-Posen, machen mutiger.
 27. Willenskraft und Selbstkontrolle gehören zu den begrenzten Ressourcen, die mit der Zeit aufgebraucht werden.
 28. Der Zeitpunkt der Geburt bestimmt die spätere Persönlichkeit eines Menschen.
 29. Es gibt „Schaltkreise“ im Gehirn, die klar definierte Emotionen auslösen.
 30. Jeder von uns durchlebt im Sterbeprozess die aufeinanderfolgenden Phasen Ablehnung, Zorn, Verhandeln, Depression und Zustimmung.
- Mag alles mehr oder minder plausibel klingen, das Problem ist nur: Nichts von

alldem wurde bislang im wissenschaftlichen Experiment bewiesen oder anderweitig empirisch belegt. Stattdessen deuten die Ergebnisse der psychologischen Forschung meist darauf hin, dass das Gegenteil der Fall ist.

Die Wahrheit ist viel komplexer

Aber auch universitär ausgebildete Psychologen sind keinesfalls gegen Irrtümer gefeit. Viele zunächst vermeintlich sichere Erkenntnisse aus Labor- oder Feldversuchen konnten bei standardisierten Wiederholungen derselben durch andere Forscher nicht bestätigt werden. So ist es offenkundig falsch, dass Lächeln glücklich macht, wie die zunächst eifrig propagierte Mimik-Feedback-Hypothese besagt, der zufolge der Gesichtsausdruck nachfolgend auch die Emotionen beeinflusst.

Des Weiteren sind Säuglinge wohl doch keine geborenen Nachahmungskünstler, was menschliche Gesten und Geräusche betrifft. Und die 2005 weltweit mit großem Interesse aufgenommene Züricher Studie, derzufolge das „Kuschelhormon“ Oxytocin zu mehr Vertrauensseligkeit führt, wurde bislang ebenfalls

noch nicht repliziert. Gleichmaßen unbestätigt blieb der angebliche Pilatus-Effekt, demzufolge Schuldgefühle beim Händewaschen schwinden.

Ebenso zeigten neuere Studien, dass es offenbar auch keine Winterdepression gibt und die zunächst weithin anerkannte Formel des britischen Verhaltensforschers Gilbert Roberts „Wer sich beobachtet fühlt, handelt auch deutlich ehrlicher und altruistischer“ trotz aller Plausibilität so nicht gültig ist.

Manchmal liefern also weder die Alltags- noch die wissenschaftliche Psychologie brauchbare Erklärungen für das Fühlen und Verhalten von Menschen. Das liegt zum einen daran, dass das Leben und somit auch die Situationen im täglichen Miteinander in aller Regel viel zu komplex sind. Zum anderen ist der Mensch keine genormte „Massenware“, die nach einfachen, schnell zu durchschauenden Schemata funktioniert, sondern ein Individuum, dessen psychische Entwicklung und Verfassung von unzähligen Faktoren bestimmt wird. Deshalb taugt er auch immer wieder für positive oder negative Überraschungen.

GELDANLAGE

Das Erfolgsgeheimnis der Nobelstiftung

Mit einer geschickten Anlagestrategie erwirtschaften die Verwalter des Erbes des „Dynamit-Königs“ die stolzen Preisgelder

Am 27. November 1895 verfügte der schwedische Erfinder und Industrielle Alfred Nobel, der Hauptteil seines Vermögens in Höhe von 31,6 Millionen Kronen (nach heutigem Geldwert etwa 230 Millionen Euro) solle nach seinem Tode in sicheren Wertpapieren angelegt werden und „einen Fonds bilden, dessen Zinsen jährlich als Preis an diejenigen ausgeteilt werden ..., die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben“.

Bei der Verleihung der ersten fünf Nobelpreise im Dezember 1901 betrug das Preisgeld 150.780 Kronen pro Laureat und stieg in den einhundert Jahren

danach schrittweise bis auf zehn Millionen Kronen an. Infolge der Auswirkungen der globalen Finanzkrise von 2007/08 musste die Summe dann jedoch 2012 auf acht Millionen Kronen reduziert werden. Allerdings erfolgten 2017 und 2020 neuerliche Erhöhungen auf zunächst neun und schließlich wieder zehn Millionen Kronen – aktuell immerhin mehr als 900.000 Euro.

Dies resultierte daraus, dass das Stiftungsvermögen nach zwischenzeitlichen Verlusten auf deutlich über drei Milliarden Kronen stieg. Das wirft die Frage auf, mit welcher Anlagestrategie es dem Investment-Komitee der Nobelstiftung ge-

lang, in Zeiten unsicherer Aktienmärkte und Negativzinsen das von dem „Dynamit-König“ Nobel zusammengetragene Kapital zu erhalten und zu vermehren.

Anfangs wurde das Geld ausschließlich in schwedischen Staatsanleihen angelegt, was sich jedoch angesichts der permanenten Inflation zunehmend als finanzielle Sackgasse erwies. Deshalb wagte man in den 1950er Jahren den Übergang zu einem Vermögensmix aus traditionellen Geldwerten wie eben Anleihen sowie Sachwerten, das heißt Aktien und Immobilien. Und 2004 ging die Stiftung dann noch einen Schritt weiter und genehmigte nun auch Investitionen in Risikokapital-

fonds und Hedgefonds. Das führte nach dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers und dem darauffolgenden Crash an den internationalen Aktienmärkten zunächst zu dramatischen Verlusten. Diese konnten allerdings wegen der breiten Anlagestreuung bald wieder kompensiert werden.

Heute sieht die Vermögensaufteilung der Nobelstiftung so aus: Knapp 50 Prozent des Geldes stecken in Aktien, 20 Prozent in festverzinslichen Wertpapieren und der Rest in alternativen und somit keineswegs risikofreien Investments wie Immobilien- und Hedgefonds. Hierbei gibt es einige Einschränkungen. So sind

Aktien von Rüstungsunternehmen und Tabakkonzernen tabu.

In den vergangenen Jahren hatte das Investment-Komitee um Ulrika Bergman eine ausgesprochen glückliche Hand: Das Kapital konnte um mehr als 40 Prozent vermehrt werden, wobei die jährliche Rendite bei durchschnittlich 3,5 Prozent lag. Deshalb gibt es mittlerweile Kapitalmarktexperten wie Klaus Mühlbauer, welche Anlegern empfehlen, sich am Beispiel der Nobelstiftung zu orientieren und wie diese nach folgendem Grundsatz zu handeln: „Geld allein macht nicht glücklich. Man braucht auch Aktien, Gold und Grundstücke!“ W.K.

ALLENSTEIN

„Die ungebrochene Ukraine“

Anlässlich des Jahrestags des russischen Angriffs wurde vor dem Rathaus ein Mahnmal aus Raketenresten aufgestellt

VON DAWID KAZANSKI

Tausende von Opfern, Millionen von Flüchtlingen – das ist die Bilanz der Ereignisse in der Ukraine. Am Jahrestag des russischen Einmarsches in die Ukraine wurde vor dem Rathaus von Allenstein eine künstlerische Installation aus Raketenresten errichtet, die von Mehrfachraketenwerfern abgefeuert wurden und bei Charkiw niedergingen. Das Mahnmal mit dem Titel „Die ungebrochene Ukraine“ besteht aus Fragmenten von Raketen eines BM-21-Mehrfachraketenwerfers, die mit dem Sockel durch schwarze, verschlungene Stangen verbunden sind, welche die Flugrichtung der Raketen markieren. „Die Raketen wurden auf das Dorf Prudzianka in der Nähe von Charkiw abgefeuert“, berichtete auf dem Rathausplatz Jan Potrawiak vom Hilfs-Konvoi aus Allenstein. „Wir landeten dort bei einer befreundeten Einheit ukrainischer Soldaten, die uns ihre Arbeit zeigen wollten. Wir holten die Raketen aus dem zerstörten Dorf, und so wurde die Idee geboren, sie nach Polen zu bringen und für einen guten Zweck auszustellen.“

Kunstwerk aus Raketenresten

Somit entstand aus den Überresten von Waffen ein Kunstwerk. Der Erschaffer, der in Allenstein lebende Künstler Antoni Grzybek, der am Kunstinstitut der Uni arbeitet, sagte, dass die Betrachter vermutlich die Überreste der Raketen am interessantesten fänden, aber das Wich-



Steht für vier Wochen vor dem Allensteiner Rathaus: Die aus Raketenresten gefertigte Skulptur des Künstlers Antoni Grzybek

tigste sei für ihn der Sockel. „Wir arbeiteten sehr lange daran, um ihn zu einem Monolithen zu machen, zu einer Metapher für die Ukraine, die sich der russischen Horde nicht beugt. Der Sockel symbolisiert diese Unerschütterlichkeit, die Einheit des ukrainischen Volkes und Beständigkeit der ukrainischen Grenzen.“

Joanna Mieszczynska, die seit Monaten in der humanitären Hilfe tätig ist, teilte bei der Gedenkfeier zum Jahrestag des Beginns des Ukrainekriegs mit, dass die Konvois, die seit einem Jahr organisiert werden, hauptsächlich in die Regionen Charkiw und Donezk fahren, wo massive Zerstörungen zu verzeichnen sind und alles Mögliche gebraucht wird. Die Hilfe geht unter anderem an Militär-sanitäter und Freiwillige, welche die Zivilbevölkerung vor Ort unterstützen.

Flüchtlingen unter die Arme greifen

„Derzeit werden vor allem medizinische Hilfsgüter und Grundnahrungsmittel, aber auch Gaskocher, Decken und Schlafsäcke benötigt. Es gibt eine ganze Reihe von Bedürfnissen“, fügte Mieszczynska hinzu. Auf einer Pressekonferenz nach der Enthüllung der Anlage betonte der Allensteiner Stadtpräsident, Piotr Grzymowicz, dass die Stadteinwohner seit dem ersten Tag des Krieges versuchten, sowohl der ukrainischen Bevölkerung als auch den Kriegsflüchtlingen zu helfen. „Wir sind eine multikulturelle Stadt“, betonte Grzymowicz, „wir alle verurteilen den russischen Aggressor aufs Schärfste.“

Wir versuchen, den Menschen in der Ukraine, den Flüchtlingen, soweit es uns möglich ist unter die Arme zu greifen.“

„Die künstlerische Installation ist aus dem brutalsten Stoff, den Waffen, entstanden“, sagte wiederum Mariusz Sieniewicz, Direktor des Städtischen Kulturzentrums. „Wir möchten, dass diese Installation als eine Art Mahnung vor jeglicher Gewalt dient.“

Außerdem kündigte er an, dass die Installation aus den Überresten der Raketen einen Monat lang am Rathaus verbleiben werde. In Kürze soll eine Sammlung für medizinische Hilfe in der Ukraine gestartet werden. Derjenige, der den höchsten Betrag spendet, wird Eigentümer des Kunstwerks. Wie Sieniewicz erläuterte, soll das tödliche Eisen in etwas Edles verwandelt und für einen guten Zweck verwendet werden, deswegen werde der Gegenstand als Kunstwerk zu einer wohltätigen Sammlung beitragen. Workshops, Begegnungen, Kurse für ukrainische Flüchtlinge und die Gründung der Stiftung „Zwei Flügel“ sind Teil der Projekte, die unter anderem das Städtische Kulturzentrum in diesem Zusammenhang durchführt.

In Allenstein befinden sich immer noch viele Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten. Insgesamt leben rund 650 Menschen in sechs organisierten Einrichtungen. Als Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk wurden am ersten Jahrestag des Kriegsausbruchs der Rathaus-turm und die Sternwarte in den ukrainischen Farben beleuchtet.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Die Bevölkerung des südlichen Ostpreußen schrumpft

Das zentrale Statistikamt der Republik Polen verzeichnet einen bedenklichen Rückgang und warnt vor der drohenden Überalterung

Das Schreckgespenst einer im Zuge des demographischen Wandels rasant alternenden Bevölkerung bestimmt zunehmend die Region Südostpreußen. In ein paar Jahrzehnten mag das südliche Ostpreußen ein schönes Land sein, aber ohne Menschen, vor allem ohne junge.

Einem Bericht des polnischen Statistischen Hauptamts zufolge wurden in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres in der Woiwodschaft Ermland-Masuren 4968 Kinder geboren und es gab 8422 Verstorbene, was einen Bevölkerungsrückgang um 3454 Personen bedeutet.

Das größte Minus verzeichnen die Stadt Elbing, in der die Zahl der Todesfälle die der Geburten um 379 überstieg, sowie Allenstein-Stadt (280) und der Landkreis Allenstein (270). Nur in sechs von 116 Gemeinden Südostpreußens wurde eine positive Geburtenrate verzeichnet. Am größten war sie in der Gemeinde Stabigotten, wo die Zahl der Geburten die der Sterbefälle um 30 überstieg.

Das südliche Ostpreußen ist eine Region, aus der die Menschen seit Jahren auswandern. Die halbjährliche Wanderungsbilanz für die Region lag bei minus 1350 – das ist die Zahl der Zuzüge minus der Zahl der Wegzüge. Wenn man die negative Geburtenrate hinzurechnet, bedeutet das, dass die Bevölkerung innerhalb von sechs Monaten um mehr als 4800 Personen zurückging. Dank der Binnenwanderung verzeichneten zwei Kreise – Allen-

stein und Lyck – ein Bevölkerungswachstum. Im Falle des Kreises Allenstein wurde der Bevölkerungszuwachs damit erklärt, dass die Einwohner von Allenstein aus der Stadt aufs Land ziehen und in den Vorstädten Häuser bauen. Das ist einer der Hauptgründe für die Vergrößerung der Vorstadtgemeinden von Allenstein.

Zu den Gemeinden in den Vororten Allensteins, die den größten Bevölkerungszuwachs verzeichnen können, gehören die Gemeinden Stabigotten (192 Einwohner) und Diwitten (139 Einwohner). Die Daten des Statistischen Hauptamtes geben keinen Anlass zu Optimismus und bestätigen, dass sowohl in der Republik Polen insgesamt als auch im südlichen Ostpreußen ein ernstes demographisches Problem besteht.

Verschärfung durch Pandemie

Das bedeutet eine große Herausforderung sowohl für die Zentralregierung als auch für die Kommunalverwaltungen, was auch auf dem 6. Zukunftskongress, der im Herbst in Allenstein stattfand, thematisiert wurde. Das Problem des zunehmenden demographischen Wandels begann nach der politischen Wende 1989, und der Negativrekord wurde durch die Coronavirus-Pandemie noch verschärft.

Nach der Volkszählung 2021 betrug die Bevölkerung im südlichen Ostpreußen 1,382 Millionen Menschen, was im Vergleich zur vorangegangenen Volkszählung

einen Rückgang von fast 70.000 Einwohnern innerhalb eines Jahrzehnts bedeutet. Bildlich gesprochen ist es so, als wäre Lyck – die drittgrößte Stadt Südostpreußens – von der Landkarte verschwunden. Es gibt nicht nur weniger Bewohner, sondern sie

werden auch älter, was mit der steigenden Lebenserwartung zu tun hat. Das wiederum hat Folgen auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene.

Ein Ausweg aus dieser Situation wäre die Erhöhung der Geburtenrate. Die

Fruchtbarkeitsziffer liegt in der Republik Polen bei 1,33 pro Frau. In Südostpreußen ist sie mit 1,24 noch niedriger. Einige Soziologen sahen in dem Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine eine Chance, dass sich der Bevölkerungsrückgang verlangsamt. Es stellt sich jedoch heraus, dass nur ein Teil der Kriegsflüchtlinge in der Republik Polen bleibt, denn viele von ihnen erklären, dass sie nach dem Ende des Kriegs in ihr Heimatland zurückkehren würden.

Angst vor Armut als Grund für Kinderlosigkeit

Die Untersuchungen zeigen, dass junge Polen auf die Frage, warum sie sich nicht für Kinder entscheiden, die mangelnde Sicherheit des Arbeitsplatzes, die hohen Wohnpreise und den Mangel an günstigen Mietwohnungen anführen. Sicherlich wird der Kinderwunsch auch nicht durch die nur niedrige staatliche Sozialhilfe für junge Mütter und Ehepaare gefördert.

Im südlichen Ostpreußen kommen noch weitere Probleme hinzu: Die Löhne gehören zu den niedrigsten staatsweit, und es gibt nur wenige Kitas und Kindergärten, die vom Staat oder den Kommunen mitfinanziert werden. In Allenstein gibt es lediglich vier öffentliche Kinderkrippen, die von der Stadt betrieben werden. Die übrigen sind private Einrichtungen. D.K.



Ein selten werdender Anblick: Spielende Kinder in Allenstein

Foto: D.K.



Wir gratulieren...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Otto, Hildegard, geb. Schwesig, aus Wehlau, am 16. März
Schultz, Elfriede, geb. Denda, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Saß, Margarete, geb. Klemusch, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schmitz, Frieda, geb. Schwarz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Günther, Lieselotte, geb. Turrowski, aus Lyck, am 11. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Erwin, Gerda, geb. Lenz, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Falk, Ruth, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Hoffmann, Hannelore, geb. Warnat, aus Lyck, am 14. März
Klause, Ega, geb. Freude, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 14. März
Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März
Schulz, Margarete, geb. Freiwald, aus Lyck, am 14. März
Sültemeyer, Else, geb. Roziowski, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jogarzewska, Gertrud, geb. Weihrauch, aus Martinsdorf, Kreis Sensburg, am 10. März
Ott, Trude, geb. Homp, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März

Wille, Ruth, geb. Bliwernitz, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunge, am 10. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. Wehowski, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März
Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Gillwald, Kurt, aus Reichau, Kreis Mohrunge, am 15. März

Hänsel, Lieselotte, geb. Szech, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Robitzki, Erna, geb. Lütje, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 16. März

Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beyer, Waltraut, geb. Lau, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März

Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März

Kohn, Waltraut, geb. Kehlert, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

Milewski, Anni, geb. Schalmann, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. März

Schmidtke, Waltraud, geb. Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

Steinke, Anneliese, geb. Kirschnick, aus Sorthenen, Kreis Fischhausen, am 14. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bauer, Gerti, geb. Lucka, aus Haasenbergr, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Föllscher, Gerda, geb. Dumschat, aus Ebenrode, am 12. März

Gruppe, Ursula, geb. Dotzek, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März

Loosen, Maria, geb. Meyer, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März

Mielenz, Irmgard, geb. Kudritzki, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März

Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März

Nagorny, Gerda, aus Gailau, Kreis Lyck, am 16. März

Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März

Steinmann, Johanna, geb. Osenberger, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März

Zywietz, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bendick, Reinhard, aus Wehlau, am 14. März

Berger, Else, geb. Grüner, aus Saarken, Kreis Lyck, am 13. März

Erbuth, Reinhold, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 15. März

Fallik, Lotte, geb. Lengemann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. März

Fröhlich, Ingrid, geb. Leinert, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 15. März

Köpke, Wolfgang, aus Mohrunge, am 12. März

Mandel, Hans-Jürgen, aus Treuburg, am 16. März

Ruske, Edith, geb. Maczeyzik, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 12. März

Schröder, Christel, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 13. März

Weier, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 16. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März

Hartmann, Herta, geb. Borutta, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 13. März

Lucka, Gerhard, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Mühlhoff-Gerecht, Helga, geb. Meyer, aus Sentken, Kreis Lyck, am 11. März

Newiger, Hans, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 16. März

Oberfrank, Elfriede, geb. Salewski, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. März

Osigus, Elisabeth, geb. Samorski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 16. März

Senge, Hedwig, geb. Rux, aus Neidenburg, am 16. März

Siepmann, Regina, geb. Tilitzki, aus Fischhausen, am 15. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brüll, Ursula, geb. Roeckner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 14. März

Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Henke, Erna, geb. Tschenscher, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 11. März

Hennies, Ursel, geb. Czymoch, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 15. März

Howe, Henriette, geb. Rimbach, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 12. März

Jelonnek, Gerhard, aus Königsberg, am 13. März

Orzessek, Willi, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10. März

Piwiek, Maria, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. März

Syska, Erwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Tiede, Helga, geb. Kröhnert, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 11. März

Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März

Zbikowski, Heinz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 13. März

Thom, Berta, geb. Guckes, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. März

Thommek, Käthe, geb. Knies, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brüll, Ursula, geb. Roeckner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 14. März

Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Henke, Erna, geb. Tschenscher, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 11. März

Hennies, Ursel, geb. Czymoch, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 15. März

Howe, Henriette, geb. Rimbach, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 12. März

Jelonnek, Gerhard, aus Königsberg, am 13. März

Orzessek, Willi, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. März

Perle, Fritz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 10. März

Piwiek, Maria, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. März

Syska, Erwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Tiede, Helga, geb. Kröhnert, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 11. März

Waldhof, Gerhard, aus Lyck, am 13. März

Zbikowski, Heinz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 13. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Franke, Annelore, geb. Haering, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Grau, Horst, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 15. März

Harnisch, Gerhard, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 12. März

Joswig, Kurt, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. März

Peper, Gertrud, geb. Cerwinski, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 10. März

Pfeil, Helmut, aus Kobbeldude, Kreis Fischhausen, am 12. März

Radzio, Lothar, aus Lyck, am 14. März

Rüschchen, Ilse van, geb. Kanekowski, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 10. März

Stegen, Erika, geb. Hinterthan, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fischer, Reinhart, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 11. März

Gallmeister, Heinz, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 15. März

Jung, Ingrid, geb. Ludwig, aus Ebenau, Kreis Mohrunge, am 11. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußisches Landesmuseum

Studienreise ins Ermland mit Dr. Jörn Barfod vom 19. bis 26. Juni

Wir laden Sie herzlich ein, mit dem Ostpreußischen Landesmuseum ins Ermland zu reisen. Das Ermland ist eine historische Landschaft im Westen Ostpreußens, die sich vom Frischen Haff nach Südosten bis zur Masurischen Seenplatte erstreckt. Geschichtlich stellt das Ermland eine besondere Einheit dar: Aus dem selbstständigen Bistum innerhalb des Deutschordensstaates wurde es 1466 Teil vom Preußen königlichen Anteils unter polnischer Oberhoheit. Nachdem Masuren 1525 protestantisch wurde, blieb das Ermland katholisch. Bei der ersten Teilung Polens 1772 fiel es an Preußen und nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 an Polen. Ermland ist nicht nur landschaftlich besonders reiz-

voll, sondern bietet auch eine Reihe von kulturgeschichtlich interessanten Orten mit mittelalterlichen Burgen und prächtigen Kirchen, wie Frauenburg, Heilsberg, Allenstein, Guttstadt. Die Geistlichkeit präsentiert auch die berühmtesten Namen, die mit der Region verbunden sind: Nikolaus Kopernikus, Maximilian Kaller und Stefan Wyszyński. Eingeraht wird die Ermland-Fahrt von Besuchen in Marienburg und Danzig.

Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Kulturgeschichtlich hochinteressant: Der Dom zu Frauenburg ist ein Programmpunkt von vielen auf der Studienreise mit Jörn Barfod
Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Zusendungen für die Ausgabe 12/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 12/2023 (Erstverkaufstag 24. März) bis spätestens **Dienstag, den 14. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagsung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt
15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
26. bis 28. Mai: **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagsung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmer-

kreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich,
 Feuerbacher Weg 108, 70192
 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93,
 uta.luettich@web.de **Geschäfts-**
stelle: Haus der Heimat, Schloß-
 straße 92, 70176 Stuttgart,
 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Ostdeutscher Ostermarkt

Stuttgart – Sonnabend, 18. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schlossstraße 92: 14. Ostdeutscher Ostermarkt. In einer gemeinsamen Aktion von dem Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften und fast aller Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler werden den Tag über an verschiedenen Ständen im Haus der Heimat in Stuttgart kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, ostpreußischer Bärenfang, schlesischer Mohn- und Streuselkuchen, Ostpreußischer Raderkuchen und vieles mehr angeboten. Darüber hinaus bieten die Aussteller verschiedene Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst an, wie Ostereierbemalen der Siebenbürger Sachsen. Die Landesgruppe Ostpreußen ist wieder mit einem großen Stand ostpreußischer Handarbeiten vertreten.

Im vierten Stock des Hauses der Heimat lädt die Bibliothek zur aktuellen Ausstellung „Ryszard Kaja: Polska 33 Prozent, Polnische Plakatkunst“. Öffnungszeiten der Ausstellung von 10.30 bis 15.30 Uhr.

Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zur Unterhaltung. Weitere Informationen erteilt: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V. Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Ansprechpartner ist Hartmut

Liebscher, Telefon: (0711) 625138, E-Mail: hartmut@djobw.de



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
 28209 Bremen, E-Mail:
 heinrichlohmann@gmx.de,
 Telefon (0421) 3469718

Frauengruppe

Bremen – Infolge der Corona-Pandemie hat das traditionsreiche Hotel zur Post leider das beliebte Café Hauptmeier schließen müssen. Es wurde danach nicht wiedereröffnet. Somit ist dort auch kein Treffen unserer Frauengruppe mehr möglich.

Die Leiterinnen unserer Frauengruppe, Frau Richter und Frau Schramm, haben sich in Absprache mit den Damen der Gruppe dafür entschieden, weiterhin monatliche Treffen anzubieten. Diese finden nun an jedem zweiten Mittwoch eines Monats als gemeinsames Mittagessen im Hotel Robben Grollander Krug statt. Interessentinnen, die daran neu teilnehmen möchten, melden sich bitte telefonisch bei Frau Richter unter Telefon (0421) 405515.

Heinrich Lohmann



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28,
 61381 Friedrichsdorf, Telefon
 (0170) 3086700

Dia-Vortrag

Wetzlar – Dienstag, 21. März, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodendorf, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Wanderung entlang der Kuri-

schen Nehrung“, Dia-Vortrag von Wolfgang Post, Herborn. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558. Kuno Kutz

Dokumentarfilm

Wiesbaden – Sonnabend, 18. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Der Segen vom Altenberg. Sie sehen einen 53-minütigen Dokumentarfilm über den Weg der Königsberger Diakonissen von Ostpreußen nach Wetzlar. Der Film erzählt vom Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit, gegründet 1850, und den Diakonissen, die nach Vertreibung und Flucht 1954 im Kloster Altenberg eine neue Heimat fanden. Vor dem Film gibt es Kaffee und Kuchen.

Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 23. März, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 17. März bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808. Sie erreichen die Gaststätte mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Fortsetzung auf Seite 16



Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

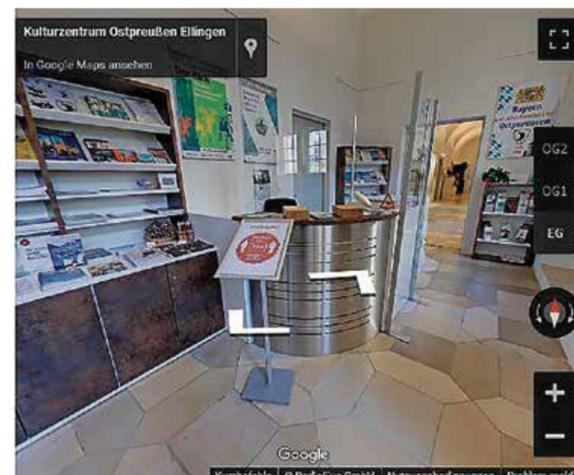
35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Kulturzentrum Ostpreußen – Virtueller Rundgang

Die Internetseite des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen bietet einen virtuellen Rundgang

durch die Ausstellungen an. Im ersten Obergeschoss wird der Besucher von einem Elch be-

grüßt. Hier ist unter anderem die Jagdausstellung zu sehen. Im zweiten Obergeschoss sind ostpreußische Handarbeiten ausgestellt. Auch ein Blick auf das Gold der Ostsee, Bernstein in seinen schönsten Farben und Formen, wird ermöglicht. Die Ladezeiten sind recht kurz. Der Zugang erfolgt direkt über die Begrüßungsseite www.kulturzentrum-ostpreussen.de, er benötigt die Zustimmung, den Google-Maps-Service zu laden.



Virtuell durch das Kulturzentrum Ostpreußen: Der Eingangsbereich im Erdgeschoss

Gar keine Ladezeiten gibt es direkt im Deutschordeenschloss Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr (Oktober-März), 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr (April-September).

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

GEMEINSCHAFT JUNGES OSTPREUSSEN

Volkstanz, Gesang und Kriegsgräberarbeit

Ein Bericht zum Treffen der ehemaligen Mitglieder im Harz

Am 25. und 26. Februar trafen sich in Osterode/Harz, ehemalige Mitglieder der Gemeinschaft Junges Ostpreußen (GJO).

Diese Gemeinschaft entstand im Jahr 1961 unter Leitung von Irmgard Börnecke (Irmchen), die aus Königsberg stammte und ihrer Heimat sehr verbunden war.

Mit dieser Gemeinschaft von Jugendlichen, die nach und nach eine beachtliche Größe erreichte, hat sie Kontakte zu Jugendgruppen in Frankreich, Belgien und Dänemark, der Republik Polen und nach der politischen Wende

Dank ihres Mannes Kurt Börnecke, der immer an ihrer Seite war, konnte sie diese immense Aufgabe bewältigen.

Mit Volkstanz, Gesang und Kriegsgräberarbeit war ihre Jugendarbeit stets grenzüberschreitend und völkerverbindend ausgerichtet.

Die Töchter begleiteten Irmchen Börnecke

Ihre Töchter Trauti, Conny Petra und Marina waren oft an ihrer Seite und begleiteten sie zu Tanztreffen (Kaiserfest in Belgien) Ferienfreizeiten in Belgien, Frankreich, Dänemark, Südtirol, Finnland und noch vielen anderen Orten als Mitglieder und Betreuer.

Mehr zu Irmgard Börnecke unter „www.Wissen48.net“

Nach mehr als 50 Jahren war es spannend, sich wiederzusehen. Aus Belgien waren auch zwei Söhne von Roger de Knijf (Papa de Knijf) mit ihren Ehefrauen gekommen. Papa de Knijf und Onkel Arthur waren die Ansprechpartner in Belgien und bei vielen Freizeiten dabei. Mit ihnen verbindet die ehemalige Jugendgruppe noch heute eine große Freundschaft. Natürlich kamen sie auch zum Ehemaligen-Treffen nach Osterode/Harz

Mit weit über 20 Teilnehmern an diesem Treffen, wurde viel



Neben Informationsaustausch gab es auch viel zu sehen: Die Gruppe in Osterode/Harz

über alte Zeiten und Erlebtes geplaudert. Auch alte Volkstänze wurden zusammen getanzt. Ein besonderer Höhepunkt war eine Diaschau, die Erinnerungen von unseren damaligen Aktivitäten aufleben ließ. Ein weiteres Wiedersehen ist bereits geplant.

Petra Behnke OHA

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Fortsetzung von Seite 15

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhneke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Frühlingsfest

Wesel – Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Gemeindesaal, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 80, 46485 Wesel: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis Sonnabend, 15. April anmelden bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Heimatchmittag

Dresden – Mittwoch, 15. März, 14 bis 17 Uhr, Begegnungsstätte, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Treffen.

Advertisement for Nora Kawlath, including a quote by Hermann Hesse, her name, birth/death dates, and funeral information.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Lichtbildervortrag

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: monatliches Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und Danzig mit Kapitän Tilman Hebekus aus Burg. Hebekus hält einen Lichtbildervortrag über seine „Abenteuer unter grünen Segeln“ mit der Dreimastbark „Alexander von Humboldt“. Gäste sind herzlich willkommen!

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. GSt.: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Fotovortrag

Stade – Sonntag, 12. März, 15 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap, Harsefelder Str. 44a, 21680 Stade: Sonntagstreff mit Fotovortrag „Reise durch Schlesien“. Anmeldung unter museum@goldap.de oder Telefon (04142) 3552.



Erstmals nach vielen Jahren wieder der zusammengekommen: Mitglieder der GJO Fotos: privat

auch in Mitteldeutschland aufgenommen. Der europäische Gedanke stand bei Irmchen immer an erster Stelle

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku', 'Diagonalrätsel', 'Kreiskette', and 'So ist's richtig'.

Sudoku

A 6x6 Japanese-style Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

A 6x6 grid for a diagonal crossword puzzle with arrows indicating the direction of the words.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Nahrungsmittel.

- 1 Oberarmmuskulatur
2 Musiker einer Stilrichtung
3 zu sprießen beginnen
4 norwegischer Dichter (Knut)
5 mehrmals, wiederholt
6 Bürogerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Begleiter von Touristengruppen.

- 1 Zauberer, 2 von gewaltiger Größe, 3 Eskorte, 4 Schmelzgefäß, 5 Schmetterling

A circular diagram with five numbered fields (1-5) and arrows indicating the path of the words.

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf

Volker Bouffier ist viel zu verdanken

Abschiedstreffen mit dem Ministerpräsidenten a.D. und Vertretern der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler

Wiesbaden – Auf Initiative der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, konnte auf vielfach geäußerte Bitte ein Abschiedstreffen mit Hessens ehemaligem Ministerpräsidenten Volker Bouffier und Vertretern der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände stattfinden.

Der Wunsch nach einem solchen Treffen war in den letzten Monaten des Öfteren aus dem Kreise der Vertriebenenverbände an Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler herangetragen worden. Denn das letzte Treffen mit Volker Bouffier fand mit ausgewähltem Adressatenkreis beim Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und zentralem Tag der Heimat des BdV in Schloss Biebrich im September 2021 statt.

Wunsch nach Treffen kam aus den Kreisen der Vertriebenenverbände

An diesem Tag hatte Volker Bouffier letztmalig die Festrede gehalten. Wegen der zu diesem Zeitpunkt strengen Corona-Auflagen konnten nur wenige Vertreterinnen und Vertreter der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler am Gedenktag teilnehmen. Das traditionelle Jahresgespräch des Ministerpräsidenten mit den Verbänden der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler musste in den letzten Jahren auf Grund der Pandemie ebenfalls entfallen.

„Es freut mich sehr, dass es gelungen ist, ein persönliches Abschiedstreffen mit unserem ehemaligen Ministerpräsidenten Volker Bouffier in der stimmungsvollen Atmosphäre des Theaters im Pariser Hof hier in Wiesbaden zu organisieren. Die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hessen haben Volker Bouffier viel zu verdanken, daher konnte ich den Wunsch nach einem solchen Abschiedstreffen sehr gut nachvollziehen und habe gerne, gemeinsam mit meiner Stabsstelle, die Vorbereitung des Treffens übernommen“, erklärte Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf.

Zu dem Treffen waren zahlreiche geladene Vertreter der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände gerne gekommen, dazu gehörten Mitglieder des Landesvorstandes des Bundes der Vertriebenen (BdV), Vertreter der BdV-Kreisverbände, Vorsitzende der verschiedenen Landsmannschaften sowie die Projektleiterinnen der Begegnungs- und Beratungsstellen für Spätaussiedler.

Hessen hat Spätaussiedler und Vertriebene unterstützt

„Die Hessische Landesregierung hat die Gedenk- und Kulturarbeit der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler immer gerne und gut gefördert und unterstützt und tut dies auch weiterhin. Denn wir alle wissen, was das Land Hessen gerade den Heimatvertriebenen zu verdanken hat. Ich schätze sehr, dass der Bund der Vertriebenen, aber auch die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände ganz allgemein den Mut finden, neue Wege zu beschreiten, um an das Schicksal von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern zu erinnern. Seien es Digitalportale, Videos und Podcasts oder auch digital erfasste Heimattuben, die man sich im Internet anschauen kann – all dies mag dazu beitragen, auch jüngere Generationen auf diesen Teil der deutschen Geschichte aufmerksam zu machen“, betonte Bouffier. Weiterhin machte er deutlich, dass auch über 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung das Thema eine große gesellschaftliche Bedeutung habe und gerade im Hinblick auf den nun schon seit über einem Jahr andauernden Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine leider aktueller sei denn je.

Die Vertreter der Landsmannschaften und Verbände nutzten die Gelegenheit des Treffens, um sich mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten und der Landesbeauftragten über aktuelle politische Themen auszutauschen, vor allem aber, um sich bei Volker Bouffier persönlich für seinen jahrelangen Einsatz für ihre Interessen herzlich zu bedanken.

HMDIS, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Wolfgang Thüne feierte 80. Geburtstag im Kreise seiner Familie und Freunde



In heimatlicher Verbundenheit: Der Jubilar Wolfgang Thüne mit LO-Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld, der die Grüße der Ostpreußen überbrachte

Fotos (3): Pia Böld

Im Rahmen eines feierlichen Empfangs beging der langjährige frühere Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz und langjähriges Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) gemeinsam mit

seiner Ehefrau und seiner Familie in Oppenheim seinen 80. Geburtstag. Sein Nachfolger als BdV-Landesvorsitzender, Tobias Meyer, überbrachte die Glückwünsche des Verbandes und dankte Thüne für sein jahrzehntelanges Wirken. „Dr. Wolfgang Thüne ist

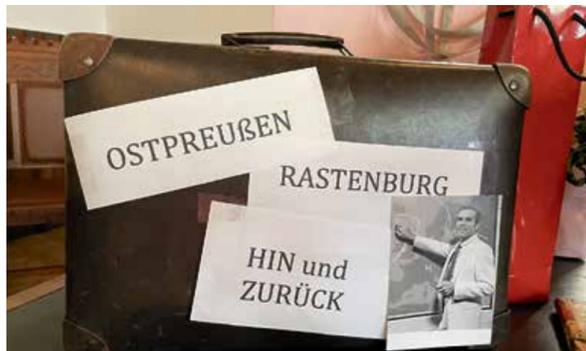
mir in den zahlreichen Jahren der intensiven Zusammenarbeit ein guter Freund und wichtiger Berater geworden. Ich bin dankbar, dass wir ihn in unseren Reihen haben dürfen“, so Meyer.

Zur Feier waren neben Familie, Freunden und Nachbarn der

Bundstagsabgeordnete Jan Metzler, Vertreter des Deutschen Ordens, seiner CV-Verbindung, diverse Karnevalsvereinsvertreter sowie ehemalige Arbeitskollegen des Ministeriums in Mainz und des Umweltamtes mit damaligem Sitz im Alten Amtsgericht in Oppenheim, in dem Thüne damals arbeitete. Dort wurde auch im alten Sitzungssaal des Amtsgerichts (erbaut 1903) gefeiert.

Geboren wurde Thüne im März 1943 in Rastenburg. Nach Flucht und Vertreibung ließ er sich in Oppenheim nieder. Vielen ist er in seiner Rolle als Wettermoderator beim ZDF bekannt, bei dem er von 1971 bis 1986 wirkte. Nach einer Tätigkeit als Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien kehrte Thüne 1990 zurück und übernahm eine Referatsleitung im rheinland-pfälzischen Umweltministerium.

Über sein vielseitiges berufliches Engagement gilt Thünes ehrenamtliches Engagement seit jeher der LO sowie dem Bund der Vertriebenen.



Wolfgang Thüne hat Ostpreußen stets im Herzen getragen (l.). Ein Bänkelsänger trug das Leben des Jubilars in Versen vor (r.)



Ostpreußisches Landesmuseum

Neue Kabinettausstellung: Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang. Der Fotograf Fritz Krauskopf (1882–1945) wird bis zum 21. Mai im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gezeigt.

Das Bild Königsbergs vor und während seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wurde zum großen Teil durch einen seiner

bekanntesten Fotografen geprägt – Fritz Krauskopf (1882–1945). Seine meisterlichen Fotografien zeigen die Stadt in ihrer letzten Blüte und nach dem zweiten verheerenden Bombenangriff in der Nacht vom 29. auf den 30. August 1944. Buchstäblich bis zum Schluss war Krauskopf mit seiner Kamera in Königsberg unterwegs. Ein Teil der einzigartigen, geretteten Bilder wird in der

Ausstellung „Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang“ im Ostpreußischen Landesmuseum präsentiert.

Das abwechslungsreiche Begleitprogramm zur Ausstellung umfasst unter anderem einen kostenlosen Online-Vortrag von Dr. Anton Holzer über Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg am 4. Mai.

Eine Anmeldung für die Veranstaltungen unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich. Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Internetseite des Museums entnommen werden: www.ol-ig.de.

Ostpreußisches Landesmuseum
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg



Zerstört: Eine Fotografie von Fritz Krauskopf aus dem Jahr 1944

Foto: Ostpreußisches Landesmuseum



Wiesbaden: Gruppenfoto beim Abschlusstreffen

Foto: LBHS

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Oberschlesische Porzellantradition lebt fort

In Tillowitz können wartende Bahnreisende seit Februar zerbrechliche Schönheiten bestaunen

VON CHRIS W. WAGNER

Es ist ein besonderer Moment, plötzlich sein „olles“ Geschirr, das sonst nur noch fürs Grillen benutzt wird, in einer Ausstellung zu entdecken. So erging es mir im ober-schlesischen Tillowitz [Tułowice], in dem vor Kurzem ein Keramikmuseum eröffnet wurde.

Im frisch sanierten Bahnhofsgebäude werden dort Erzeugnisse der nicht mehr existenten Porzellan- und in der Nachkriegszeit Porzellit-Fabrik präsentiert. Porzellit wird zwar als Edelkeramik mit Eigenschaften zwischen Porzellan und Fayence eingestuft, es wird jedoch aus minderwertigerem Kaolin gewonnen. Unter den Nachkriegserzeugnissen der Tillowitzer Keramikfabrik findet sich eben jenes braune Ess-Service, das meine Eltern Anfang der 1970er Jahre mühsam unter dem Ladentisch und nur aus zweiter und dritter Wahl erstehen konnten. „Das Tafelgeschirr, Bierkrüge, Vasen oder Figuren aus den Jahren 1947 bis 2001 bilden unsere keramische Identität“, sagte Marek Jary vom Tillowitzer Kulturzentrum bei der Museumseröffnung.

Doch auch die deutsche Geschichte des Tillowitzer Porzellans wird im neuen Museum präsentiert. „Wir zeigen auch das berühmte schwarze Porzellan. Die Perle unserer Präsentation ist eine Tasse mit Goldrand, die beim Bau der neuen Feuerwache ausgegraben wurde“, sagt Jary. Besonders stolz ist er auf die Leihgaben des Oppelner Museums, die Erzeugnisse der Gräfflich Falkenbergischen Porzellanmanufaktur aus den Jahren 1846 bis 1860 und die filigranen Tassen der Porzellanfabrik Schlegelmilch.

Helena Wojtasik ist Leiterin des Tillowitzer Kulturzentrums. Sie hebt besonders hervor, dass die Kontinuität der Porzellan- und Keramiktradition im Mu-



Tillowitz heute: Ein Blick in die Ausstellung des neu eröffneten Porzellanmuseums

Foto: Wagner

seum präsentiert werden kann. Zu ihren Lieblingsobjekten gehören Dekore der Schlegelmilchschen Porzellanfabrik, die noch in der Tillowitzer Modellwerkstatt gefunden wurden, in der sie entworfen wurden.

1813 sei die Fayencemanufaktur Tillowitz durch Graf Johann Carl von Praschma gegründet worden, führt Gerhard Schmidt-Stein in „Schlesisches Porzellan vor 1945“. Von Praschma übergab sein Werk an Johannes Degotschon (1773–1840). Nach dessen Tod verkaufte seine Frau die Fabrik 1842 an Ernst von Frankenberg-Ludwigsdorf. Dieser baute sie aus und ließ das sogenannte schwarze Porzellan herstellen. Da der Erfinder des schwarzen Porzellans, ein gewisser Seliger, die Technologie mit ins Grab nahm, wurde nach seinem Tode die Produktion der Tillowitzer Rarität eingestellt.



Tillowitz damals: Ehemalige Produktionsgebäude für Porzellan

Foto: Ralf Lotys

Der Bahnschluss im 19. Jahrhundert und der Bau des Tillowitzer Haltepunkts verhalfen zu einer besseren Materialanlieferung und dem Vertrieb der Erzeugnisse. Am 1. Mai 1889 pachtete der Thüringer Erhard Schlegelmilch aus Suhl die Tillowitzer Porzellanfabrik und machte aus der Tillowitzer Tochterfabrik ein modernes Unternehmen. 1910 hatte die Firma 600 Mitarbeiter.

Neben der 210-jährigen Porzellantradition, die unbedingt kennenzulernen sei,

210

Jahre Porzellantradition sind heute im Gebäude des Bahnhofs aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu bewundern.

biete auch das Gebäude in der ulica Porcelanowa 4 eine interessante Geschichte, verspricht Jary. „Der Bahnhof entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der Strecke Oppeln [Opole] – Neiße [Nysa]. Für den Bau einer Haltestelle in Tillowitz setzte sich Graf Fred Frankenberg ein, der Besitzer von Tillowitz“, sagt er.

2014 kaufte die Gemeinde Tillowitz das Bahnhofsgebäude von den Polnischen Staatsbahnen (PKP). Bereits damals habe man dort ein Porzellanmuseum einrichten wollen, berichtet Wojtasik. Aber erst sieben Jahre später akquirierte die Gemeinde EU-Gelder für die Sanierung. Das Bahnhofsgebäude behielt mit dem renovierten Wartesaal seine Ursprungsfunktion. Doch Reisende, die auf ihren Anschluss warten, können sich die Zeit mit einem Museumsbesuch verkürzen. Dies jedoch nur von Donnerstag bis Sonntag von 9 bis 17 Uhr.

VERGESSENER SCHRIFTSTELLER

Literarisch wertvolles Erbe aus der DDR-Zeit

Werner Steinberg zeichnet in seinem „Deutschland-Zyklus“ ein Bild der frühen deutschen Zweistaatlichkeit

Werner Steinberg stammte aus Niederschlesien, überlebte er als NS-Gegner die NS-Zeit und wechselte als linker Schriftsteller nach Anpassungsproblemen in der jungen Bundesrepublik in die DDR, in der er seine Hauptwirkungsstätte in Dessau hatte. Er eröffnete mit dem erschütternden Roman „Als die Uhren stehenblieben“, der die Endphase der „Festung Breslau“ im Zweiten Weltkrieg erzählt, seinen glanzvollen „Deutschland-Zyklus“, der ein autobiographisch geprägtes Bild von der deutschen Entwicklung in der Zeit der frühen Zweistaatlichkeit zeichnet, eine große Verbreitung fand und ungeachtet mancher Einwände zum literarisch wertvollen Erbe aus der DDR-Zeit gehört. Doch nach der friedlichen Revolution geriet Steinberg als DDR-Schriftsteller ins gesellschaftliche Abseits. Er starb darüber unter gesundheitlichen sowie finanziellen Problemen und ist zum 110. Geburtstag nur noch wenigen Literaturfreunden ein Begriff.

Steinberg wurde am 18. April 1913 im niederschlesischen Neurode [Nowa Ruda] geboren. Sein Vater war Spediteur, verarmte während der Nachkriegsinflation und zog mit seiner Familie nach Verden an der Aller um. Nach dem frühen Tod des Vaters und der Rückkehr nach

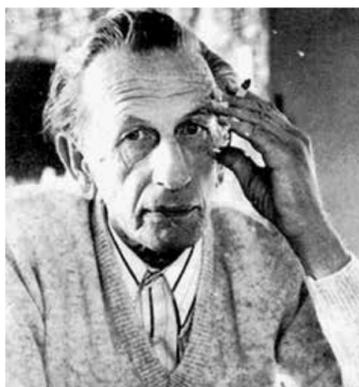
Schlesien ermöglichte die Mutter dem Jungen den Besuch der Aufbauschule in Breslau.

Mitglied der KPD

Die gesellschaftlichen Spannungen und die wachsende Gefahr durch den Nationalsozialismus bewogen Steinberg zum Eintritt in den Sozialistischen Schülerbund. 1932 wurde er dann Mitglied der KPD. Er studierte nach dem Abitur zunächst Pädagogik an der Hochschule in Elbing. Nachdem angesichts der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 der Versuch einer Emigration in die Sowjetunion gescheitert war, beteiligte er sich am illegalen NS-feindlichen Widerstand. Das trug ihm nach der Verhaftung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ drei Jahre Jugendgefängnis in Breslau ein.

Die Zeit nach der Haftentlassung wurde eine Gratwanderung. Er fand eine Anstellung als Kontorist bei der „Schlesischen Zeitung“, arbeitete dann als Lektor in einer Druckerei und wurde zu seinem Glück von der Wehrmacht ausgemustert. In den letzten Kriegswochen gelang ihm vor der Deklaration Breslaus zur Festung mit seiner Familie die Flucht aus Breslau bis Reutlingen.

Steinberg überlebte den Zusammenbruch des Nationalsozialismus und widmete sich einem Neuanfang. Er trat der KPD in Südwestdeutschland bei, arbeitete als Journalist für verschiedene Medien und verfasste im wachsenden Maße Prosatexte, die er in Zeitschriften veröffentlichte. Der literarische Durchbruch gelang ihm mit dem Roman „Der Tag ist in die Nacht verliebt“. Es handelte sich um eine in beiden deutschen Staaten verbreitete Romanbiografie über Heinrich



In der DDR einst bekannt: Der Niederschlesier Werner Steinberg Foto: frei

Heine. Doch die gesellschaftskritische Grundhaltung Steinbergs, der seit 1950 eng mit Arno Schmidt befreundet war, und sein Bestreben nach literarischer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit stieß nicht überall auf Gegenliebe. Der linke Autor bekam Veröffentlichungsprobleme, erlitt einen Nervenzusammenbruch und traf nach dem KPD-Verbot im August 1956 einen folgenschweren Entschluss.

Probleme als DDR-Schriftsteller

Steinberg übersiedelte im Dezember 1956 zunächst nach Leipzig und dann nach Dessau. Dort brachte er in schneller Folge seinen „Deutschland-Zyklus“ heraus. Dazu gehören neben „Als die Uhren stehenblieben“ „Einzug der Gladiatoren“, „Wasser aus trockenem Brunnen“ und „Ohne Pauken und Trompeten“. Seine Erzählkunst, die klare Charakterisierung der Figuren ohne jegliche Heroisierung und die Verwendung von Dokumentationsmaterial gefielen. Er wurde schnell ein bekannter DDR-Schriftsteller, erhielt Literaturpreise wie den „Händel-Preis“ oder den „Kunstpreis“ des FDGB, gehörte dem Deutschen Friedensrat an und unternahm zahlreiche Auslandsreisen. Steinberg heiratete 1967

in vierter Ehe Barbara Poppe. Er verfasste auch utopische und Kriminalromane. In Dessau leitete er den „Zirkel schreibender Arbeiter“, wobei er junge Schriftsteller wie Manfred Jendryschek und Claus Nowak prägte.

Steinbergs scheinbare Einbindung in den Staat und dessen Literaturbetrieb bekam in den 1970er Jahren zunehmend Risse. Auch spürte er die wachsenden Widersprüche in seiner Umgebung. Seine diesbezüglichen Wortmeldungen stießen beim Schriftstellerverband und bei den SED-Oberen auf Unverständnis. Sein gesellschaftskritischer und teilweise auch autobiographischer Roman „Die Mördergrube“ erschien nach staatlich verordneten Kürzungen nur als „Bruchstück“.

Der Schriftsteller zog sich deshalb zunehmend zurück. Nach der friedlichen Revolution geriet er vollends auf das Abstellgleis. Der vormalige DDR-Autor war nicht gefragt. Das bescherte ihm wachsende Schwierigkeiten, die in einen Schlaganfall mündeten. Davon erholte er sich nicht wieder.

Werner Steinberg starb am 25. April 1992 im Dessauer Abseits, sieben Tage nach seinem 79. Geburtstag.

Martin Stolzenau

HEIMAT

Ausflug durch die Buchheide

Die Ortschaften der Buchheide im Umland von Stettin wie sie einmal waren und ihre Geschichte

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Eine weitere Station unserer Reise durch die Buchheide ist Podejuch, gelegen zwischen dem Höhenrücken der Buchheide und dem Ostufer der Reglitz. Der Ortsname ist nicht nur merkwürdig, sondern verwundert auch viele, die ihn zum ersten Mal hören. Spätesherber nennt man ihn auch Juch de Po und erzählt, dass es dort einen Mönch gegeben hätte, der so schön juchen = lachen konnte.

Der Ortsname soll aber aus dem Slawischen stammen und auf seine Lage am Wasser hindeuten. Erst 1328 taucht der Ort in einer Urkunde auf. In ihr wird erwähnt, dass der pommerische Herzog Otto I. (1279–1344) das Dorf Podejuch und seine Umgebung der Stadt Stettin schenkte. Es unterstand somit der Gerichtsbarkeit der Stadt. Im Jahr 1847 wurde die Bindung gelöst und die Besitzansprüche mit den Gerechtsamen gingen auf den preußischen Staat über. Die erste Kirche ist in Podejuch im späten Mittelalter erbaut worden. Sie war, wie alle in pommerischen Walddörfern stehenden Gotteshäuser, aus Feldsteinen errichtet worden.

Die in dieser Gegend vorkommenden Kreide-, Ton und Quarzvorkommen ließen Industriebetriebe ansiedeln. Der Ausbau der Podejucher Chamotte-Fabrik und die Gründung der Finkenwalder Zementfabrik zogen immer mehr Industriearbeiter an, sodass aus einem kleinen Dorf mit landwirtschaftlich geprägter Bevölkerung allmählich eine Industriearbeiter-Ortschaft wurde.

Bedeutung hatte auch der Bau der Pionierkasernen. Die von Stettin nach Küstrin verlaufende Eisenbahnstrecke, die 1876 gebaut wurde und Dampferfahrten auf der Ostoder und der Reglitz nach Stettin, ließen Podejuch nahe an die pommerische Hauptstadt rücken. Wohlhabende Stettiner entdeckten die reizvolle Lage des Ortes für sich und es entstanden Villenviertel.

Zur Zeit Friedrichs II. wurden die Oderbrüche urbar gemacht und kolonisiert. Es entstand der östlich gelegene Ort

Friedensburg bei Podejuch und südlich gelegen auf Podejucher Gemarkung die Kolonie Kyowstal, das spätere Finkenwalde. Die Gründung von Finkenwalde fällt also in die Epoche der Urbarmachung und Besiedlung des Oder-Warthe-Netzes Bruches. Friedrich II. hatte damit im Frieden eine ganze Provinz erobert.

Das Gemeindegebiet setzte sich ursprünglich aus zwei Ortsteilen zusammen, aus dem an Podejuch grenzenden Finkenwalde und aus dem an Altdamm grenzenden Kyowstal. Der Ortsteil Finkenwalde wurde 1750 als sogenannter Oderbruch Entreprise von dem Dorf Podejuch, das bis 1525 zu den Klostergrütern des Stettiner Johanniterordens gehörte, abgetrennt.

Kyowstal gehörte dagegen ursprünglich zu Altdamm. Es war ein Vorwerk des Gutes Damm, das Bogislaw I. um 1176 dem Kloster Kolbatz schenkte. Bis zum Jahr 1850 war Finkenwalde Erbzinnsgut des Johanniter Klosters in Stettin. Danach wurden Finkenwalde und Kyowstal zu einer Gemeinde.

Im Jahr 1852 wurde das Gut Kyowstal parzelliert. Um die Jahrhundertwende war vom Restgut Finkenwalde nur noch das Herrenhaus mit darum liegenden kleinen Ländereien übriggeblieben, die zum Gartenland wurden. In der nationalsozialistischen Zeit wurde das Gutshaus von der Bekennenden Kirche als Prediger Seminar genutzt.

Malerische Kreideseen

Auf der Straße von Finkenwalde nach Podejuch liegt die verlassene Katharinenhofer Kreidegrube mit dem smaragdgrünen Herthasee. Der Villenvorort Finkenwalde war bis Anfang des Zweiten Weltkrieges mit der Straßenbahnlinie 1 bis zum Flughafen und anschließend mit dem Omnibus, der weiter bis Hökendorf fuhr, zu erreichen.

Finkenwalde hatte einen Bahnhof. Hier hielten Züge, die weiter auf der Strecke Stettin-Stargard oder Stettin-Gollnow fuhr. In Finkenwalde endete die Kleinbahn, die über Hökendorf, Hohenkrug, Kolbatz bis nach Neumark führte.



Ein Naturdenkmal: Eine der alten Eichen in Hökendorf [Klęskowo]

Foto: Engel

Hökendorf, das die Nachbardörfer oft Zickentrol nannten, ist eine deutsche Ansiedlung. Im Jahr 1274 verkaufte der Ritter Jacob von Staffelde das Dorf an das Kloster Kolbatz, und zwar unter der Angabe von Grenzen, wie sie der Ritter Rudolf von Zedelin dereinst selbst den ersten Bewohnern angewiesen hatte. Das Landgut der Familie Dohrn war ursprünglich Eigentum der Hökendorfer Kirche.

Besonders erwähnenswert sind die gärtnerischen Gutsanlagen mit einer aus-

gezeichneten Obstkultur. Zum Dohrnischen Gut gehörte ein ausgedehnter Park in Richtung Finkenwalde, der von Lenné mitgestaltet worden war. Hökendorf wurde besonders durch den Zoologen Anton Dohrn bekannt, Gründer und Leiter der Zoologischen Station in Neapel, die auch heute nicht an Bedeutung verloren hat (siehe *Pommerische Zeitung* Nr. 39 vom 30. September 2022).

Das Waldgut der Familie Zitelmann liegt mit seinen sechs Meter dicken Ei-

chen am Südrand des Dorfes. Von dort führt ein Weg zur Försterei Hökendorf. Sie ist das Ziel vieler Wanderer, denn von dort genießt man einen weiten Blick ins Odertal.

Die Kirche ist ein Findlingsbau des späteren Mittelalters. Sie ist stark verbaut, sodass zeitlich bestimmbare Bauformen an Fenstern und am Portal nicht mehr vorhanden sind. Im Westen steht ein Holzturm. In der Wetterfahne steht das Jahr 1697. Durch den Ort fließt die Beek, der Hökendorfer Bach.

Zahlreiche Naturdenkmale

Die Hökendorfer Volksschule wurde nach Hindenburg benannt und stammt aus den 1920er Jahren. Auf den Schulausflügen lernten die Schulkinder die Naturdenkmale wie die Eiche am Hundepfahl oder die Prinzen-eiche, nicht weit vom Herthasee entfernt, kennen. Beim Weg zum Blocksberg wurde der Große Stein bewundert. Seine Länge beträgt 4,45 Meter, die kleinste Breite weist 3,25 Meter auf. Bekannt ist ihnen auch der Pionier- und der Wiegenstein.

Viele ihrer Ausflüge enden dann in der beliebten Gaststätte Pulvermühle. Im Jahr 1274 wird diese Mühle in der Gründungsurkunde von Hökendorf als Wassermühle erwähnt. Die Pulvermühle war zuerst eine Kornmühle. Sie wurde dann später bis zum Jahr 1600 eine Kupfermühle. Im Jahr 1659 brannte sie ab. Im Jahr 1818 wurde aus ihr eine Pappmühle. Sie stellte für die Portland-Zementfabrik das zum Auskleiden der Fässer erforderliche grobe Papier her. Erst seit 1878 wurde aus dieser Mühle ein Lieblingsziel der Stettiner.

● **Info** Im heutigen Hökendorf sind die Naturschönheiten geblieben. Ansonsten wurde der Ort während der Kämpfe um Stettin im März 1945 schwer zerstört. Überspannt wird er von der Brücke der Autobahn A6, die eine Höhe von 22 und eine Länge von 242 Metern hat. Die Buchheide ist auch heute ein Ausflugsziel für die Stettiner. Der Waldpark Hökendorf [Szczecin, Park Leśny Klęskowo] bietet zahlreiche Freizeitmöglichkeiten.

ZUM 400. TODESTAG

Valentin von Winther am Hof Herzog Philipp II. von Pommern

Die „Pomeranographia Annales Pomeranici“ konnte der Chronist und Hofrat nicht vollenden

Georg Valentin von Winther gehört zu den zahlreichen herzoglichen Räten und Gelehrten Pommerns, die über die Jahrhunderte ungeachtet mancher Verdienste in Vergessenheit gerieten. Er ist als herzoglicher Rat unter Herzog Philipp II. von Pommern, dessen diplomatischer Unterhändler in wichtigen Fragen und als ein wichtiger Chronist des Herzogtums überliefert, der eine unvollständige „Chronik Pommerns“ hinterließ und in den Adelsstand erhoben wurde.

Von Winther wurde am 5. November 1578 in Treptow an der Rega geboren. Der Ort liegt 30 Kilometer südwestlich von Kolberg am Fluss Rega in Hinterpommern, entwickelte sich mit deutschen Einwanderern und erhielt 1277 von den Herzögen von Pommern das lübische Stadtrecht. Der spätere Jurist und Chronist war der Sohn von Georg Winther, des Bürgermeisters von Treptow, der ihm eine weiterführende Bildungsaneignung ermöglichte und zunächst die Greifswalder Stadtschule und dann das Gymnasium in Lübeck besuchen ließ.

Ab 1595 studierte der Bürgermeistersohn nacheinander in Greifswald, Wittenberg Leipzig, Erfurt, Jena, Marburg, Heidelberg und Straßburg hauptsächlich Jura. Anschließend ging er nach Speyer, um am damaligen Reichskammergericht die ersten Schritte in der juristischen Praxis zu bewältigen. Nach ersten praktischen Anwendungen in Speyer vervollkommnete er sich auf mehreren Studienreisen, die ihm sein Vater in die Niederlande, nach England und Frankreich und in die Schweiz ermöglichte.

Als Winther dann 1606 nach elf Studienjahren dauerhaft nach Pommern zurückkehrte, wurde er als juristischer Hoffnungsträger sofort von Herzog Philipp II. von Pommern in den Staatsdienst übernommen. Er bewährte sich, erledigte herzogliche Aufträge und wurde bald in der Nachfolge von Heinrich Schwallenberg zum herzoglichen Rat erhoben.

Doch der Herzog erwartete für die Ausübung dieses Amtes von ihm einen akademischen Grad. Deshalb ging er nach Basel, wo er zum Doktor der Rechtswis-

senschaften promoviert wurde. Anschließend begleitete der frischgebackene Doktor Herzog Georg, den jüngeren Bruder seines Landesherrn, auf einer Italienreise,



Valentin von Winther: Ölgemälde eines unbekanntes Malers, 17. Jahrhundert

wobei er sich an verschiedenen Universitätsorten und Residenzen weitere Sachkenntnis in Rechtsfragen aneignete. Das trug ihm das kleine Palatinat ein. Darunter versteht man begrifflich ein territorial begrenztes Rechtsprivileg, das mit einem Hopfalfzgrafenanam verbunden war.

Jahrelange Mammutaufgabe

Herzog Philipps II. nunmehriger Vorzeigjurist heiratete im Jahr 1610 Clara von Grabow, führte danach in Posen im herzoglichen Auftrag Unterhandlungen mit Polen über die Schifffahrtsrechte auf der Warthe und fungierte 1614 auch als Verhandlungsführer für die Brautwerbung von Bogislaw XIV. um Elisabeth von Schleswig-Holstein.

Seine Verhandlungserfolge trugen ihm auch Pfründe ein. So wurde er 1615 Kapitular an der St.-Marien-Kirche in Stettin. Zwischendurch beschäftigte sich Winther immer wieder mit der Geschichte Pommerns. Damit realisierte er auch Interessen des Herzogs, der von ihm darüber ein Geschichtswerk verlangte. Das wurde ei-

ne jahrelange Mammutaufgabe mit umfangreichen Nachforschungen in Archiven und Bibliotheken.

Vier Werkteile waren geplant. Das reichte von einer Beschreibung der pommerischen Territorien über eine ausführliche Geschichte des herzoglichen Hauses und einem Wappenbucheil bis zu einer Beschäftigung mit den Städten Pommerns. Als Herzog Philipp II. von Pommern 1618 starb, kam die Arbeit an der Geschichte Pommerns ins Stocken. Das unter dem Namen „Pomeranographia Annales Pomeranici“ überlieferte mehrteilige Buch wurde danach von Winther nicht abgeschlossen und blieb nur in Abschriften anteilig erhalten.

Die diesbezüglichen Fragmente wurden im 18. Jahrhundert durch Historiker unter Führung von Johann Carl Dähnert veröffentlicht. Da war Valentin von Winther schon lange verstorben. Er überlebte seinen Förderer Philipp II. nur um wenige Jahre und starb am 16. März 1623 als Rektor des Pädagogiums in Stettin, seiner letzten Aufgabe. *Martin Stolzenau*

„Lachnummer feministische Außenpolitik“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Ich wünsche allen Mitarbeitern weiterhin positive Recherchen, gute Einfälle, wie man der deutschen Politik hilfreich unter die Arme greifen kann und auch die Leser damit erreicht“

Stefanie Riedl, Eilenburg



Ausgabe Nr. 9

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN ROT-GRÜNER ALBTRAUM ZU: DER FEMINISTISCHE REFLEX (NR. 8)

Es ist beängstigend, wenn man den irren Vorhaben der regierenden Politiker am Beispiel der „feministischen Außenpolitik“ einer von gefährlicher Dummheit und Arroganz zerfressenen Außenministerin mit Spuren des Sachverständigen eines Normalbürgers noch folgen will.

Dieses Deutschland der Gegenwart versinkt in einem Sumpf von Problemen, die von der Kriegsbeteiligung über die Asylantenwelle, Energiewahnsinn, Fachkräftemangel in allen Branchen, Bildungskatastrophe, Sicherheitsmängel zu anderen brisanten Baustellen reichen – doch die dafür Verantwortlichen beschäftigen sich im ideologischen Wahn mit Themen, welche die übrige Welt eventuell zum traurigen Lachen, uns aber zum Verderben führen werden.

Die bange Frage wäre: Wer beendet diesen rot-grünen Albtraum endlich? Doch meine persönliche Antwort lautet leider: Niemand, denn leider gibt es keine wirksame politische Opposition mehr. Diese wurde in der Merkel-Ära schrittweise beseitigt. Und die Gegenwart erinnert trotz zahlreicher Unterschiede fatal an ähnliche Ereignisse in unserer Geschichte, die noch gar nicht so lange her sind. Im Zuge der Massenverdummung – besonders auch der jungen Menschen – fällt das auch kaum noch auf.

Schade, so wird der Marsch in den Krieg und in den Wohlstandsabbau weiter erfolgreich beschritten werden. Der „deutsche Michel“ merkt auch jetzt wieder nichts. *Manfred Kristen, Freital*

POLITISCHER NARRENBETRIEB ZU: DER FEMINISTISCHE REFLEX (NR. 8)

„Was für a glumpad Schmarrn!“ Ach ja, und wer hat den glumpad Schmarrn verbrochen, in die Welt gesetzt, erwählt, ermächtigt? Die Mehrheit der Bevölkerung, der Leute, auch derjenigen Personen, die

hier mitlesen, hat die aktuellen Verhältnisse selbst erschaffen, hat in freien und demokratischen Wahlen mehrheitlich all die Politiker erwählt, sie ermächtigt und damit die aktuellen gesellschaftlichen und vor allem politischen Verhältnisse bestimmt.

Sie haben auch die Darstellung Deutschlands in der Außenpolitik, die Lachnummer „feministische Außenpolitik“, mit verbrochen und hier die Frage aufgeworfen, wie den Vertretern aus Teheran, Rabat, Mogadischu, Karthum, Tripolis und Tunis solche Kleinigkeiten die korrekte Anrede von Mann, Frau, Transmensch, non-binär oder queer aus dem deutschen politischen Narrenbetrieb aufgezogen werden soll.

Deutschland und seine Wähler bekommen wieder mal nur genau das, was sie „ermächtigt“ haben.

Peter Fischer, Schweinfurt

DAS BLEIBT UNVERGESSEN ZU: DIE ERSCHÜTTERUNG DER ALTEN WELT (NR. 9)

Wichtige Nachhilfe für geschichtlich Minderbemittelte. Diese Zeit (1848/49, d. Red.) ist enorm wichtig für das Selbstverständnis der Deutschen, man sollte über sie Bescheid wissen. Am Ort des ehemaligen Zeughauses in Dresden ist eine Gedenktafel der Ereignisse von 1849 angebracht. Hier starben viele Dresdner für die Freiheit. Das soll unvergessen bleiben.

Chris Benthe, Dresden

PÖBELNDE HELDEN ZU: DAS GROSSE WAGNIS DER FREIHEIT (NR. 8)

Zu Ihrer Ausführung bezüglich des Jahrestags der Hinrichtung der Geschwister Scholl möchte ich etwas Wasser in Ihren Wein gießen: Mein Vater war bis 1936 hauptamtlicher HJ-Führer für Oberschwaben. Hans und Sophie Scholl waren auch bei ihm. Sein Leitspruch sei gewesen: „Ich bin dafür, dass man dagegen ist.“

In den 60er Jahren besuchte mein Vater mit mir die Druckerei Gösele. Der Geschäftsführer Ruesch erzählte meinem Vater, dass er sonntags vor der Kirche von Hans Scholl angepöbelt worden sei, weil er in die Kirche ging. Ruesch war auch in der katholischen Jugend. Diese Belästigungen hätten dann aber aufgehört.

Mein Vater sagte ihm, er habe davon gewusst: Die Schwester Sophie wäre mit Hans sogar vor die Häuser solcher Abwechler gezogen und habe da rumgepöbelt. Er hätte mit Sophie und Hans Scholl ein Gespräch geführt und solche Belästigungen verboten. *Ulrich Ruth, Öhningen*

VERHALTE DICH WIE EIN RÖMER ZU: POLITISCHE BILDUNG AUF ABWEGEN (NR. 7)

Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit sich politisch korrekte Umschreibungen halten, obwohl sie sprachwissenschaftlich absurder kaum sein können. Zu diesen gehören auch „Migranten“ und „Mitbürger mit Migrationshintergrund“.

Das Verb „migrare“ steht für (aus-)wandern, sich verändern, fortschaffen, übertreten und verletzen (gemeint ist damit das ius civile, also das bürgerliche Recht). Nichts von alledem machen sie, wenn sie erst einmal hier sind. Mit ihrem Herkommen wurde deren Migration beendet. Nach Wörterbuch bezieht sich Migration auch nicht auf Einwanderung und schon gar nicht auf die mitgebrachte Kriminalität. Und besonders ärgerlich ist, dass sie uns sogar ihre Lebensart aufzwingen, denn es gilt nicht mehr die aus dem Lateinischen übernommene Redensart „When in Rome, do as the Romans do“ (frei übersetzt: Wenn du in Rom bist, verhalte dich gefälligst wie ein Römer). Und wenn sie das nicht tun, haben wir das hinzunehmen, denn das fällt dann unter von uns erwartete Toleranz.

Natürlich haben wir die verdammte Pflicht, Verfolgten Schutz zu gewähren, also aufzunehmen, aber zur Wahrheit gehört auch, dass nicht wenige nur wegen

eines hier besseren Lebens zu uns gekommen sind. Das können und wollen wir nicht schaffen, zumal Dauerlösungen für alle unerträglich werden, und wir zunehmend erkennen müssen, dass unsere Möglichkeiten an Grenzen stoßen. Es hat sich bis ins letzte Urwaldsdorf herumgesprochen, dass man bei uns von Sozialleistungen besser leben kann als in den Herkunftsländern von geregelter Arbeit.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

DURCHWEG UNBRAUCHBAR ZU: POLITISCHE BILDUNG AUF ABWEGEN (NR. 7)

Vielen Dank für den kritischen Bericht über die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Ja, die Instrumentalisierung der BpB für linke Politik ist ein Skandal. Schon vor Jahren war uns aufgefallen, welcher ungueter Geist dort weht. Auf der Suche nach Informationsmaterial für ein katholisches Familienzentrum zu den Themen Ehe, Familie, Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung haben wir uns auch das umfangreiche Material der BpB angesehen. Es war durchweg unbrauchbar wegen seiner ideologischen Ausrichtung. Da hilft nur eins: Schluss mit der Finanzierung der BpB aus Steuermitteln! *Dr. Hansjürgen Bals, Werder*

DUMMHIT ODER ABSICHT? ZU: POLEN FÜHRT DEUTSCHEN PARTNER VOR (NR. 7)

Bei dieser Regierung stellt sich nur die Frage: Ist es Dummheit oder Absicht, dass sie so handelt? Bei den Grünen ist ziemlich klar: Sie stehen zu Formulierungen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Deutschland verrecke“ und noch negativeren Aussagen. Einem Märchenbuchschreiber, der mit dem Begriff Volk nichts anfangen kann, das Wirtschaftsministerium zu übergeben, spricht nicht dafür, dass an anderen entscheidenden Stellen dieser Regierung ein grundsätzlich anderer Geist herrscht. *Ulrich Bohl, Berlin*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Ein Angriff auf unser Bargeld ist ein Angriff auf unsere Freiheit!

■ **Bargeld ist Freiheit: Alles, was wir mit Scheinen oder Münzen bezahlen, bleibt anonym. Deutschland und Österreich sind die letzten europäischen Länder, in denen noch eine Mehrheit der Bürger mit Bargeld bezahlt. Doch das soll sich bald ändern. Eine mächtige Allianz hat es sich zum Ziel gesetzt, das Bargeld zurückzudrängen und schließlich ganz abzuschaffen.**

Digitales Bezahlen ist ein Milliardengeschäft
Zu den Bargeldgegnern gehören die UNO, die EU, Regierungen verschiedenster Länder sowie Förderer einer One-World-Gesellschaft, wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung oder die Clinton Foundation. Hinzu kommen Banken, Finanzdienstleister – wie Mastercard, Apple (Apple Pay), Amazon (Amazon Pay) und PayPal –, aber auch Großkonzerne wie zum Beispiel Coca-Cola und Unilever. Ihnen allen würde die Abschaffung des Bargeldes große Vorteile bringen. Ihnen winkt durch Gebühren und die Auswertung von Kundendaten ein Milliardengeschäft.

Die totale Kontrolle des Bürgers
Der Mensch wird dadurch zum »gläsernen Bürger«. Wie Michael Brückner anhand erschreckender Beispiele zeigt, können wir so »von oben« kontrolliert und gesteuert werden. Es gibt keine Privatsphäre mehr. Und keinen Schutz vor staatlichen und behördlichen Willkürmaßnahmen. Wenn niemand mehr Kapital in Form von Bargeld aufbewahren kann, erlangen Behörden auch eine weitgehende Kontrolle über unser Vermögen. Darüber hinaus ist der Enteignung Tür und Tor geöffnet.

Das Bargeldverbot wird vorbereitet
Michael Brückner wirft vor diesem Hintergrund einen Blick in die bargeldlose Zukunft. Was aus uns zukommt, demonstriert er anhand einer fiktiven bargeldlosen Gesellschaft. Eine Orwell'sche Überwachung wird zum konkreten Bedrohungsszenario.

Brückners Einblicke in die digitale Zukunft machen unzweifelhaft klar: Wir müssen alles daransetzen, die Abschaffung des Bargeldes zu verhindern. Er zeigt, was wir dagegen tun können und wie wir unser Vermögen vor einem Bargeldverbot schützen.

»Bargeld ist gedruckte Freiheit!« Dr. Markus Krall

Michael Brückner: Angriff auf unser Bargeld • gebunden • 208 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 987 700 • 19,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

SEELE

Dem Trott entfliehen

Alltägliche Gewohnheiten zu ändern ist harte Arbeit – „Mindset“-Ratgeber versprechen dazu Hilfe. Doch die kann trügerisch sein

VON STEPHANIE SIECKMAN

Albert Schweitzer soll gesagt haben: „Die größte Entscheidung deines Lebens liegt darin, dass du dein Leben ändern kannst, indem du deine Geisteshaltung änderst.“

So, wie Schweitzer es formuliert hat, schwingt die weitreichende Bedeutung dieser Aufgabe, der Änderung einer Geisteshaltung, bereits mit. Es ist ein Schritt mit Tragweite. Ein Schritt, dem die Kraft innewohnt, das Leben auf den Kopf zu stellen. Es ist auch ein gewagter Schritt, denn er birgt das Risiko, das Leben vielleicht sogar in mehreren Bereichen auf einmal zu ändern mit der Gefahr, eventuell sogar zu scheitern.

Der für die Geisteshaltung gebräuchliche englische Modebegriff „Mindset“ wird dagegen heute gerne und häufig so verwendet, als wäre es ein Fertigprodukt, das jederzeit verfügbar im Supermarkt-Regal steht. Der Ratschlag, „du musst einfach an deinem Mindset arbeiten“, wird auf alle Situationen und Lebensbereiche angewandt. Das Mindset wird angeführt, wenn es darum geht, jemandem zu erklären, warum man – immer noch nicht – den nächsten Schritt auf der Karriereleiter gemacht hat, den richtigen Partner gefunden hat oder weshalb man noch keinen sportlichen Erfolg verbuchen konnte.

Der Rat kommt so daher, dass es den Eindruck macht, nichts sei leichter als das Ändern der eigenen Überzeugungen. Zwischen den Zeilen schwingt mit: „Mach doch mal eben“, als wäre es ein kostenloser Zweitages-Kurs, der das Mindset umpolt. Das Leben in zwei Tagen grundlegend ändern? Wohl kaum.

In Hülle und Fülle befassen sich Ratgeber, Online-Seminare und Coachings aktuell mit dem Thema Mindset-Optimierung und vermitteln den Eindruck, dass es einfache Strategien gibt, die bei der Neuprogrammierung des Denkens und der Überzeugungen helfen. Die Wis-



Einfach mal den Schalter umlegen: Wenn es doch nur so einfach wäre

Illustration: Shutterstock

senschaft dagegen weiß durch Studien, dass kaum etwas so schwer zu ändern ist wie Gewohnheiten. Einstellungen und Überzeugungen benötigen ebenso wie Glaubensgrundsätze oft intensive Unterstützung von Psychologen und Psychotherapeuten, wenn es um die Änderung der grundlegenden Muster dahinter geht.

Dynamische Typen sind besser dran

Die Ansichten, die ein Mensch hat, haben großen Einfluss auf sein Verhalten. Carol Dweck, Professorin für Psychologie, unterscheidet Menschen mit einem „Fixed Mindset“ oder auf Deutsch statische Mentalität und Menschen mit einem „Growth Mindset“, einer dynamischen

Grundeinstellung. Wer sich selbst als erfolgreich wahrnimmt, seine Ziele konsequent fokussiert, konzentriert darauf hinarbeitet und sich zielstrebig ein passendes Umfeld aufbaut, geht mit großen Schritten im Leben voran. Er entwickelt sich weiter, ist Veränderungen gegenüber aufgeschlossen und kann wahrscheinlich auch gut loslassen. Eigenschaften, die Dweck einem Menschen mit einem dynamischen Mindset zuordnet.

Dagegen haben Menschen mit einem statischen Mindset Angst zu scheitern. Sie halten an Vertrautem fest und sind davon überzeugt, dass ihre Talente festgeschrieben sind. Angst vor Herausforderungen und vor Veränderungen sorgen

dafür, dass bei Menschen mit dieser Art Überzeugungen das Leben eher statisch verläuft als in einer dynamischen Entwicklung.

Doch ob jemand ein „Fixed“ oder „Growth Mindset“ in seiner Kindheit und Jugend entwickelt hat, sagt noch nichts darüber aus, ob er mit seinem Leben glücklich oder unglücklich ist. Solange ein Mensch mit seinem Mindset, egal wie dieses gestaltet ist, ein zufriedenes Leben führt, ist seine Welt in Ordnung.

Erfolg, eigene Immobilien und wachsende finanzielle Möglichkeiten gehören laut vieler der Ratgeber-Bücher zu den Wünschen, die jeder Mensch in seinem Leben verwirklichen möchte. Doch die

Realität sieht anders aus. Immer mehr Menschen sind mit weniger zufrieden: mit weniger Besitz, weniger Stress, weniger Medienkonsum, weniger Fernsehen und auch damit, weniger Zeit bei der Arbeit zu verbringen. Der Wunsch nach Telearbeit nimmt zu.

Durchhaltevermögen ist gefragt

Nicht zuletzt durch die Pandemie haben viele Menschen es wieder schätzen gelernt, die Zeit mit anderen gemeinsam zu verbringen. Zunehmend mehr Menschen möchten mehr Zeit mit Freunden und der Familie verbringen. Keine Frage: Auch das ist eine Mindset-Änderung. Allerdings nicht die, die von den Ratgebern und Mentoren hochgehalten und unterstützt wird. Geld verdienen sie vor allem mit all jenen Menschen, die auf dem Weg zum Erfolg die Abkürzung suchen.

Die Hoffnung, im Handumdrehen und ohne jede Mühe das Leben zum Besseren zu verändern, wie immer das auch aussehen mag, ist ein Trugschluss. Die Änderung des eigenen Mindsets ist eine lebenslange Reise, auf der man auch mit Rückschlägen rechnen muss. Und die sind sogar besonders wichtig. Aus dem Scheitern an sich, dem Verfehlen eines Zieles, kann ein Mensch mehr lernen als aus all seinen zuvor gefeierten Erfolgen. Derartige Erfahrungen annehmen und schätzen zu lernen ist eine Qualität, die bei der Mindset-Entwicklung ein Meilenstein sein kann.

Für Mindset, berufliche und sportliche Erfolge gilt dabei exakt das Gleiche: weitermachen und nicht aufgeben. Das erfordert vor allem Zeit, Konsequenz und Durchhaltevermögen. Die Bereitschaft, nach Niederlagen einen neuen Anlauf zu nehmen, gehört ebenso dazu wie die Überzeugung, dass eine Änderung im Sinne einer Verbesserung möglich ist. Und das sowohl bei den eigenen Fähigkeiten wie auch bei den erzielten Resultaten. Ein Leben lang lernen und selbst nach Verbesserung streben ist ein guter Anfang.

ZERSTÖRUNGSWUT

Ein Meereshott mit sieben Fingern

Angriff auf das Preußentum – Im Park Sanssouci haben Unbekannte die Neptungrotte schwer beschädigt

Die Neptungrotte im Potsdamer Park Sanssouci ist ein Schmuckstück der Gartenarchitektur aus der Zeit Friedrichs des Großen. Erst vor wenigen Jahren wurde sie aufwendig restauriert. Doch nun ist sie ein Opfer blinder Zerstörungswut geworden. Der auf der Attika des Bauwerks stehenden Marmorskulptur des Meereshottes Neptun wurde der kupfergetriebene Dreizack aus der rechten Hand gebrochen und entwendet. Dabei wurde der halbe Handteller mit drei Fingern abgetrennt. Ebenso ist der kleine Finger abgebrochen und der angesetzte Daumen gelöst.

Darüber hinaus wurde einer der flankierenden Najaden-Skulpturen die Nase abgeschlagen, das linke Auge mit einem Kreis und die linke Schulter mit SS-Runen beschriftet. In einer ersten Schadensaufnahme geht die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) von Restaurierungskosten in Höhe von mehr als 30.000 Euro aus. Ob und wann die Schäden behoben werden können, wird derzeit geprüft.

„Hier wurde bürgerschaftliches Engagement mit Füßen getreten“, sagte der SPSG-Generaldirektor Christoph Martin Vogtherr. Er verweist darauf, dass die Sa-

nierung und Restaurierung der Neptungrotte in den Jahren 2013 bis 2018 nur dank der Vermächtnisse von Gisela Soost und Gerhard Elsner, des großzügigen Engagements des Fernsehmoderators Günther Jauch und der Gäste der Potsdamer Schlössernächte ermöglicht wurde. Die

Wiederherstellungskosten beliefen sich auf 3,5 Millionen Euro.

Die Attikaskulpturen waren im Frühsommer 2018 wieder aufgestellt worden. Es handelte sich um den Neptun, von Johann Peter Benckert (1709–1765) nach dem Modell von Georg Franz Ebenhecht

(1710–1757) ausgeführt, sowie zwei Najaden mit Putten von Ebenhecht. Ihre Restaurierungsgeschichte umfasste lange Zeiträume: Schon 1962/63 war der Oberkörper des Neptun durch die erste größere Marmorkopie nach 1945 von dem Dresdner Bildhauer Peter Makolis ersetzt worden. Alle Skulpturen mussten dann ab 1998 im Zuge von Sicherheits- und Abdichtungsmaßnahmen im Dachbereich abgenommen, restauriert und wegen der fehlenden Standsicherheit der Grotte 20 Jahre im Depot aufbewahrt werden.

Die von 1751 bis 1757 aus schlesischem Marmor errichtete Neptungrotte ist die letzte Schöpfung des Rokoko-Baumeisters Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff (1699–1753) für den Park Sanssouci und wurde erst nach seinem Tod vollendet. Die den Park Sanssouci charakterisierende „Nutzung des landschaftlichen Elements Hügel“, dessen Höhepunkt das Schloss Sanssouci mit seiner Terrassenanlage ist, wird im Osten durch die Neptungrotte eingeleitet. Deren bewegter Aufbau und dekorativer Charakter lassen sie zu einem wertvollen Beispiel für die Verbindung von Architektur und Natur im 18. Jahrhundert werden. SPSG/tws



Meereshott Neptun vor der Beschädigung: Unbekannte haben ihm am 22. Februar den Dreizack entwendet und dabei drei seiner marmornen Finger abgebrochen

AUSFLUGSZIEL

Frühling auf Leuchtenburg

Mit den ersten wärmenden Sonnenstrahlen startet die Leuchtenburg in Thüringen mit dem „Leuchtenburger Frühlingzauber“ vom 18. März bis zum 14. Mai in die neue Ausflugssaison. Nach den Corona-bedingten Einschränkungen kann man sich wieder vollkommen frei in der mittelalterlichen Burganlage bewegen. Die Burghäutnerinnen haben in diesem Jahr die Leuchtenburg in eine frühlingshafte Landschaft für mehr Achtsamkeit und Harmonie verwandelt. Konkret heißt das: Besucher können beim Rundgang viel Entschleunigung, Ruhe und Kraft erfahren. Die farbenfrohen, duftenden Blumen beleben dabei die Seele, ein Bachfluss erfrischt die Sinne, die Weitsicht an den Aussichtspunkten macht den Kopf frei, und das Rauschen des Windes im Bambushain lässt die Gedanken schweifen. Porzellankunst, Windspiele, Bambus und Frühlingssblumen sind zu entdecken. Als Sonderaktionen sind in dieser Zeit am 1. und 2. April der „Tag des Thüringer Porzellans“ sowie vom 7. bis 10. April „Ostern auf der Leuchtenburg“ geplant. www.leuchtenburg.de tws

● FÜR SIE GELESEN

Rückständig durch Kirche?

„Wir haben irgendetwas im Blut, das jeden Fortschritt verhindert“, schrieb 1828 der Puschkinfreund Pjotr Tschadajew in seinen „Philosophischen Briefen“. Der Zar hielt den Verfasser für „verrückt“. Die Autoren der beiden Taschenbücher „Russische Geschichte“ und „Die rückständige Großmacht Russland und der Westen“, die emeritierten Professoren Andreas Kappeler und Manfred Hildermeier, machen sich ein so rigoroses Urteil nicht zu eigen. Beide haben Putins Angriffskrieg zum Anlass genommen, ihre Forschungen auf aktuelle Fragen zu konkretisieren, um zum Verständnis der gegenwärtigen Situation beizutragen.

Ein „verzögertes Wirtschaftswachstum“ sieht Kappeler. Die meisten Zaren bis hin zu den heutigen russischen Politikern sahen einen Nachholbedarf gegenüber dem Westen. Das größte Land der Erde hat genug Bodenschätze. In der Waffenproduktion und Raumfahrt wurden Spitzenleistungen erbracht, es fehlte aber das Kapital. Seit der Jahrtausendwende betrug der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen bis zu einem Drittel der Gesamtinvestitionen. Dabei kam der Löwenanteil aus Ländern der EU. Die ersten goldenen Jahre der Putinära – so Hildermeier – fanden mit der internationalen Bankenkrise ihr abruptes Ende. Putin habe versäumt, seine Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen.

Interessant ist, wie Kappeler und Hildermeier die Rolle der Orthodoxie betrachten. Letzterer sieht in der Kirchenspaltung von 1054 die Ursache für die Entfremdung Russlands von Europa, dessen Überlegenheit erst spät wahrgenommen wurde. Die lateinische Welt war nicht nur zum religiösen Feindesland geworden. Es dauerte lange, bis Architekten, Bergbauspezialisten, Ärzte und Handwerker aller Art nach Russland gelockt wurden. „Die Öffnung nach Westen rief Gegner auf den Plan, in erster Linie die Orthodoxie, die jegliche Freundlichkeit gegenüber den lateinischen Ketzern mit größtem Argwohn beobachtete.“ Sie mussten in der Deutschen Vorstadt Moskaus leben und durften kein orthodoxes Personal beschäftigen. Ein Verbot, russische Kleidung zu tragen, machte die förmlichen Schranken auch nach außen sichtbar. Einerseits brauchte man die technische, ökonomische und militärische Hilfe der „katholischen Teufel“, mied jedoch die kulturell-religiöse Annäherung. In unterschiedlicher Form überdauerte dies die Jahrhunderte.

Stalin brauchte die Kirche während des Krieges, aber erst Jelzin holte sie wieder an seine Seite. Putin folgte seinem Beispiel. Nach Meinung Kappelers wird die Orthodoxie trotz aller Lippenbekenntnisse der heutigen politischen Führung ihre frühere Bedeutung nicht wiedererlangen. *Norbert Matern*



Andreas Kappeler: „Russische Geschichte“, C.H. Beck Verlag, München 2022, kartoniert, 121 Seiten, 12 Euro



Manfred Hildermeier: „Die rückständige Großmacht Russland und der Westen“, C.H. Beck Verlag, München 2022, kartoniert, 271 Seiten, 18 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Das Licht der Toskana

Mit Zypressen, verschlungenen Wegen, Feldern sowie mittelalterlichen Dörfern und Städten verzaubert die italienische Landschaft seit jeher ihre Besucher

Baedeker – allein schon der Name bürgt für die Qualität seiner Reiseführer. Wer seine nächste Reise nach Italien plant, für den steht die aktualisierte Neuauflage des großen Toskana-Reiseführers bereit. In gewohnter

Aufmachung informiert er sehr ausführlich in Texten und Bildern über Sehenswürdigkeiten oder Tourenvorschläge und gibt ebenso Auskunft über das Land und seine Menschen sowie historische Hintergründe. *MRK*

Jürgen Sorges: „Baedeker Toskana“, MairDumont Verlag, Ostfildern, 21. aktualisierte Auflage 2023, flexibler Einband mit Easy ZIP-Karte, 482 Seiten, 24,95 Euro

DIGITALISIERUNG

Reizüberflutung durch das Internet

Gerald Hüther und Robert Burdy gehen der Frage nach, wie Menschen angesichts der heutigen Informationsflut wieder zu sich selbst finden können

VON DIRK KLOSE

Mit der Jahrtausendwende begann das Zeitalter der Digitalisierung und der Globalisierung. Das eine wäre ohne das jeweils andere nicht möglich gewesen. Die Welt, sagen die Autoren des Buchs „Wir informieren uns zu Tode“, sei zu einem erdumspannenden Marktplatz der Kommunikation geworden.

Wie da wieder herauskommen, fragen der Neurobiologe Gerald Hüther und der Fernsehjournalist Robert Burdy. Sie haben ihr Buch in drei größere Abschnitte unterteilt: zu Beginn eine fulminante Analyse der digitalen Welt, dann ein die Wissenschaft in den Vordergrund rückender Überblick zur Gedächtnisforschung und die Frage, wie der Mensch angesichts der übermächtigen Informationsflut zu sich selbst kommen kann.

Burdy, der offenbar größtenteils den ersten Abschnitt geschrieben hat, nennt unsere Zeit ein Zeitalter der Verwirrung. Die kaum überschaubare Zahl von Anbietern und Nutzern der sozialen Medien stärke trotz der gehäuften Informationen nicht das Wissen des Einzelnen, sondern verwirre und verneble das Gehirn in gefährlichem Maße. Wir laufen Gefahr, so Burdy, uns zu Tode zu informieren, und das oft mit oberflächlichen, nichtssagenden Informationen. Traditionelle qualitätsbewusste Medien in Presse und Rundfunk hätten immer weniger Chancen, in diesem „Monsun der Informationen“ gehört zu werden.

Die folgenden beiden Teile wirken auf den Leser weniger alarmierend. Hier ist es der schon durch andere Bücher zu Themen aus der Neurobiologie bekannte Gerald Hüther, der die Gedächtnisleistung des Gehirns erklärt und äußert, dass der Wunsch vieler Nutzer digitaler Medien nach Anerkennung dazu führt, dass eigene Empfindungen unterdrückt werden. Solche Menschen reagierten nur noch auf äußere Reize. Dabei hätten viele Nutzer das zutiefst menschliche Bedürfnis, zu einem „authentischen Selbst“, wie die Psychologie sagt, zu kommen und sich als autonomes Subjekt in einer Gemeinschaft zu verwirklichen. Hüther zitiert ausführlich Immanuel Kants berühmte Beantwortung der Frage: „Was ist Aufklärung?“, in der Kant verlangt, der Mensch solle, ja, müsse sich seines Verstandes bedienen, um aus der Unmündigkeit herauszukommen.

Ihr Buch sei, so die Autoren, eine Vorbeugung vor Neil Postmans berühmter Studie „Wir amüsieren uns zu Tode“ von 1985. Jetzt klingt es gefährlicher, und man mag angesichts der alarmierenden Befunde nicht widersprechen.



Gerald Hüther/Robert Burdy: „Wir informieren uns zu Tode. Ein Befreiungsversuch für verwickelte Gehirne“, Herder Verlag, Freiburg 2022, gebunden, 240 Seiten, 22 Euro

KRIMI

Ein neuer Fall für Strike und Ellacott

Im aktuellen Krimi der Erfolgsautorin Joanne K. Rowling wurde die Entwicklerin einer erfolgreichen Animationsserie ermordet

VON ANGELA SELKE

Die mittlerweile berühmte Londoner Detektei von Cormoran Strike und Robin Ellacott hat viel zu tun. Als eines Tages eine ungepflegte Frau bei Ellacott auftaucht und um ihre Hilfe bittet, kann sie den Fall nur ablehnen, denn mit Cybermobbing hat die Detektei keinerlei Erfahrung. Einige Tage später wird die abgelehnte Kundin jedoch erstochen auf dem Friedhof aufgefunden, und die Detektivin plagt das schlechte Gewissen. Die Ermordete war eine Entwicklerin der Kult-Animationsserie „Das tiefschwarze Herz“, die auch ihren Partner Josh sehr berühmt gemacht hat. Wie sich herausstellt, wurde Edie im Internet mit Mord bedroht, der nun auch umgesetzt wurde. Edies Agent beauftragt die Detektei, herauszufinden, wer die Drohungen ausgesprochen und schließlich den Mord verübt hat. Alle Personen, die mit der erfolgreichen Trickfilmserie zu tun hatten, werden befragt und teilweise beschattet. Die Ermittlung nimmt viel Zeit in Anspruch, und so können die beiden Detektive ihre privaten Angelegenheiten nur hintanstellen.

Bei Ellacotts 30. Geburtstag kommen sich Robin und Cormoran nahe, aber im letzten Moment zieht Robin sich zurück. Nach diesem Vorfall ragt eine Mauer zwischen Strike und ihr, die sie in jahrelanger Zusammenarbeit langsam abgetragen hatten, aufs Neue wieder auf. Sie haben sich verliebt, aber der Verstand

blendet es aus, denn für Geschäftspartner kann das nur hinderlich sein.

Anstrengend zu lesen

Robert Galbraith, das Pseudonym der weltberühmten Schriftstellerin Joanne K. Rowling, scheint ein unbegrenztes Repertoire an Ideen in sich zu tragen. Sie beschreibt in „Das tiefschwarze Herz“ auf 1349 Seiten einen Kriminalfall, der sehr viele Personen aufführt und der durch die im Buch abgedruckten Chats und Zeitungsausschnitte sehr anstrengend zu lesen ist. Die besten Stellen sind die, in denen die verschiedenen Meinungen und die Gefühlswelt der beiden Romanhelden unabhängig voneinander offengelegt werden.

„Das tiefschwarze Herz“ ist der sechste Band der „Cormoran Strike“-Reihe. Die Kriminalfälle sind zwar alle in sich abgeschlossen, doch die Entwicklungen der beiden Ermittler Cormoran Strike und Robin Ellacott sind fortlaufend. So empfiehlt es sich, die vorherigen Bände „Der Ruf des Kuckucks“, „Der Seidenspinner“, „Die Ernte des Bösen“, „Weißer Tod“ und „Böses Blut“ vorher zu lesen.



Robert Galbraith: „Das tiefschwarze Herz“, Blanvalet Verlag, München 2022, gebunden, 1349 Seiten, 26 Euro

KÖNIGSTEIN

Ein Ort der Spiritualität und Nachrichtenbörse

Wie das „Vaterhaus der Vertriebenen“ zum Erinnerungsort wurde – Gräber von Kaller, Kindermann und van Straaten bei der Pfarrkirche

VON NORBERT MATERN

Es gab im Nachkriegsdeutschland wohl kaum einen Vertriebenen, in Osteuropa kaum einen katholischen Priester und im Ostblock kaum einen politischen Journalisten, der nicht den Namen „Königstein“ kannte. Das kleine Städtchen im Taunus war Sitz der „Königsteiner Anstalten“ mit Gymnasium, Theologischer Hochschule und „Haus der Begegnung“, geschaffen von drei Prälaten, deren Denkmal heute auf dem zum Erinnerungsort gewordenen Gelände steht und deren Gräber sich hinter der Pfarrkirche befinden: des ermländischen Bischofs Maximilian Kaller, des sudetendeutschen Professor Weihbischof Adolf Kindermann und des belgischen Prämonstratenser-Paters Werenfried van Straaten, – Speckpater genannt. Die Hochschule sollte die verlorenen Seminare in Breslau, Prag, Leitmeritz und Braunsberg ersetzen.

Papst Pius XII. begleitete das Werk mit mehr Sympathie und Verständnis als die meisten deutschen Bischöfe, die keine Parallelsorge wünschten, sondern Priester und Gläubige so schnell wie möglich in ihre Bistümer integrieren wollten. Die Heimatvertriebenen aber hingen an ihren einstigen Geistlichen mit den Formen ihrer eigenen Volksfrömmigkeit, ihren Liedern und Wallfahrten, die zugleich Stätten des Wiedersehens der über ganz Deutschland verstreuten Flüchtlinge wurden. Bekannt wurde Königstein auch durch die von dort ausgesandten Kapellenwagen.

Kostengünstig zum Abitur

Das Gymnasium mit Konvikt – kurzzeitiger Missbrauch wurde durch Entlassung des Erziehers sofort unterbunden – bot den aus ihren Schulen herausgerissenen Jungen die Möglichkeit, kostengünstig zum Abitur zu kommen und dann vielleicht Theologie zu studieren. Tatsächlich kamen von der Hochschule mehr als 400 Priester, von denen viele in die spätere DDR gingen. Das „Haus der Begegnung“ wurde Stätte der jährlichen Kongresse „Kirche in Not“, der besten Informationsbörse über die Christenverfolgung im Ostblock. Was dort gesagt und dann gedruckt wurde, brachte linientreue kommunistische Journalisten zum Schäumen. Das betraf vor allem die jährlichen Länderberichte über die Lage der katholischen Kirche in Polen und der Tschechoslowakei, der unierten Kirche in der Ukraine, deren Exilbischofe des Öfteren in Königstein waren, aber auch der verfolgten Kirche in Russland oder der Protestanten in Lettland. Der vatikanischen Ostpolitik stand man kritisch gegenüber.



Vor einem Wagen der „Ostpriesterhilfe“: Werenfried von Straaten, Mitbegründer der „Ostpriesterhilfe“

Foto: Mucci

Wie wichtig Königstein war, beweist die nun schon zweite wissenschaftliche Arbeit über die kurzzeitig blühende Bildungsstätte. Finanziert wurde das neue Buch aus dem Verkaufserlös der Gebäude

in den 90er Jahren. Nach Rainer Bendels „Hochschule und Priesterseminar Königstein“ aus dem Jahre 2014 hat nun die Professorin Monika Wienfort von der Universität Potsdam im Rahmen der Bonner „Kommission für Zeitgeschichte“ ein weit über Bendel hinausgehendes Werk über den Katholizismus im Kalten Krieg am Beispiel Königsteins in der Zeit von 1945 bis 1996 vorgelegt. Ihr geht es neben dem Wirken der „Königsteiner Anstalten“ um deren gesellschaftliche Einordnung in den Kontext der Geschichte der Bundesrepublik und der Kirche. Dabei äußert sie sich in mehreren Kapiteln kritisch zu den damals konservativ gepflegten Ritualen des Glaubens, kirchlichen Strukturen und vor allem der Stellung der Frau, die auch in Königstein in erster Linie dem vertrauten traditionellen Familienbild zugeord-

net wurde. Widerstand gegen die Regeln der Priesterausbildung kamen ab 1968 von den Studenten selbst. Königstein war für Wienfort, wie sie mehrmals betont, ein Männerbund mit Männerherzen, während den Frauen nur eine dienende Funktion zugeordnet wurde. Völlig daneben liegt Wienfort allerdings, wenn sie die ermländischen Katharinenschwestern in die Nähe der Hausmädchen rückt. Kathrinchen meint nicht „wenig Bedeutung“, sondern ist eine besonders liebevolle Bezeichnung. Pater Werenfried nennt in seinen Erinnerungen nicht einmal die Namen der Königsteiner Oberinnen. Der Rezensent hat eine Predigt des einstigen Königsteiner Schülers Weihbischof Pieschl gehört, in der er die Kathrinchen in höchsten Tönen lobte, die für die

immer hungrigen Jungen etwas zum Essen besorgten und sich mütterlich um sie kümmerten.

Vertriebene hatten Traumata

Aus Sicht der Autorin waren die fehlende Beschäftigung mit der NS-Zeit und dem Holocaust die großen Defizite. Von heute aus gesehen hat sie recht. In den ersten Nachkriegsjahren aber hatten die Vertriebenen ihre eigenen Traumata zu bewältigen.

1945 war die Kirche „Siegerin in Trümmern“. In den 70er Jahren sank die Zahl der Priesterberufungen und stieg die Zahl der Kirchaustritte. Während ständiger Geldnöte suchte der Vorstand des „Vater- und bald Mutterhauses“ der Vertriebenen nach neuen Betätigungsfeldern. Es gab vermehrt Priesteramtskandidaten aus dem Ausland, Treffen von Exilgruppen, Exerzitien, und die wissenschaftliche Forschung wurde auf China ausgedehnt. Alles vergeblich, die hohen Betriebskosten erzwangen die Schließung.

„Politisch“, so das Fazit Wienforts, „vertraten die Königsteiner einen theologischen wie lebensweltlichen Konservatismus, der ein katholisches Aggiornamento bei den Gläubigen zumindest nicht förderte. Das Ende des kalten Krieges verschob die Nachkriegszeit der katholischen Vertriebenen endgültig in die Erinnerungskultur.“

Geblieben ist das Gymnasium, die Bischof-Neumann-Schule. Sie hat heute mehr Anmeldungen von Schülern und Schülerinnen aus Familien in Königstein und Umgebung, als sie aufnehmen kann. Die Kollegkirche mit der Schutzmantelmadonna wurde gerade renoviert.



Monika Wienfort: „Katholizismus im Kalten Krieg. Vertriebene in Königstein 1945-1996“, Verlag Brill/Schoeningh, Paderborn 2023, 311 Seiten, 79 Euro

LANDSMANNSCHAFT WEICHEL-WARTHE

Trauer um Karl Bauer

Der langjährige Bundessprecher starb im Alter von 91 Jahren

Karl Artur Bauer, der langjährige Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, ist am 1. Februar im Alter von 91 Jahren in Taunusstein verstorben.

Geboren am 16. August 1931 in Bochum, zog er aufgrund einer beruflichen Versetzung des Vaters 1940 mit seiner Familie nach Posen. Dort besuchte er das Realgymnasium, bis die Familie 1945 das Schicksal von so vielen Heimatvertriebenen erleiden musste – sie wurde aus Posen vertrieben. Bauer kam mit seinen Eltern nach Hessen und besuchte hier das Gymnasium.

Schon früh engagiert

Schon früh engagierte er sich in unterschiedlichen Verbänden und Organisationen der Heimatvertriebenen. So war er von 1952 bis 1959 Landesgeschäftsführer der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) in Wiesbaden. 1959 bis 1960 war Bauer der Geschäftsführer der Organisations- und Presseabteilung des BdV Hessen. In den 1960er Jahren besuchte er den Inspektoren-Lehrgang des Verwaltungsseminars in Wiesbaden, wurde Sachbearbeiter im



Karl Bauer

Foto: privat

Landesjugendamt Hessen und schließlich Referent, später Referatsleiter im Hessischen Sozialministerium.

Sowohl bei der Deutschen Jugend des Ostens als auch beim Bund der Vertriebenen war Bauer auf verschiedenen Ebenen aktiv. So war er 1950 Gründungsmitglied der DJO-Gruppe in Eschwege, von 1962 bis 1970 DJO-Landesvorsitzender in Hessen und von 1969 bis 1973 stellvertretender DJO-Bundvorsitzender. Auch beim BdV war Karl Bauer von der Kreisverbands- bis zur Bundesvorstandsebene engagiert.

Geehrt vom Land Hessen

Ganz besonders verbindet man Bauer jedoch mit seinem Engagement in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, die eine der drei Patenlandsmannschaften des Landes Hessen ist. Von 1976 bis 1989 bekleidete Bauer das Amt des Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW). Anschließend übte er das Amt des Bundespressereferenten der LWW von 1989 bis 1999 aus. Zum Teil parallel zum Amt des Bundespressereferenten war Bauer von 1996 bis 2010 der Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-

Warthe und von 1996 bis 2011 ehrenamtlicher Bundesgeschäftsführer der LWW. 2010 wurde er von der Landsmannschaft Weichsel-Warthe zum Ehrensprecher ernannt.

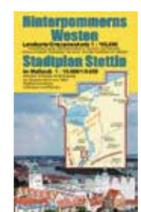
Karl Bauer hat sich auf so vielen verschiedenen Ebenen für die Interessen der Heimatvertriebenen eingesetzt. Neben den genannten Vorstandsposten war er auch noch jahrelang im Hessischen Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen aktiv. So hat er sich maßgeblich für die Dauerausstellung über die Heimatvertriebenen im Freilichtmuseum Hessenpark eingesetzt. Für sein Engagement wurde er 2002 mit der Wenzel-Jaksch-Medaille und im Jahr 2005 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Mit Karl Bauer verliert die Landsmannschaft Weichsel-Warthe ein höchst engagiertes Mitglied. Wir werden sein Andenken ehren und bewahren.

Margarete Ziegler-Raschdorf
Beauftragte der
Hessischen Landesregierung
für Heimatvertriebene
und Spätaussiedler

LANDKARTE

Pommern im Blochplan

Die Landkarte „Hinterpommerns Westen und Stadtplan Stettin“ stellt auf ihrer Titelseite das Gebiet der Odermündung zwischen Stettin und den Inseln Wollin und Usedom dar. Auf der anderen Kartenseite ist ein aktueller Stadtplan von Stettin [Szczecin] (ohne Randgebiete) dargestellt, der insbesondere durch einen detaillierten Innenstadtplan von heute neben einem von 1939 zeigt, wie die Stadt durch Kriegszerstörungen und Verkehrslösungen der 1960er Jahre ihr Gesicht verändert hat, aber andererseits auch, wieviel Sehenswertes noch vorhanden ist. Eine auch im Gehwegpflaster markierte Touristische Stadtroute ist im aktuellen Plan dargestellt. EB



„Hinterpommerns Westen und Stadtplan Stettin“, Landkarte 1:100.000, Stadtplan 1:15.000 /1:8000, Blochplan, Berlin 2023, gefalzt 12,5 x 21 cm, 11,95 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Linke Wirtschaftspolitiker behaupten gern, dass hohe Steuern keinen negativen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung zeitigen. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Kiel hat an einem Beispiel das Gegenteil belegt. Seit 2007 dürfen die Bundesländer die Höhe der Grunderwerbsteuer selbst festlegen, woraufhin etliche Länder die Steuer kräftig erhöht haben. Nur Bayern und Sachsen bleiben bei den niedrigen Sätzen. Die Forscher verglichen nun die Entwicklung in Bayern und Sachsen mit vergleichbaren Bundesländern. Bei Bayern sind dies Baden-Württemberg, Niedersachsen und NRW, bei Sachsen sind es Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Heraus kam: Die Neubautätigkeit in den Hochsteuerländern fiel 2011 bis 2020 gegenüber den Niedrigsteuerländern erheblich zurück. Zudem hätten die Mehreinnahmen durch die höhere Grunderwerbsteuer nicht ansatzweise ausgereicht, um den Einbruch beim privaten Bau durch staatlichen Wohnungsbau auszugleichen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Tobias Künzel, Sänger der Gruppe „Die Prinzen“, deren Wurzeln in die DDR der 1980er Jahre zurückreichen, meinte gegenüber dem „Nordkurier“ (28. Februar) zum Thema Gender-Sprache:

„Ich bin der Meinung, Musik sollte niemals mit erhobenem Zeigefinger belehren. Das stört mich auch bei anderen Themen, wie zum Beispiel der Gender-Sprache. Mich erinnert das alles an die DDR, als man aufpassen musste, was man sagt.“

Michael Klonovsky wundert sich in seinem Blog „Acta diurna“ (5. März), wie einseitig der Vorwurf der „kulturellen Aneignung“ verwendet wird:

„Wenn sich weiße Opernsänger als Verdi-Otello ‚blackface‘ oder ästhetisch desorientierte Unterhaltungsmusikanten mit Dreadlocks herumlaufen, ist das angeblich Rassismus und ‚kulturelle Aneignung‘. Aber alles, was Weiße geschaffen haben, ob nun technisch oder kulturell, dürfen sich Schwarze ‚aneignen‘.“

Michael W. Alberts ruft auf „Achgut.de“ (3. März) eine grundlegende Wahrheit ins Gedächtnis:

„Wer immer noch der marxistischen Legende anhängt, Nazis und Faschisten seien als solche ‚rechts‘ und die extreme Linke deren schärfster Gegner, soll endlich Hannah Arendt nachlesen. Eine Tyrannei ist nicht links oder rechts, sie ist einfach eine Tyrannei mit diesem oder jenem ideologischen Tarnmäntelchen ... Die Mordbilanz des Kommunismus übertrifft die der Nazis um ein Mehrfaches und wächst weiter an, man braucht nur nach China oder Nordkorea zu blicken.“

Das Zerwürfnis von Sahra Wagenknecht mit ihrer Partei offenbart die Krise linker Parteien, die Alexander Marguier schon am 14. Februar im „Cicero“ auf den Punkt brachte:

„Wer seiner potentiellen Wählerschaft unentwegt einredet, Transphobie oder ein binäres Geschlechtermodell wären die eigentlichen Herausforderungen unserer Gesellschaft, oder jeden unter Rassismusverdacht stellt, der als hellhäutiger Geringverdiener an seiner eigenen vermeintlichen Privilegiertheit zweifelt, braucht sich über mangelnden Zuspruch nicht zu wundern.“

Der Sozialwissenschaftler Horst Kahrs, der selbst der Linkspartei nahesteht, sagte zum „Tagesspiegel“ (4. März):

„Die Linke ist gerade dabei zu implodieren.“

● WORT DER WOCHE

„Zum ersten Mal in meinem Leben denke ich, ich kann keiner Partei mehr meine Stimme geben. Weil ich das alles lächerlich finde. Und unwürdig.“

Frédéric Schwilden, bislang begeisterter Politikjournalist, bekennt in der „Welt“ vom 6. März, warum er politikverdrossen geworden sei

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Kolonien der „Antikolonialisten“

Warum die Grünen zwei Chefs benötigen, und wie wir dem „globalen Süden“ auf die Finger klopfen

VON HANS HECKEL

Warum haben die Grünen eigentlich gleich zwei Parteivorsitzende? Die immer noch weitaus mitgliederstärkere CDU schafft es schließlich, mit nur einem Chef durchs Leben zu kommen. Ach ja, wegen der Quote, hätte man früher gesagt – ein Mann, eine Frau. Aber das zieht nicht mehr, seitdem man im grünen Lager entdeckt zu haben meint, dass es nicht zwei, sondern zahllose Geschlechter gibt.

Also warum immer noch zwei? Vielleicht deshalb: Sie haben ja auch von dem Zank zwischen den Grünen und der FDP gehört. Der Zwist interessiert natürlich auch die öffentlich-rechtlichen Sender, weshalb sie sich mit den Chefs der streitenden Ampelpartner unterhalten wollen, ausgewogen und objektiv wie immer.

Dazu luden der „Bericht aus Berlin“ von der ARD und das kurz darauf ausgestrahlte ZDF-Format „Berlin direkt“ je einen Parteichef ein. Bei der ARD durfte Ricarda Lang von den Grünen ihre Sicht der Dinge schildern und beim ZDF – Christian Lindner? Nein, dort stellte Omid Nouripour, Langs Co-Partner in der Grünespitze, die Lage dar. Hätten die Grünen nur einen Chef, den man den Zuschauern gleich zweimal hintereinander präsentiert hätte, wäre die Schlagseite der Staatsfunke doch allzu sehr aufgefallen. So erfüllt die Doppelspitze ihren Sinn: zur Simulation von Vielfalt.

Wir erinnern uns an die Umfrage bei den ARD-Volontären von 2020, bei der 92 Prozent angaben, zu Grün-Rot-Rot zu tendieren, wobei die Grünen mit 57 Prozent ganz klar dominierten. Es ist also recht wahrscheinlich, dass bei Interviews in ARD-Sendungen ein Grüner die Fragen stellt, wenn ein Grüner befragt wird. Und auch, dass ein Grüner entscheidet, wen man überhaupt zum Gespräch bittet, wobei dann – Überraschung! – überdurchschnittlich häufig wiederum Grüne auf der Einladungsliste landen.

Diese breite Unterstützung seitens der Gebührenmedien ist aber auch bitter nötig. Denn die Lieblingspartei der staatlichen Medienmacher muss in immer engerem Takt verkraften, wie die eigenen Widersprüche immer heftiger über ihr zusammenklatschen. Da bedarf es emsiger Claqueure, die jene Widersprüche zumindest an der Oberfläche so verkleistern, dass nicht jeder gleich mitbe-

kommt, wie krass die grüne Ideologie von der Wirklichkeit vorgeführt wird.

Gerade erst hatte der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller (Grüne, was sonst?), gedroht, E-Autos und Wärmepumpen den Strom zu rationieren, weil die verfügbare elektrische Energie womöglich nicht mehr ausreiche. Eine gefühlte Sekunde später tritt der grüne Wirtschafts- und Klimaminister Habeck ans Mikro und verkündet seinen rabiaten Maßnahmenkatalog zum Kampf gegen Öl- und Gasheizungen, die gar nicht schnell genug durch Wärmepumpen ersetzt werden sollen, derweil er auf den liberalen Verkehrsminister losgeht, weil der sich dem Verbrennerverbot schon ab 2035, also in nur zwölf Jahren, in den Weg stellen will.

Kurz zu den Zahlen: 2022 fuhren 900.000 E-Mobile über Deutschlands Straßen und etwa eine Million Haushalte verfügten über eine stromgetriebene Wärmepumpe. Wie Sie neulich in der PAZ lesen konnten, entspricht das jeweils etwa zwei Prozent des Gesamtmarktes. Also obwohl die Stromproduktion nicht mehr ausreichen könnte, um auch nur diese mickrigen zwei Prozent zuverlässig zu versorgen, will Habeck die Stromnachfrage gleichsam in Lichtgeschwindigkeit um ein Vielfaches nach oben schrauben.

Wer sich nicht beugt, geht leer aus

Es läuft genauso im gerade ausklingenden Winter: Nur weil wir einen (angeblich vom menschengemachten Klimawandel hervorgerufenen) milden Winter hatten, hat uns die grüne Energiewende nicht in den Blackout geschickt. Wäre das klimapolitische Ziel eines kalten Winters erreicht worden, hätte wer weiß was passieren können. Nun ist es ähnlich: Nur wenn Habeck seine Ziele verfehlt – und zwar massiv –, wird es nicht zum Kollaps der Stromversorgung und damit zum Offenbarungseid grüner Energiepolitik kommen. Sonst: gute Nacht.

Solche Widersprüche würden jeder bürgerlichen Partei um die Ohren gehauen werden. Nicht jedoch den Grünen, und auch nicht der SPD. Unsere sozialdemokratische Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze will Baerbocks „feministische Außenpolitik“ durch eine ebenso „feministische“ Entwicklungspolitik vertiefen. Auf der Internetseite des Schulze-Ministeriums liest sich das so: „Bisher wurden Frauen und Mädchen häufig im Rahmen bestehender Strukturen unterstützt. Mit der Neuausrichtung der Entwick-

Solche Widersprüche würden jeder bürgerlichen Partei um die Ohren gehauen. Nicht jedoch den Grünen, und auch nicht der SPD



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de